Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung

Mit Bayern rechnen.

Bayern in Zahlen

Ausgabe 9|2013

- Vorläufige Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung
- Verschuldung der kommunalen Körperschaften
- Erben und Schenken: Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik

Bestell-Nummer Z10001 201309
Preis 4,80 €

Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos
ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählten anderen Publikationen (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig
sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen.

Newsletter-Service
Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wir per E-Mail aktuell übermittelt.

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik sowie Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 144. (67.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis
Fotolia

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-3580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2013**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
–	nichts vorhanden
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
...	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
( )	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

im letzten Monat habe ich an dieser Stelle von der Statistik als Spiegelbild der Realität geschrieben. Durch die Arbeit der amtlichen Statistik werden Erkenntnisse gewonnen, die einerseits den Entscheidungsträgern in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bei ihren Entscheidungen als Grundlage dienen können. Andererseits kann man aber auch sagen, dass Statistiken, um im Bild zu bleiben, diesem Personenkreis einen Spiegel vorhalten können, wenn es um die Auswirkungen getroffener Entscheidungen geht. Statistische Zeitreihen, statistische Analysen sind ein hervorragendes Monitoringinstrument. Das lässt sich am Beispiel Finanzstatistiken demonstrieren, deren Ergebnisse im wahrsten Sinn des Wortes als Bilanz politischen Handelns genutzt werden können, zumindest aus monetärer Sicht. Das gilt ungeachtet der Tatsache, dass politisches Handeln nicht nur durch finanzielle Erwägungen, sondern durch eine Vielzahl von anderen Faktoren bestimmt wird. In jedem Fall sind Haushaltszahlen, insbesondere Zahlen zur Verschuldung, immer auch objektive Messgrößen, die im Zeitvergleich Aussagen zu Entwicklungen ermöglichen und gleichzeitig eine Form des Benchmarkings darstellen. In unserer Septemberausgabe geht es unter anderem um die kommunale Verschuldung im Jahr 2012 und den Trend der letzten Jahre zu abnehmenden Defiziten in den Kernhaushalten bei gleichzeitiger Zunahme der Schulden ausgelagerter Einheiten.

Gestatten Sie mir abschließend an dieser Stelle noch ein paar Worte in meiner Eigenschaft als Landeswahlleiter des Freistaats Bayern: Der September war für unser Amt geprägt von der Landtagswahl und fünf Volksentscheiden am 15.09.2013 sowie der Bundestagswahl am 22.09.2013. Die Ergebnisse sind längst bekannt, die Auf- und Nachbereitung dagegen noch nicht völlig abgeschlossen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts, die zum Gelingen der beiden Wahlen beigetragen haben, zu bedanken. Ob Programmierung der neuen Wahlsoftware, Aufbau sowie Test und Betrieb unserer Wahlabwicklungsorganisation im Amt einschließlich EDV, Vorbereitung und Nacharbeit für Landeswahlausschusssitzungen, Betreuung der Anfragen von Medien und Öffentlichkeit: Mit großem Aufwand und noch größerem Engagement wurden die gestellten Aufgaben erfolgreich bewältigt. Auch bei den Wahlen sind wir unserem Informationsauftrag gerecht geworden: Zahlen aufbereiten und zeitnah der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Das Landesamt hat seine Leistungsfähigkeit eindrucksvoll bestätigt.

Ich wünsche Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

Karlheinz Anding
Präsident des
Bayerischen Landesamts
für Statistik und Datenverarbeitung

Statistik aktuell

518 Kurzmitteilungen

Nachrichten

533 Aktuelle Ausgabe der Internationalen Bildungsindikatoren

Beiträge aus der Statistik

534 Bayerns Landwirte bewirtschaften mehr als zwei Millionen Hektar Ackerland

539 Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2012

548 Erben und Schenken in Bayern: Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, 2007 bis 2012

Historische Beiträge aus der Statistik

565 Das Kulturartenverhältnis und die Benutzung des Ackerlandes in Bayern im Jahre 1947

Bayerischer Zahlenspiegel

569 Tabellen

578 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Änderung, Aufhebungen und Erteilung von Gemeindeteilnamen in Bayern in der Zeit vom 1. Juli 2013 bis 30. September 2013

Geändert wurde durch Bescheid des

- Landratsamts Mühldorf a. Inn vom 23. Mai 2013, mit Wirkung zum 1. Juli 2013, der Name des Gemeindeteils „Grill“ in „Grill am Berg“ der Gemeinde Rechtmehring (09 183 139), Landkreis Mühldorf a. Inn.

Aufgehoben wurden durch Bescheid des

- Landratsamts Altötting vom 21. August 2013 die Namen der Gemeindeteile „Buchhäusl“, „Hölzl“ und „Niederau“ der Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz (09 171 113), Landkreis Altötting.

Erteilt wurde durch Bescheid des

- Landratsamts Altötting vom 21. August 2013 der Name „Am Anger“ für einen Gemeindeteil der Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz (09 171 113), Landkreis Altötting.

Bayerns Bevölkerung nahm vom Zensusstichtag bis Ende März 2013 um 127 300 Einwohner zu

Am 31. März 2013 hatte der Freistaat Bayern 12 524 873 Einwohner und damit 127 259 mehr als zum Zensusstichtag 9. Mai 2011. Die Bevölkerung im Freistaat wuchs seit Mai 2011 fast um die Einwohnerzahl der kreisfreien Stadt Ingolstadt. Dabei nahm die deutsche Bevölkerung um 4 772 Personen und die ausländische Bevölkerung um 122 487 Personen zu.

Die Bevölkerungsentwicklung von Mai 2011 bis Ende März 2013 war von einem deutlichen Wanderungsplus geprägt. So war bei der deutschen Bevölkerung ein Wanderungsgewinn von rund 16 400 Personen zu verzeichnen, während es bei den ausländischen Mitbürgern über 148 600 Personen waren.

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung wies vom 9. Mai 2011 bis Ende März 2013 bei insgesamt 197 878 Geburten und 236 274 Sterbefällen ein Geburtendefizit von 38 396 Personen auf. Während bei der deutschen Bevölkerung 40 520 Personen mehr starben als Kinder geboren wurden, war bei den ausländischen Mitbürgern ein geringfügiger Geburtenüberschuss von 2 124 Personen zu verzeichnen.

Auf Ebene der Regierungsbezirke verlief die Entwicklung der Einwohnerzahlen recht unterschiedlich. Vom 9. Mai 2011 bis Ende März 2013 nahm die Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberbayern mit 93 734 Personen am stärksten zu, gefolgt von Mittelfranken (+16 829), Schwaben (+15 016), Niederbayern (+8 656) und der Oberpfalz (+3 770). Bevölkerungsverluste ergaben sich dagegen für Oberfranken (-6 511) und Unterfranken (-4 235).

Erwerbstätigkeit

In 2012 arbeitete jeder neunte Erwerbstätige in Bayern 50 Wochenstunden oder mehr

Im Jahr 2012 wies jeder neunte Erwerbstätige (11 %) in Bayern eine Wochenarbeitszeit von 50 oder mehr Stunden auf. Während nur knapp 5 % der Frauen so viel arbeiteten, fiel der entsprechende Anteil bei den Männern mit gut 16 % etwas mehr als dreimal so hoch aus.

Dies geht aus den Ergebnissen des Mikrozensus hervor, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung. Die Daten beruhen dabei auf der Selbsteinschätzung der Befragten zu den normalerweise geleisteten Arbeitsstunden inklusive regelmäßig erbrachter Mehrstunden in ihrer (Haupt-) Erwerbstätigkeit.

Im Jahr 2012 betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der insgesamt rund 6,61 Millionen bayerischen Erwerbstätigen 35,6 Stunden, wobei zwischen den Geschlechtern deutliche Unterschiede

zu verzeichnen waren. Frauen gingen im Durchschnitt 30,0 Stunden pro Woche einer Erwerbstätigkeit nach. Das wöchentliche Arbeitspensum der Männer lag mit 40,4 Stunden knapp 35 % höher. Arbeitszeitliche Unterschiede existierten auch hinsichtlich der beruflichen Stellung. 36 % der Arbeiter und 30 % der Angestellten gingen ihren Tätigkeiten in der Regel 40 Stunden pro Woche nach. Über 40 Wochenstunden arbeiteten dagegen 10 % der Arbeiter bzw. 16 % der Angestellten. Etwas mehr als die Hälfte der bayerischen Beamten (52 %) arbeiteten normalerweise mehr als 40 Wochenstunden. Beinahe jeder neunte Beamte leistete sogar 50 Arbeitsstunden oder mehr in der Woche. Im Vergleich dazu zeichneten sich Selbständige durch ein noch deutlich höheres Arbeitspensum aus. Knapp 46 % der Selbstständigen gaben an, regelmäßig sehr lange Arbeitszeiten mit mindestens 50 Wochenarbeitsstunden zu haben. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Selbständigen überstieg damit die der abhängig Beschäftigten insgesamt um fast neun Stunden (43,5 gegenüber 34,7 Stunden).

Methodischer Hinweis:
Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland befragt wird. Um die ermittelten Befragungsergebnisse auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen zu können, werden ausreichend strukturierte und fortgeschriebene Bevölkerungseckzahlen benötigt. Die vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2012 beruhen noch auf den Fortschreibungsergebnissen auf der Basis Volkszählung 1987. Eine Hochrechnung des Mikrozensus auf Grundlage der aktuellen Fortschreibung des mit Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführten Zensus ist erst ab dem Mikrozensus 2013 vorgesehen, da die erforderlichen fortgeschriebenen Bevölkerungsdaten auf der Basis Zensus 2011 noch nicht vorliegen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2012“ (Bestellnummer: A6202C 201200, nur als Datei).*

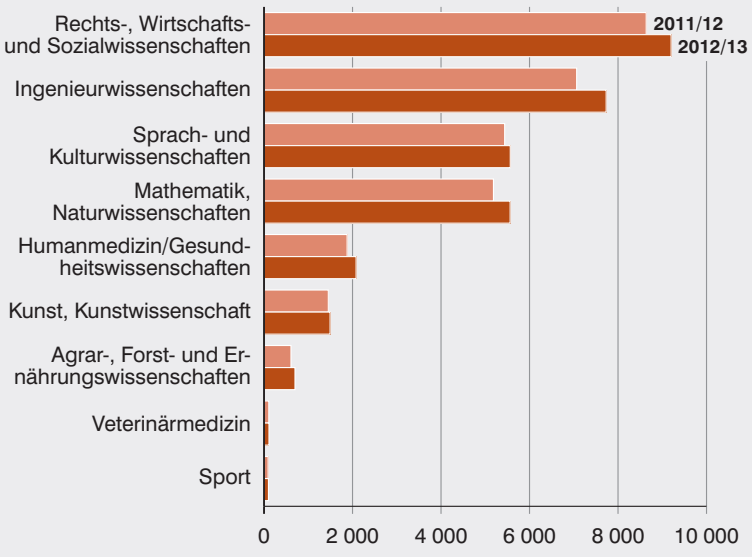
Bildung und Kultur

Fast 333 000 Studierende an Bayerns Hochschulen im Wintersemester 2012/13

Im Wintersemester 2012/13 waren an den Hochschulen in Bayern 332 764 Studierende immatrikuliert. Damit wurde ein neuer Höchstwert verzeichnet. Gegenüber dem Wintersemester 2011/12 war das ein Anstieg der Studierendenzahlen um 3,9 %. Im Vergleich zum Wintersemester 2002/03 erhöhte sich die Zahl der Studierenden in Bayern gar um 102 330 (+44,4 %). Dabei stieg die Studierendenzahl an wissenschaftlich-künstlerischen Hochschulen mit 32,8 % nicht so stark an wie bei den Fachhochschulen (+74,2 %).

Im Studienjahr 2012 (Sommersemester 2012 und Wintersemester 2012/2013) nahmen in Bayern insgesamt 71 317 junge Frauen und Männer erstmals ein Studium auf. Im Folgejahr nach dem doppelten Abiturjahrgang sank zwar die Zahl der Studienanfänger um 16,9 %. Im Vergleich mit dem Studienjahr 2010 (64 749) stieg sie dennoch um 10,1 % an.

Ausländische Studierende an Hochschulen in Bayern im Wintersemester 2011/12 und 2012/13 nach Fächergruppen



Insgesamt 32 545 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren im Wintersemester 2012/13 an bayerischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 6,8 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

Der Anteil der ausländischen Studierenden an allen Studierenden betrug 9,8 %. Besonders attraktiv waren die Hochschulen in Bayern für Studierende aus China. Der Anteil dieser größten Gruppe unter

den international Studierenden lag bei 8,9% (+9,5% gegenüber Wintersemester 2011/12), gefolgt von den türkischen (8,8%, +9,4%), den österreichischen Studierenden (6,6%, +14,2%) und den Studierenden aus der russischen Föderation (5,1%, +1,7%). 5 963 der ausländischen Studierenden belegten im Wintersemester 2012/13 den Studienbereich der Wirtschaftswissenschaften (18,3%), vor Informatik (2 525; 7,8%) und dem Bereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik (2 449, 7,5%). Die meisten dieser Studierenden (22 555) wählten eine Universität für ihr Studium aus. Im Vergleich zum Wintersemester 2007/08 war ein Anstieg in dieser Hochschulart um 13,3% zu verzeichnen. An den Fachhochschulen stieg der Anteil im 5-Jahresvergleichszeitraum um 41,9% an. 9 036 besuchten im Wintersemester 2012/13 eine Fachhochschule und an Kunsthochschulen waren 884 ausländische Studierende vertreten.

Soziales, Gesundheit

Bayern hatte in 2012 zweitniedrigstes Armutsrisiko bundesweit

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, liegt die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2012 in Bayern bei 11,2%. Im Vergleich aller Bundesländer verzeichnet der Freistaat damit den zweitniedrigsten Bevölkerungsanteil mit Armutsgefährdung. Nur Baden-Württemberg erzielt eine leicht niedrigere Quote (11,1%). Bundesweit liegt die Quote bei 15,2%.

Differenziert nach dem Geschlecht waren im Jahr 2012 von den Männern im Freistaat 9,9% und von den Frauen 12,4% von relativer Einkommensarmut betroffen. Für Personen im Alter von 65 Jahren oder älter konnte eine erhöhte Armutsgefährdung (insgesamt 16,3%) festgestellt werden, wobei in dieser Altersklasse der Unterschied zwischen den Geschlechtern stärker ausfiel. Während im Jahr 2012 in Bayern 18,6% der 65-jährigen oder älteren Frauen armutsgefährdet waren, traf dies nur auf 13,4% der älteren Männer zu. Auch bei jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren zeigt sich ein erhöhtes Armutsrisiko (15,9%). Bayern nimmt hinsichtlich der altersspezifischen Armutsgefährdungsquoten jedoch eine gewisse Sonderstellung ein. In den anderen Bundesländern fiel das Armutsrisiko am stärksten bei den jungen Erwachsenen zwischen 18 und unter 25 Jahren aus und überstieg meist deutlich das der Personen im Alter 65 Jahre oder älter (bundesweit 24,3 gegenüber 13,6%).

Eine besonders hohe Armutsgefährdung weisen Alleinerziehende und deren Kinder auf, für die für das Jahr 2012 eine entsprechende Quote von 34,0% errechnet wurde. Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren waren aber nicht generell von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen. Familien mit zwei Erwachsenen und einem bzw. zwei Kindern waren im Jahr 2012 mit Quoten von 5,8 bzw. 6,2% unterdurchschnittlich armutsgefährdet im Vergleich zu Haushalten mit zwei Erwachsenen ohne Kinder (8,9%) oder zu Einpersonenhaushalten (21,0%). Bei Familien mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern wurde eine Armutsgefährdungsquote von 15,5% ermittelt.

Erwartungsgemäß zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Erwerbsstatus und der Einkommenssituation der Privathaushalte. Von den bayerischen Erwerbstätigen waren im Jahr 2012 insgesamt 5,2% von Armut bedroht, während die Quote bei den Erwerbslosen bei 44,6% lag.

Methodische Hinweise:
Die Armutsgefährdungsquote bezeichnet gemäß EU-Definition den Anteil derjenigen Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der bundesweiten Bevölkerung auskommen müssen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus galten demnach im Jahr 2012 Einpersonenhaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 869 Euro als armutsgefährdet. Für andere Haushaltstypen kann die Armutsgefährdungsschwelle auf Basis eines bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens entsprechend berechnet werden.

Die Grundlage der hier veröffentlichten Armutsgefährdung ist die Armutsgefährdungsschwelle auf Bundesebene (Bundesmedian), die für Bund und Länder einheitlich ist. Neben den dargestellten Armutsgefährdungsquoten gemessen am Bundesmedian werden im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung auch Armutsgefährdungsquoten anhand des Landes- beziehungsweise regionalen Medians berechnet. Weitere Informationen und Ergebnisse sind im Internet abrufbar unter: www.amtliche-sozialberichterstattung.de.
Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland befragt wird. Um die ermittelten Befragungsergebnisse auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen zu können, werden ausreichend strukturierte und fortgeschriebene Bevölkerungseckzahlen benötigt. Die vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2012 beruhen noch auf den Fortschreibungsergebnissen auf der Basis Volkszählung 1987. Eine Hochrechnung des Mikrozensus auf Grundlage der aktuellen Fortschreibung des mit Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführten Zensus ist erst ab dem Mikrozensus 2013 vorgesehen, da die erforderlichen fortgeschriebenen Bevölkerungsdaten auf der Basis Zensus 2011 noch nicht vorliegen.

Rechtspflege

Weniger Strafgefangene in Bayern 2013

Am 31. März 2013 waren 9 198 Strafgefangene in den 36 bayerischen Justizvollzugsanstalten inhaftiert. Hierin sind Personen in Untersuchungshaft, im Jugendarrest und Personen in sonstiger Freiheitsentziehung (z. B. Strafarrest oder Abschiebehaft) nicht einbezogen. Die Zahl der Strafgefangenen sank somit annähernd auf das Niveau des Jahres 2004 (9 120 Strafgefangene). Im Vergleich zum Vorjahr waren es 271 Strafgefangene oder 2,9 % weniger. Seit dem bisherigen Höchststand im Jahr 2007 ist die Zahl der Inhaftierten bis zum Jahr 2013 tendenziell gesunken.

Im Jahr 2013 machten die über 21-jährigen Erwachsenen mit rund 94,9 % den größten Anteil aller Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten aus. In dieser Altersgruppe gab es 8 727 Inhaftierte, 238 Personen weniger als ein Jahr zuvor. Vergleichsweise gering waren mit 4,5 % der Anteil der 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden und mit 0,6 % der Anteil der 14- bis unter 18-jährigen Jugendlichen. Bei diesen beiden Altersgruppen ging die Zahl der Strafgefangenen ebenfalls zurück und erreichte den niedrigsten Stand im vergangenen Zehnjahreszeitraum. Bei den Heranwachsenden sank die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten um 3,7 % auf 413. Die Zahl der Jugendlichen ist im Vergleich zum Vorjahr um 22,7 % auf 58 gesunken.

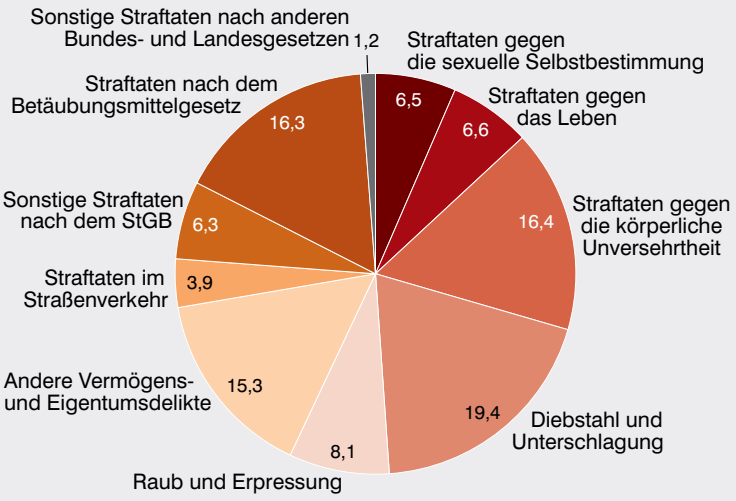
In den bayerischen Strafvollzugsanstalten befanden sich 676 Frauen. Dies entsprach einem Frauenanteil von 7,3 % an allen Strafgefangenen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der weiblichen Strafgefangenen um zwei Personen gestiegen und bei den männlichen Inhaftierten um 273 Personen gesunken.

Von den 9 198 Inhaftierten besaßen 6 773 eine deutsche und 2 425 eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit. Damit waren 73,6 % der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten Deutsche. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

74,1 % aller Insassen verbüßten zum wiederholten Male eine Strafe. 75,3 % aller zu einer Freiheitsstrafe (6 396 Personen) und 57,3 % der zu Jugendstrafe verurteilten Strafgefangenen (378 Personen) waren bereits vorbestraft, 2 117 Häftlinge sogar fünf- bis zehnmal und 968 Insassen elfmal und öfter. Die häufigste Art der Vorstrafen waren „Freiheits- und Geldstrafe“, zu der 2 173 Häftlinge vorverurteilt waren, „Geldstrafe“ (895 Häftlinge) und „Freiheitsstrafe und Jugendstrafe“ (1 168 Häftlinge).

Gemessen an der voraussichtlichen Vollzugsdauer verbüßte 2013 die größte Gruppe der Strafgefangenen mit 4 091 Personen oder 44,5 % eine Haftstrafe bis zu einem Jahr. Zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als einem und bis zu zwei Jahren wurden 1 941 Strafgefangene verurteilt, was einem Anteil von 21,1 % entsprach. Ein Urteil von mehr als zwei und bis zu fünf Jahren Vollzugsdauer wurde gegen 2 114 Personen oder 23,0 % ausgesprochen. Gut 6,7 % oder 613 Strafgefange-

Strafgefangene am 31. März 2013 nach Deliktgruppen
in Prozent
Insgesamt: 9 198



ne wurden mit einer Haftstrafe von mehr als fünf und bis zu zehn Jahren belegt. Eine Haftstrafe von zehn bis fünfzehn Jahren erhielten 127 Personen oder 1,4 %. 2,9 % oder 263 Personen verbüßten eine lebenslange Haftstrafe. Die restlichen ausschließlich männlichen 49 Personen oder 0,5 % befanden sich in Sicherungsverwahrung. 62,7 % (5 766 Personen) der zu Freiheitsstrafe verurteilten Insassen waren ledig, 17,6 % (1 621 Personen) geschieden, 18,3 % (1 680 Personen) verheiratet und 1,4 % (131 Personen) verwitwet.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Strafvollzugsstatistik in Bayern – 2013“ (Bestellnummer: B6600C 201300, nur als Datei).*

Verarbeitendes Gewerbe

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Juli 2013 um 3,8 % über dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“) konnte im Juli 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,8 % ausgeweitet werden. Dabei stieg die Produktion im Vorleistungsgüterbereich um 3,6, im Verbrauchsgütersektor um 2,7 und im Investitionsgüterbereich um 2,2 %. Die Gebrauchsgüterproduzenten erreichten ein knappes Plus von 0,3 %. Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 2012 war im entsprechenden Zeitraum 2013 ein Produktionsanstieg von 0,6 % zu verbuchen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2013“ (Bestellnummer: E1200C 201307, Druckausgabe eingestellt).*

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns von April bis Juli 2013
Ergebnisse für Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

Bezeichnung	April	Mai	Juni	Juli
	2013			
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 ≙ 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	***119,3***	***109,8***	***117,2***	***123,2***
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	*140,4*	*121,8*	*129,9*	*140,3*
Maschinenbau	*109,3*	*96,1*	*110,8*	*108,9*
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	*104,6*	*97,0*	*104,5*	*107,7*
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	*215,9*	*195,4*	*218,7*	*217,9*
Veränderung in Prozent zum Vorjahr				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	***10,0***	***-3,5***	***4,0***	***3,8***
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	*19,8*	*0,8*	*15,3*	*18,5*
Maschinenbau	*8,5*	*-8,5*	*-3,4*	*-3,2*
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	*6,2*	*-8,5*	*1,7*	*-0,7*
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	*5,0*	*-7,9*	*-1,4*	*-11,9*

Handel und Dienstleistungen

Bayerns Außenhandel im ersten Halbjahr 2013 leicht über dem Vorjahresniveau

Die bayerische Wirtschaft setzte nach vorläufigen Ergebnissen von Januar bis Juni 2013 Waren im Wert von knapp 83,5 Milliarden Euro im Ausland um (+1,3 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2012). Die Einfuhren stiegen im gleichen Zeitraum um 1,4 % auf gut 73,5 Milliarden Euro. In die Länder der Eu-

Außenhandel Bayerns im Juni und im ersten Halbjahr 2013
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres-zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres-zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
	Juni			
Europa	8 913 782	*5,1*	8 476 652	*1,7*
dar. EU-Länder (EU 27)	7 611 388	*7,1*	7 082 060	*0,1*
dar. Euro-Länder	5 106 962	*5,1*	4 593 065	*-2,2*
dar. Frankreich	1 088 953	*18,7*	521 735	*-5,3*
Italien	949 207	*9,3*	909 233	*-2,2*
Österreich	1 153 095	*2,3*	1 263 625	*0,9*
Vereinigtes Königreich	863 876	*18,8*	459 727	*24,3*
Afrika	294 837	*-6,1*	725 733	*-15,2*
Amerika	1 970 488	*10,5*	824 563	*-7,9*
dar. USA	1 415 229	*10,2*	679 067	*-8,5*
Asien	2 771 545	*2,5*	2 538 160	*-3,7*
dar. Volksrepublik China	1 315 488	*1,3*	888 626	*-21,1*
Australien-Ozeanien	140 198	*18,2*	14 485	*-11,0*
Verschiedenes*	1 818	*-52,2*	-	*x*
Insgesamt	**14 092 667**	***5,1***	**12 579 593**	***-1,3***
	Januar bis Juni			
Europa	52 820 119	*1,3*	50 063 667	*2,1*
dar. EU-Länder (EU 27)	45 069 288	*1,5*	42 551 843	*4,6*
dar. Euro-Länder	30 187 826	*0,4*	27 607 558	*4,2*
dar. Frankreich	6 017 179	*4,9*	3 129 031	*-4,4*
Italien	5 311 130	*-5,4*	5 242 606	*-2,8*
Österreich	6 567 399	*-4,3*	7 470 050	*2,3*
Vereinigtes Königreich	5 418 329	*8,1*	2 735 796	*22,3*
Afrika	1 637 771	*6,1*	3 396 227	*5,6*
Amerika	12 061 190	*7,6*	5 850 121	*0,7*
dar. USA	8 780 330	*5,2*	4 843 178	*1,4*
Asien	16 151 642	*-3,0*	14 139 884	*-1,5*
dar. Volksrepublik China	7 496 248	*-5,4*	5 464 106	*-11,0*
Australien-Ozeanien	815 775	*-0,4*	74 397	*-9,0*
Verschiedenes*	8 501	*-39,8*	-	*x*
Insgesamt	**83 494 998**	***1,3***	**73 524 297**	***1,4***

* Schiffs- und Flugzeugbedarf, Hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

ropäischen Union wurden Waren für nahezu 45,1 Milliarden Euro (+1,5%) versandt, darunter gingen Waren im Wert von fast 30,2 Milliarden Euro in die Euro-Länder (+0,4%). Der Anteil der Einfuhren aus den EU-Ländern lag bei nahezu 42,6 Milliarden Euro (+4,6%), darunter kamen Waren im Wert von rund 27,6 Milliarden Euro aus den Ländern der Euro-Zone (+4,2%).

Im Exportbereich verzeichnete die bayerische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2013 die höchsten Erlöse im Handel mit den USA (8,8 Milliarden Euro; +5,2%), China (7,5 Milliarden Euro; -5,4%) und Österreich (6,6 Milliarden Euro; -4,3%). Auf der Importseite waren Österreich (7,5 Milliarden Euro; +2,3%), China (5,5 Milliarden Euro; -11,0%) und Italien (5,2 Milliarden Euro; -2,8%) die wertmäßig bedeutendsten Handelspartner.

Die wichtigsten Exportgüter Bayerns im ersten Halbjahr 2013 waren „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ mit einem Wert von fast 16,2 Milliarden Euro (+2,3%) gefolgt von „Maschinen“ (13,4 Milliarden Euro; -3,5%) und „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (6,6 Milliarden Euro; +6,4%). Bei den Importen lag „Erdöl und Erdgas“ (8,6 Milliarden Euro; -6,8%) vor „Maschinen“ (7,3 Milliarden Euro; -9,7%) und „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (5,6 Milliarden Euro; +1,8%).

Im Juni 2013 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von knapp 14,1 Milliarden Euro ins Ausland, dies sind 5,1% mehr als im Vorjahresmonat, und importierte Waren im Wert von fast 12,6 Milliarden Euro (-1,3%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2013“ (Bestellnummer: G3000C 201306, nur als Datei).*

Umsatz im bayerischen Großhandel 2013 um gut drei Prozent unter Vorjahresniveau

Nach vorläufigen Ergebnissen ging der Umsatz im bayerischen Großhandel (einschließlich der Handelsvermittlung) zur Jahreshälfte 2013 gegenüber dem Vorjahreswert nominal um 3,2 % und real um 3,7 % zurück. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,5 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,3 % sank und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,8 % zunahm.

Im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen (Produktionsverbindungshandel) verringerte sich der nominale Umsatz um 3,5 % und der reale Umsatz um 2,9 %. Im Großhandel mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel) ging der nominale Umsatz um 3,2 % zurück (real: -5,0 %).

Mit Ausnahme der Handelsvermittlung (nominal: +3,6 %; real: +3,0 %), des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (nominal: +7,7 %; real: +0,2 %) sowie des Großhandels ohne ausgeprägten Schwerpunkt (nominal: +2,4 %; real: -0,1 %) lagen nominaler und realer Umsatz in allen Wirtschaftsgruppen des Großhandels unter dem Vorjahresstand.

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Mit dem Berichtsmonat September 2012 wurde die monatliche Großhandelsstatistik von einer Stichprobenerhebung in eine Vollerhebung im Mixmodell überführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2013“ (Bestellnummer: G1200C 201306, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte der Handelsvermittlung und des Großhandels in Bayern im ersten Halbjahr 2013
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis Juni				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real*		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handelsvermittlung und Großhandel insgesamt	**-3,2**	**-3,7**	**0,5**	**-0,3**	**2,8**
dav. Handelsvermittlung	3,6	3,0	4,4	4,9	3,8
Großhandel (mit)					
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	7,7	0,2	2,3	-0,2	6,4
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	-1,3	-4,5	0,6	0,1	2,5
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-5,5	-5,9	0,3	-0,4	2,3
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-3,8	-2,5	-13,1	-13,8	-6,8
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-3,1	-4,6	5,1	5,1	4,9
Sonstiger Großhandel	-5,2	-3,0	1,3	0,9	3,2
ohne ausgeprägten Schwerpunkt	2,4	-0,1	2,9	2,8	3,2
Großhandel zusammen (ohne Handelsvermittlung)	**-3,4**	**-3,9**	**0,1**	**-0,6**	**2,6**
dav. mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen**	-3,5	-2,9	-0,6	-1,3	2,8
mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel)	-3,2	-5,0	0,7	0,1	2,5

* In Preisen des Jahres 2005.
** Produktionsverbindungshandel.

Umsatzrückgang im bayerischen Kfz-Handel im ersten Halbjahr 2013

Der Umsatz des bayerischen Kraftfahrzeughandels verringerte sich nach vorläufigen Ergebnissen im ersten Halbjahr 2013 nominal um 2,7 % und preisbereinigt um 2,8 %. Die Beschäftigtenzahl nahm zeitgleich um 1,1 % zu, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,1 % und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 4,9 % stieg.

Der „Handel mit Kraftwagen“ meldete zur Jahreshälfte einen nominalen Umsatzrückgang von 3,7 % (real: -3,5 %). In der Wirtschaftsgruppe „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ sank der nominale Umsatz um 0,2 %, während der reale Umsatz um 0,1 % zunahm.

Umsatz und Beschäftigte des Kraftfahrzeughandels in Bayern im ersten Halbjahr 2013
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis Juni				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real*		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handel mit Kraftwagen	*-3,7*	*-3,5*	*1,4*	*0,5*	*5,9*
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	*-0,2*	*0,1*	*0,8*	*-0,7*	*5,6*
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	*-1,5*	*-2,9*	*0,2*	*0,0*	*0,9*
Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	*1,3*	*1,3*	*2,7*	*2,3*	*3,6*
Kraftfahrzeughandel insgesamt**	***-2,7***	***-2,8***	***1,1***	***0,1***	***4,9***

* In Preisen des Jahres 2010.
** Ohne Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen).

Im „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör“ verringerte sich der Umsatz in aktuellen Preisen um 1,5 % und in bereinigten Preisen um 2,9 %. Der „Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern“ verzeichnete eine nominale und reale Umsatzsteigerung von jeweils 1,3 %. Die Zahl der Beschäftigten stieg in allen Wirtschaftsgruppen des Kfz-Handels.

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Mit dem Berichtsmonat September 2012 wurde die monatliche Kraftfahrzeughandelsstatistik von einer Stichprobenerhebung in eine Vollerhebung im Mixmodell überführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2013“ (Bestellnummer: G1200C, 201306, nur als Datei).*

Tourismus

Bayerns Fremdenverkehr auch im Juli 2013 wieder im Plus

Die beinahe 12 500 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern mit zehn oder mehr Betten (einschließlich Campingplätze) verbuchten nach vorläufigen Ergebnissen im Juli 2013 insgesamt fast 3,7 Millionen Gästeankünfte und gut 9,8 Millionen Gästeübernachtungen (+2,9 % bzw. +1,3 % gegenüber Juli 2012). Die meisten dieser Ankünfte und Übernachtungen, nämlich 2,7 Millionen (+3,1 %) bzw. 7,8 Millionen (+1,4 %), entfielen dabei auf Gäste aus dem Inland.

Nach den Betriebsarten des Beherbergungsgewerbes unterschieden, zeigt sich, dass für das positive Gesamtergebnis im Juli 2013 bei den Gästeankünften und den Gästeübernachtungen vor allem die Campingplätze (+11,2 % bzw. +9,1 %) sowie die Jugendherbergen und Hütten (+8,4 % bzw. +5,3 %) mit weit überdurchschnittlichen Zuwächsen verantwortlich waren. Für die gesamte Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen) wurden 1,9 % mehr Ankünfte und 0,8 % mehr Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahresmonat festgestellt.

Bei einer regionalen Betrachtung des Fremdenverkehrsergebnisses in Bayern im Juli 2013 nach Regierungsbezirken zeigt sich ein eher heterogenes Bild. Positive Veränderungsraten bei Ankünften und Übernachtungen wiesen jeweils Oberbayern, die Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben auf, darunter die beiden letzt-

Bayerns Fremdenverkehr von Januar bis Juli 2013
Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart / Herkunft / Gebiet	Juli				Januar bis Juli			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 624 015	2,0	3 418 941	0,5	8 780 026	3,3	18 647 904	1,9
Hotels garnis	590 258	0,6	1 423 989	-1,0	3 069 491	1,8	7 190 025	0,2
Gasthöfe	449 677	2,3	922 394	3,1	2 011 144	-1,0	4 237 719	-1,7
Pensionen	172 367	4,4	536 604	3,6	826 600	2,2	2 491 679	1,2
Hotellerie zusammen	**2 836 317**	**1,9**	**6 301 928**	**0,8**	**14 687 261**	**2,3**	**32 567 327**	**1,0**
Jugendherbergen und Hütten	150 339	8,4	312 257	5,3	578 569	3,2	1 327 889	1,1
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	160 093	2,3	517 304	-2,6	954 604	-0,7	2 859 024	-2,3
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	140 881	-0,1	1 001 296	-0,8	655 604	2,3	3 881 723	-0,6
Campingplätze	339 652	11,2	1 007 959	9,1	712 635	-7,1	2 265 118	-8,2
Vorsorge- und Reha-Kliniken	39 027	5,2	671 057	-0,4	243 442	2,4	4 316 119	0,1
Insgesamt	**3 666 309**	**2,9**	**9 811 801**	**1,3**	**17 832 115**	**1,8**	**47 217 200**	**0,1**
davon aus dem								
Inland	2 655 758	3,1	7 768 972	1,4	13 541 383	0,9	38 248 366	-0,9
Ausland	1 010 551	2,4	2 042 829	0,8	4 290 732	4,7	8 968 834	4,5
davon								
Oberbayern	1 644 652	2,9	4 088 074	0,7	8 195 653	3,5	19 749 039	2,0
dar. München	617 203	0,4	1 251 382	-2,3	3 526 051	5,1	7 173 809	5,9
Niederbayern	307 331	1,4	1 279 183	-0,8	1 608 666	1,2	6 574 637	-1,0
Oberpfalz	209 324	2,1	551 812	1,2	1 005 896	-1,6	2 599 133	-1,3
Oberfranken	217 542	-0,4	533 674	0,2	1 024 032	-2,4	2 610 964	-3,9
Mittelfranken	412 412	1,7	827 968	1,4	2 002 167	-0,2	4 079 405	-2,9
dar. Nürnberg	145 012	-2,6	246 934	-1,9	828 739	1,9	1 485 206	-1,6
Unterfranken	303 197	4,2	746 052	3,0	1 453 944	0,7	3 740 901	-1,1
Schwaben	571 851	5,7	1 785 038	3,7	2 541 757	2,0	7 863 121	0,4

genannten Regierungsbezirke sogar überdurchschnittliche Zuwächse um +4,2% bzw. +5,7% (Ankünfte) sowie +3,0% bzw. +3,7% (Übernachtungen). In Niederbayern stieg die Zahl der Ankünfte (+1,4%), wogegen die der Übernachtungen abnahm (-0,8%), und in Oberfranken gingen die Ankünfte etwas zurück (-0,4%), während sich die Übernachtungen schwach im Plus befanden (+0,2%).

Von Januar bis Juli 2013 wurden in den bayerischen Beherbergungsbetrieben mit zehn oder mehr Betten (einschließlich Campingplätze) insgesamt gut 17,8 Millionen Gästeankünfte (+1,8% gegenüber Januar bis Juli 2012) und mehr als 47,2 Millionen Gästeübernachtungen (+0,1%) erfasst. Auf Gäste aus dem Ausland entfielen dabei knapp 4,3 Millionen Ankünfte (+4,7%) und fast 9,0 Millionen Übernachtungen (+4,5%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Juli 2013“ (Bestellnummer: G41003 201307, Preis der Druckausgabe: 17,60 €)*

Unternehmen, Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Gewerbeanmeldungen in Bayern auch im ersten Halbjahr 2013 rückläufig

Im ersten Halbjahr 2013 wurden insgesamt 67 413 Gewerbeanmeldungen im Freistaat registriert. Damit wurden 1,8% weniger Gewerbeanmeldungen gezählt als noch vor Jahresfrist, als für das erste Halbjahr 68 673 Gewerbeanmeldungen erfasst wurden.
Mehr als drei Viertel der Gewerbeanmeldungen, nämlich 78,7% (53 049 Gewerbeanmeldungen), wurden als neu gegründete Gewerbe ausgewiesen. Die übrigen Anmeldungen betrafen zum größten Teil Zuzüge, die 8 784 und damit 13% der Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2013 ausmachten. Weitere 8% (insge-

samt 5 409) der Gewerbeanmeldungen entfielen auf Übernahmen eines Gewerbes aufgrund von Rechtsformwechsel, Gesellschaftereintritt, Erbfolge, Kauf oder Pacht. Bei den Gewerbeabmeldungen wurden insgesamt 42 483 vollständige Aufgaben gezählt, deren Zahl damit gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 (42 251) um 0,5 % anstieg.

Im ersten Halbjahr 2013 wurden in Bayern insgesamt 11 548 Betriebe gegründet. Betriebsgründungen sind Gewerbeanmeldungen, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Die Betriebsgründungen in Bayern hatten im ersten Halbjahr 2013 einen Anteil von 21,8 % an allen neu gegründeten Gewerben. Im ersten Halbjahr 2012 wurden noch 12 717 Betriebsgründungen gezählt, bezogen auf das aktuelle Halbjahr verringerte sich die Zahl der Betriebsgründungen mit 9,2 % deutlich. Parallel ging jedoch auch die Zahl der Betriebsaufgaben um 4,2 % zurück: Nur 9 428 Betriebe wurden aufgegeben, das waren 413 weniger als noch im ersten Halbjahr 2012.

Fast 80 % (79,1 %) der Neugründungen wurden nach der Rechtsform des Unternehmens als Einzelunternehmen gegründet, von diesen wiederum 35,7 % durch Frauen und 27,1 % von Inhabern mit ausländischer Staatsangehörigkeit (2012: 35,5 % bzw. 27,6 %).

Neugründungen[1] von Einzelunternehmer/-innen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Bayern im ersten Halbjahr 2012 und 2013

Geschlecht/Staatsangehörigkeit	1. Halbjahr 2013	1. Halbjahr 2012
Insgesamt	**41 956**	**42 598**
und zwar		
weiblich	14 984	15 109
männlich	26 972	27 489
deutsch	30 593	30 849
nicht deutsch	11 363	11 749

1 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Weitere, bis auf Kreisebene regionalisierte Ergebnisse zu diesem Thema können aber auch per E-Mail (info-sw@statistik.bayern.de) oder telefonisch (09721 2088-230) erfragt werden.

Ausführliche Ergebnisse zum aktuellen Berichtsmonat enthält der Statistische Bericht „Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2013“ (Bestellnummer: D1201C 201306, nur als Datei).*

Zahl der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen in Bayern im ersten Halbjahr 2013 weiter rückläufig

Die bayerischen Amtsgerichte haben im ersten Halbjahr 2013 insgesamt 7 807 Insolvenzen verzeichnet, darunter 1 562 Unternehmensinsolvenzen und 4 561 Verbraucherinsolvenzen. Die übrigen 1 684 Insolvenzverfahren betrafen natürliche Personen als Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige und Nachlässe. Damit ging die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 von damals 1 768 um 11,7 % zurück. Bei den Verbraucherinsolvenzen betrug der Rückgang 9,6 % gegenüber 5 046 Insolvenzen im ersten Halbjahr 2012.

Von den insgesamt 1 562 beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren wurden 1 160 Verfahren eröffnet und 402 mangels Masse abgewiesen. Die Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren erreichte den niedrigsten Stand eines ersten Halbjahres der letzten zwölf Jahren. Zuletzt wur-

Beantragte Insolvenzverfahren in Bayern im ersten Halbjahr 2013

Rechtsform	Insolvenzverfahren				Dagegen im ersten Halbjahr 2012: Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 in Prozent
	insgesamt	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen		
Insgesamt	**7 807**	**7 153**	**583**	**71**	**8 531**	***-8,5***
Unternehmen	1 562	1 160	402	X	1 768	*-11,7*
Übrige Schuldner	6 245	5 993	181	71	6 763	*-7,7*
davon						
Verbraucher	4 561	4 494	8	59	5 046	*-9,6*
natürliche Personen als Gesellschafter	37	31	6	X	34	*8,8*
ehemals selbstständig Tätige[1]	1 482	1 346	124	12	1 517	*-2,3*
Nachlässe	165	122	43	X	166	*-0,6*

1 Vereinfachte Verfahren und Regelinsolvenzverfahren.

den nur im ersten Halbjahr des Jahres 2000 weniger Unternehmensinsolvenzen gezählt, deren Zahl damals bei 1 545 lag. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gegenüber den insolventen Unternehmen wurden von den Gerichten für das erste Halbjahr 2013 mit 975,7 Millionen Euro angegeben. Im ersten Halbjahr 2012 waren es noch 3,59 Milliarden Euro gewesen, die Höhe der voraussichtlichen Forderungen ging damit um 72,8 % zurück. Bei den insolventen Unternehmen waren zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags im ersten Halbjahr 2013 8 496 Personen beschäftigt, demgegenüber waren im ersten Halbjahr 2012 noch 12 121 Beschäftigte betroffen.

Weiterhin wurden im Berichtszeitraum 4 561 Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt, davon wurden 4 494 eröffnet, die übrigen wurden entweder mangels Masse abgewiesen oder es wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Der aktuelle Rückgang bei der Zahl der Verbraucherinsolvenzen um 9,6 % ist der zweitstärkste Rückgang, der in Bayern bislang zwischen einem Halbjahr und dem Vergleichszeitraum des Vorjahres beobachtet wurde. Bereits im zweiten Halbjahr 2012 wurde ein Rückgang der Verbraucherinsolvenzen von 11,9 % registriert, damals ging die Zahl der Verbraucherinsolvenzen zwischen dem zweiten Halbjahr 2011 und dem zweiten Halbjahr 2012 von 5 510 auf 4 852 zurück. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gegenüber den insolventen Verbrauchern beliefen sich auf rund 251,7 Millionen Euro; im ersten Halbjahr 2012 lag dieser Wert bei 267,5 Millionen Euro (das entspricht einem Rückgang um 5,9 %).

Weitere, bis auf Kreisebene regionalisierte Ergebnisse zu diesem Thema können per E-Mail (info-sw@statistik.bayern.de) oder telefonisch (Telefon: 09721 2088-230) erfragt werden.

Verdienste

Arbeitnehmerverdienste in Bayern im zweiten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,1 % gestiegen

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im zweiten Quartal 2013 im Durchschnitt bei 3 591 Euro. Dies waren 2,1 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dabei blieb die Anzahl der im Wochendurchschnitt bezahlten Arbeitsstunden konstant bei 39,0 Stunden. Der Bruttostundenverdienst erhöhte sich um 2,1 % auf 21,20 Euro.

Im Dienstleistungsbereich stiegen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer binnen Jahresfrist im Durchschnitt um 1,8 % auf monatlich 3 516 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal von 39,3 auf 39,4 Stunden. Stärkere Zuwächse waren im Produzierenden Gewerbe zu beobachten. Dort stiegen die Bruttomonatsverdienste auf 3 698 Euro, was einer jährlichen Steigerungsrate von 2,6 % entspricht. Dies ging mit einer Senkung der bezahlten Wochenstunden von 38,6 auf 38,4 Stunden sowie einem Zuwachs der Bruttostundenverdienste auf 22,15 Euro (+2,9 %) einher.

Diese Daten sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Tiefer gegliederte Ergebnisse werden voraussichtlich bis Ende September 2013 im Statistischen Bericht veröffentlicht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2013“ (Bestellnummer: N1100C 201342, nur als Datei).*

Wahlen

Landtagswahl in Bayern am 15. September 2013 – vorläufige Ergebnisse

Wahlbeteiligung 63,9 %
Bei der Wahl zum 17. Bayerischen Landtag lag die Wahlbeteiligung deutlich höher als 2008. Von den rund 9,4 Millionen Stimmberechtigten gaben 63,9 % ihre Stimme ab, 2008 waren es noch 57,9 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Wahlbeteiligung um rund 6,0 Prozentpunkte.

Verteilung der Gesamtstimmen
Bei der Landtagswahl im Freistaat Bayern hat die Christlich-Soziale Union (CSU) entsprechend dem vorläufigen Ergebnis einen Gesamtstimmenanteil von 47,7 % erreicht. Es folgen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit 20,6 %, die FREIEN WÄHLER mit 9,0 % und die GRÜNEN mit 8,6 % der gültigen Gesamtstimmen. Neben der Freien Demokratischen Partei (FDP) mit 3,3 % der gültigen Gesamtstimmen blieben auch alle anderen Parteien und Wählergruppen – angetreten waren insgesamt 15 – unter 5 % der gültigen Gesamtstimmen. Die Partei DIE LINKE kam auf 2,1 %, die BP auf 2,1 %, die ÖDP auf 2,0 %, die PIRATENPARTEI auf 2,0 % und die REP auf 1,0 % der gültigen Gesamtstimmen. Alle weiteren Parteien erreichten weniger als 1 % der Stimmen.

Sitzeverteilung
Von den insgesamt 180 Abgeordneten gehören 101 Abgeordnete der CSU an (2008: 92). Die SPD kommt auf 42 (2008: 39), die FREIEN WÄHLER auf 19 (2008: 21) und die GRÜNEN auf 18 (2008: 19) Sitze im neuen Landtag.

Bei den Direktmandaten entschieden sich in 89 bayerischen Stimmkreisen die Wähler mit ihrer Erststimme für die Bewerberin oder den Bewerber der CSU. Die SPD gewann den Stimmkreis 104 München-Milbertshofen.

Welche Bewerber über Listenmandate in den Landtag gewählt wurden, kann erst nach Übermittlung und Auswertung der zweiten Schnellmeldungen, die am Montag und Dienstag von den Stimmkreisleitern abgegeben werden, als vorläufiges Ergebnis ermittelt werden.

Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl am 15. September 2013 in Bayern

	2013		Veränderung gegenüber 2008	
	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
Stimmberechtigte	9 405 974	X	84 557	.
Wähler / Wahlbeteiligung	6 011 439	*63,9*	613 083	*6,0*

Stimmen/Wahlvorschlag	Gesamtstimmen				
	2013	2013	2008	Veränderung	
	Anzahl	%		Anzahl	Prozentpunkte
Abgegeben	12 005 053	.	.	1 209 049	.
Ungültig	190 459	*1,6*	*1,7*	6 730	*-0,1*
Gültig	11 814 594	*100*	*100*	1 202 319	.
davon					
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	5 632 272	*47,7*	*43,4*	1 028 312	*4,3*
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	2 436 515	*20,6*	*18,6*	464 078	*2,0*
FREIE WÄHLER Bayern	1 062 244	*9,0*	*10,2*	-23 652	*-1,2*
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1 018 652	*8,6*	*9,4*	19 541	*-0,8*
Freie Demokratische Partei	389 584	*3,3*	*8,0*	-457 643	*-4,7*
DIE LINKE	251 086	*2,1*	*4,4*	-210 669	*-2,2*
Ökologisch-Demokratische Partei	239 235	*2,0*	*2,0*	27 035	*0,0*
DIE REPUBLIKANER	117 633	*1,0*	*1,4*	-28 440	*-0,4*
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	74 895	*0,6*	*1,2*	-48 504	*-0,5*
Bayernpartei	247 282	*2,1*	*1,1*	130 818	*1,0*
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	1 719	*0,0*	*0,0*	497	*0,0*
Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – DIE FREIHEIT	5 979	*0,1*	.	[5 979]	*[0,1]*
FRAUENLISTE Bayern e.V.	16 040	*0,1*	.	[16 040]	*[0,1]*
Partei für Franken	87 237	*0,7*	.	[87 237]	*[0,7]*
Piratenpartei Deutschland	234 221	*2,0*	.	[234 221]	*[2,0]*
Sonstige 2008	X	.	*0,4*	[-42 531]	*[-0,4]*

Ablauf des Wahlabends
Unmittelbar nach 18:00 Uhr begannen die Wahlhelfer die Ergebnisse in den Wahllokalen und für die Briefwahl zu ermitteln. Das erste Stimmkreisergebnis wurde am 15. September um 20:39 Uhr gemeldet (Stimmkreis 208, Rottal-Inn), das letzte am 16. September um 2:14 Uhr (Stimmkreis 123, München-Land Süd). Das vorläufige Ergebnis für den Freistaat Bayern konnte gegen 3:00 Uhr im Internetangebot des Landeswahlleiters abgerufen werden.

Weit über 100 000 Helfer im Einsatz
Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl erforderten das erfolgreiche Zusammenwirken vieler Stellen und Personen. Am Wahltag arbeiteten im Freistaat Bayern weit über 100 000 ehrenamtliche Helfer in den rund 13 400 Wahllokalen und rund 4 100 Briefwahlbezirken. Viele Polizeibeamte waren zur Sicherung der Wahlhandlung und der Stimmenauszählung im Einsatz. Hinzu kamen die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden, Landratsämtern sowie bei den Stimm- und Wahlkreisleitern. Ihnen allen dankt der Landeswahlleiter an dieser Stelle für ihr Engagement. In diesen Dank werden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung eingeschlossen, die in bewährter Weise die organisatorische und technische Vorbereitung sowie die Wahlauswertung betreut haben.

Ergebnisdarstellung
Noch in der Wahlnacht hat das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung das vorläufige Ergebnis der Landtagswahl 2013 für den Freistaat Bayern aufbereitet und im Internetangebot unter der Web-Adresse (www.landtagswahl2013.bayern.de) veröffentlicht. Detailinformationen können dort eingesehen werden.

Am Morgen nach der Wahl erschien das vorläufige Ergebnis der Landtagswahl in Form von Tabellen, farbigen Schaubildern und Karten gedruckt als Heft BVII 2-3 der Mitteilungen des Landeswahlleiters. Weitere ausführliche Informationen sowie umfangreiche regionalisierte Ergebnisse finden sich – neben weiteren Informationen rund um die Landtagswahl in Bayern – auch im Internetangebot des Landeswahlleiters unter www.wahlen.bayern.de bzw. unter www.landtagswahl2013.bayern.de. Veröffentlichungen mit den vorläufigen Ergebnissen der Landtagswahl einschließlich Tabellen, Sitzverteilung und Schaubildern konnten ab 16. September, ca. 8:00 Uhr, unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen als Datei kostenlos heruntergeladen werden. Gedruckte Ausgaben können beim Vertrieb des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung erworben werden unter vertrieb@statistik.bayern.de (Faxbestellung unter 089 2119-3457).

Das endgültige Ergebnis der Landtagswahl stellte der Landeswahlausschuss am 1. Oktober 2013 fest.

Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

Bayerns Bauhauptgewerbe im Juli 2013 leicht im Plus

Der baugewerbliche Umsatz der 1 273 in Bayern ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen bezifferte sich im Juli 2013 auf insgesamt fast 1,31 Milliarden Euro, womit das vergleichbare Vorjahresergebnis um 1,1 % übertroffen wurde. Zu diesem Umsatzplus haben, mit Ausnahme von Schwaben (224,9 Millionen Euro; -15,7 % gegenüber Juli 2012) alle anderen Regierungsbezirke Bayerns beigetragen, und zwar zwischen +0,7 % (Niederbayern) und +13,1 % (Mittelfranken). Unterscheidet man den im Juli 2013 erzielten baugewerblichen Umsatz dagegen nach Bausparten, ist lediglich für die Bereiche „Wohnungsbau“ und „Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen“ ein höherer Wert als im entsprechenden Vorjahresmonat festzustellen. So machte das baugewerbliche Umsatzplus im Wohnungsbau zusammen 9,0 % aus und im Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen sogar 9,7 %. Den relativ stärksten Rückgang erfuhr demgegenüber die Bausparte „Gewerblicher und industrieller Tiefbau“ mit

Baugewerblicher Umsatz von Betrieben des Bauhauptgewerbes in Bayern
(Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen)

Gebiet	Baugewerblicher Umsatz insgesamt[1]	davon					
		Wohnungsbau	Gewerblicher und industr. Hochbau[2]	Gewerblicher und industr. Tiefbau	Öffentlicher Hochbau	Straßenbau	Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialvers.
	1 000 €						
	Juli 2013						
Oberbayern	317 252	97 543	69 619	39 603	15 451	58 298	36 739
Niederbayern	196 354	53 001	58 764	20 476	14 308	28 764	21 042
Oberpfalz	220 648	34 769	78 662	24 315	19 051	39 647	24 204
Oberfranken	110 221	25 954	36 663	6 908	8 312	15 175	17 209
Mittelfranken	103 066	32 858	24 189	13 199	7 856	11 705	13 261
Unterfranken	133 448	29 310	36 996	10 212	21 676	19 330	15 924
Schwaben	224 914	67 416	57 107	26 174	15 672	32 833	25 712
Bayern	**1 305 903**	**340 851**	**361 999**	**140 886**	**102 324**	**205 752**	**154 091**
	Veränderungen in Prozent gegenüber Juli 2012						
Oberbayern	*7,6*	*17,1*	*10,5*	*0,5*	*15,3*	*1,4*	*-4,2*
Niederbayern	*0,7*	*13,4*	*1,6*	*-7,4*	*8,9*	*-14,3*	*-3,0*
Oberpfalz	*3,9*	*-15,5*	*31,5*	*-15,6*	*-12,3*	*-2,3*	*19,5*
Oberfranken	*4,8*	*-8,3*	*18,9*	*-15,1*	*-31,7*	*6,3*	*50,0*
Mittelfranken	*13,1*	*18,9*	*17,5*	*15,9*	*-7,5*	*3,0*	*13,5*
Unterfranken	*5,5*	*23,3*	*-6,9*	*19,2*	*4,5*	*6,9*	*2,0*
Schwaben	*-15,7*	*9,0*	*-40,5*	*-26,0*	*0,2*	*-9,9*	*20,1*
Bayern	***1,1***	***9,0***	***-1,6***	***-8,4***	***-2,8***	***-2,8***	***9,7***

1 Ohne Umsatz-/Mehrwertsteuer.
2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

-8,4 % auf lediglich noch 140,9 Millionen Euro baugewerblicher Umsatz.

Auch der Personalstand in den maßgeblichen bayerischen bauhauptgewerblichen Betrieben zeigte sich im Juli 2013 im Plus. Mit zusammen 76 523 tätigen Personen arbeiteten im aktuellen Berichtsmonat dort nämlich 2,7 % mehr Menschen als vor einem Jahr, darunter mit Abstand die meisten in der Wirtschaftsunterklasse „Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbau)“ (36 544 tätige Personen; +2,7 %).

Die Auftragseingänge der in Bayern ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen beliefen sich im Juli 2013 auf einen Gesamtwert in Höhe von 1,05 Milliarden Euro und lagen damit um 0,8 % höher als im Juli des Vorjahres. Dieser Zuwachs wurde weit überdurchschnittlich von der Bausparte „Wohnungsbau“ getragen (+32,8 % auf aktuell 304,4 Millionen Euro). Am stärksten rückläufig erwies sich zeitgleich der Auftragseingang im Bereich „Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen“ (-47,1 % auf 109,9 Millionen Euro).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Juli 2013“ (Bestellnummer: E2100C 201307, nur als Datei).*

Bayerns Kraftwerke erzeugten im ersten Halbjahr 2013 fast 35 Millionen Megawattstunden Strom

Nach vorläufigen Angaben wurden im ersten Halbjahr 2013 in bayerischen Stromerzeugungsanlagen für die allgemeine Versorgung[1] brutto insgesamt 34,7 Millionen Megawattstunden (MWh) Strom erzeugt. Das waren um 6,4 % weniger als im ersten Halbjahr 2012. Die Nettostromerzeugung, das ist die Bruttostromerzeugung abzüglich des Eigenverbrauchs der Kraftwerke, lag bei rund 33 Millionen MWh. Wie schon in den vergangenen Jahren stammte der überwiegende Teil des erzeugten Stroms mit 62 % bzw. 21,6 Millionen MWh aus Kernenergie; das waren 0,7 % mehr als im entspre-

chenden Vorjahreszeitraum. Dahinter rangierten die Stromerzeugung aus Wasserkraft (16,5% bzw. 5,7 Millionen MWh) sowie diejenige aus Erdgas (10,3% bzw. 3,6 Millionen MWh).

Rund 10% des erzeugten Stroms wurde in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt. Die Nettowärmeerzeugung in KWK-Prozessen lag bei 6,5 Millionen MWh.

Die gesamte Nettowärmeerzeugung in den bayerischen Kraftwerken für die allgemeine Versorgung betrug zwischen Anfang Januar und Ende Juni 2013 7,3 Millionen MWh. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum war damit ein Anstieg um 6,9% zu beobachten.

Ein Blick auf die zur Wärmegewinnung eingesetzten Energieträger zeigt, dass sich hier gegenüber den Vorjahren kaum etwas verändert hat. Auch im ersten Halbjahr 2013 stammte die erzeugte Wärme zu einem Großteil aus Erdgas (48,9% bzw. 3,6 Millionen MWh).

1 Erfasst werden nur Stromerzeugungsanlagen der allgemeinen Versorgung mit einer Engpassleistung elektrisch von im Allgemeinen einem Megawatt (MW) oder mehr.

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich.
Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Aktuelle Ausgabe der „Internationalen Bildungsindikatoren“

Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter ermöglicht Ländervergleiche

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, ist eine neue Ausgabe der „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ erschienen. In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden ausgewählte Indikatoren der OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ dargestellt. Damit wird anhand international standardisierter Indikatoren ein Vergleich der Bildungssituation in den Bundesländern und deren Einordnung anhand des OECD-Durchschnitts ermöglicht.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-Operation and Development – OECD) veröffentlicht jährlich einen Bericht über die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens in ihren Mitgliedsstaaten. Die OECD-Publikation „Bildung auf einen Blick“ wird nun zum achten Mal durch eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ergänzt, in der ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland und seine Länder präsentiert werden. Das Bildungswesen ist im föderalen System Deutschlands eine Kernaufgabe der Länder. Auf der Basis international standardisierter Indikatoren wird damit u. a. ein Vergleich von Bildungsstand, Bildungsbeteiligung, Bildungsausgaben und -erträgen zwischen den Ländern und mit dem OECD-Durchschnitt möglich.

So verfügten im Freistaat rund 30 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 64 Jahren über einen tertiären Ausbildungsabschluss. Dazu rechnen u. a. Fachschulabschlüsse, Meister-/Technikerausbildung, Hochschulabschlüsse und Promotionen. Im Bundesdurchschnitt lag der Wert für dieses Ausbildungsniveau bei etwa 27 % (OECD-Durchschnitt: 32 %). Der Abschluss des Sekundarbereichs II (u. a. Abschluss einer Lehrausbildung, einer Berufsfachschule, Hochschulreife) wird in der Europäischen Union als Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt angesehen. Bei den 25- bis 34-Jährigen konnten in Bayern 90 % mindestens dieses Ausbildungsniveau vorweisen. Bayern nimmt hier einen Spitzenplatz unter den Ländern ein (Deutschland: 87 %, OECD-Durchschnitt: 82 %).

Auch bei der Beschäftigungssituation hat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern eine überdurchschnittlich gute Position. So lag die Beschäftigungsquote von Personen mit Abschlüssen im Tertiärbereich in Bayern bei 88,8 % (Deutschland: 87,9 %, OECD-Durchschnitt: 83,0 %). Auch bei den anderen Qualifikationsniveaus belegt Bayern vordere Plätze.

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen betrugen 2010 in Bayern pro Schüler bzw. Studierenden im Durchschnitt 8 900 Euro, das waren rund 600 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt und 1 400 Euro mehr als im OECD-Durchschnitt.

Die neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ kann im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de – Bildungsindikatoren, Ausgabe 2013) als Datei kostenlos heruntergeladen werden.

Bayerns Landwirte bewirtschaften mehr als zwei Millionen Hektar Ackerland

Dr. Nina Stückrath

Im Jahr 2013 werden rund 15 300 repräsentativ ausgewählte landwirtschaftliche Betriebsleiter/-inhaber zur Agrarstrukturerhebung befragt. Die hierbei durch Hochrechnung im vorläufigen Ergebnis ermittelten 93 000 landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern bewirtschaften 3 138 700 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bzw. 2 070 300 Hektar Ackerland. Über drei Viertel des Ackerlands wurde mit Winterweizen, Silomais/Grünmais, Körnermais/Mais zum Ausreifen, Wintergerste, Sommergerste, Winterraps und/oder Leguminosen zur Ganzpflanzenernte bestellt.

Allgemeine Vorbemerkungen zur Agrarstrukturerhebung 2013

Nach der vor drei Jahren stattgefundenen Landwirtschaftszählung (LZ 2010), bei der alle landwirtschaftlichen Betriebe befragt wurden, wird 2013 eine Agrarstrukturerhebung (ASE) durchgeführt, in deren Rahmen nur repräsentativ ausgewählte Betriebe einbezogen werden. Das zu erhebende Merkmalsprogramm der ASE ähnelt dem der LZ 2010. Die ausgewählten landwirtschaftlichen Betriebsinhaber/-leiter müssen Angaben zu folgenden Themenkomplexen erteilen:

- Rechtsform
- Bodennutzung
- Eigentums- und Pachtverhältnisse
- Pachtflächen und Pachtentgelte
- Bewässerung im Freiland
- Viehbestände
- Ökologischer Landbau
- Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien
- Einkommenskombinationen
- Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte, ständig beschäftigte Personen, Saisonarbeitskräfte, Leistungen von Lohnunternehmen)
- Jahresnettoeinkommen
- Landwirtschaftliche Berufsbildung des Betriebsleiters/Geschäftsführers
- Traktoren und Erntemaschinen

Des Weiteren sollen die Landwirte Eintragungen zur Veränderung der Gesamtfläche des Betriebes im letzten Jahr vornehmen und die Antragsnummer des Mehrfachantrages (Antrag für den Erhalt von staatlichen Ausgleichs- oder Prämienzahlungen) übermitteln; die Rinderhalter sollen zudem die entsprechende Verwaltungsnummer für das Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT-Datenbank) angeben. Durch die Übermittlung dieser Antragsnummern kann das Landesamt die Möglichkeit der Verwaltungsdatenübernahme zu Teilbereichen der Bodennutzung und der Viehhaltung nutzen. Eine andere Verwaltungsdatennutzung ist für die im Rahmen der ASE 2013 zu ermittelnden Angaben zur Teilnahme an den Förderprogrammen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) möglich.

Die zu erhebenden Angaben zur Georeferenzierung des Betriebssitzes ergänzen die Mitarbeiter des Landesamts, so dass hierdurch eine weitere Entlastung der Auskunftspflichtigen gegeben ist.

Auskunftspflichtig sind Inhaber oder Leiter von Betrieben mit mindestens fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche oder von Einheiten unter dieser Flächengrenze, wenn sie bestimmte Viehbestände oder Anbauflächen bei besonderen Kulturen in dem vom Agrarstatistikgesetz festgelegten Mindestumfang (vgl. Tabelle 1) aufweisen.

Wetter- und witterungsabhängige Anbaubedingungen im Jahr 2012/2013

Die Wintermonate waren durchschnittlich temperiert, niederschlagsreich und sonnenscheinarm. Es folgte ein kühler, teils winterlicher März und April, wodurch der Vegetationsbeginn erst später eintrat. Das Wintergetreide, das bei günstigen Saatbedingungen gepflanzt wurde und eine schützende Schneedecke hatte, zeigte im Frühjahr 2013 fast keine Auswinterungsschäden. Das Sommergetreide wurde in diesem Jahr später wie gewöhnlich, teilweise erst gegen Ende April gesät. Die Aussaatbedingungen für Mais waren, zu einem Zeitpunkt mit hoher Bodenfeuchte, ungünstig. Der Mai 2013 wies kühle Temperaturen, hohe Niederschläge und nur die Hälfte der sonst üblichen Sonnenstunden auf. Dies führte bei allen Kulturen zu einem zögerlichen Wachstum. Besonders litt der Mais unter diesen Bedingungen. Ein zentrales Thema waren die sehr hohen Niederschläge Ende Mai und Anfang Juni, die zu Hochwasser in einigen Regionen führten (Rede des Staatsministers Helmut Brunner zur Erntepressefahrt 2013; www.stmelf.bayern.de). Das Ausmaß der Flächenschädigung ist allerdings nicht durch die Statistik der ASE quantifizierbar.

Tab. 1 Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche Betriebe 2013

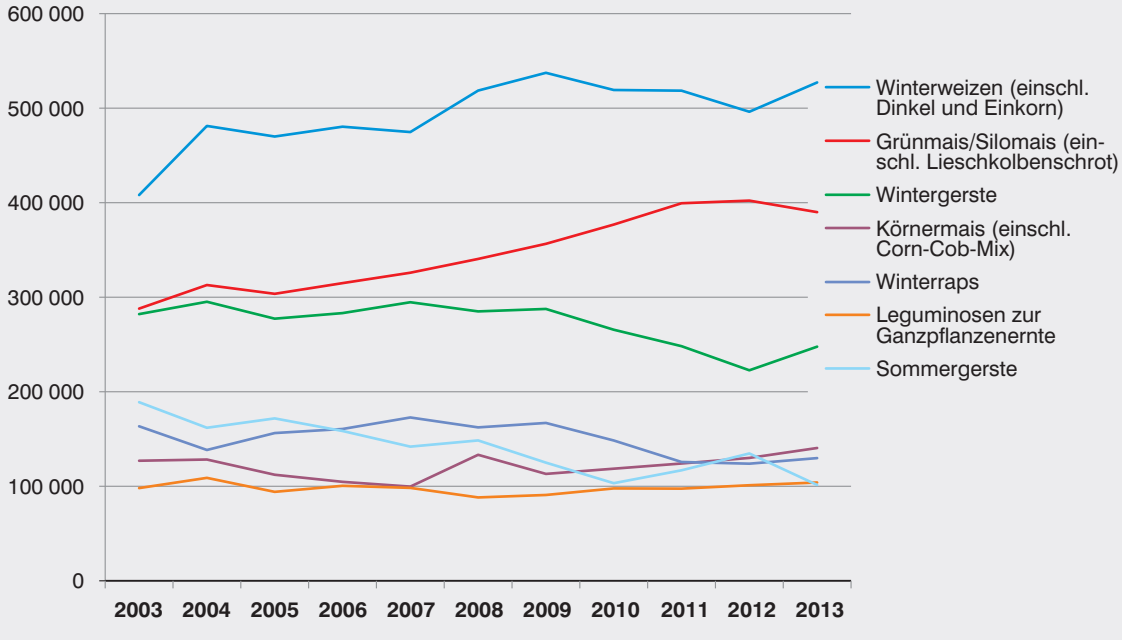
5,0 ha	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
0,5 ha	Hopfen
0,5 ha	Tabak
1,0 ha	Dauerkulturfläche im Freiland oder jeweils 0,5 ha Obstanbau-, Reb- oder Baumschulfläche
0,5 ha	Gemüse oder Erdbeeren im Freiland
0,3 ha	Blumen oder Zierpflanzen im Freiland
0,1 ha	Kulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern
0,1 ha	Produktionsfläche für Speisepilze
10	Rinder
50	Schweine
10	Zuchtsauen
20	Schafe
20	Ziegen
1 000	Stück Geflügel

Bayerns landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt weiterhin über 3,1 Millionen Hektar

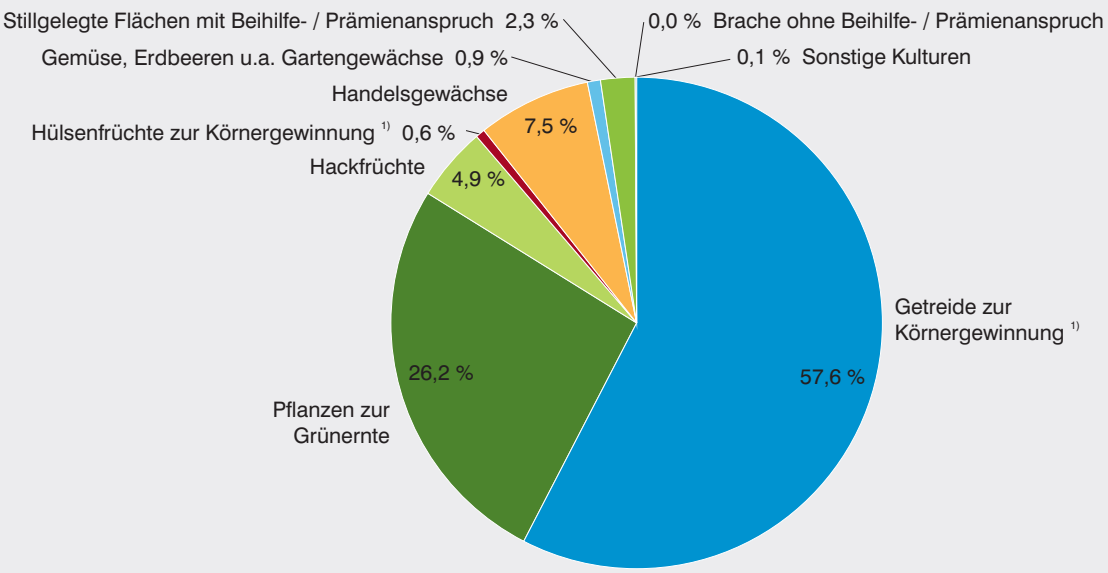
Nach den vorläufigen Ergebnissen der ASE 2013 bewirtschaften bayernweit rund 93 000 landwirtschaftliche Betriebsinhaber/-leiter insgesamt rund 3 138 700 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Verglichen mit dem endgültigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung des Jahres 2012, blieb diese Fläche in etwa auf dem Vorjahresniveau (+0,4 %; +12 700 Hektar). Die Fläche, die von 76 100

Entwicklung der Anbauflächen ausgewählter Kulturarten in den Jahren 2003 bis 2013 in Bayern
in Hektar

Abb. 1



Hauptnutzungsarten auf dem Ackerland im Jahr 2013 in Bayern Abb. 2
in Prozent



1) Einschließlich Saatguterzeugung

Betriebsinhaber/-leitern ackerbaulich genutzt wird, beträgt 2 070 300 Hektar und ist somit um 0,9% (+19 200 Hektar) größer als im Jahr 2012 (vgl. Tabelle 2).

Sieben Fruchtarten bestimmen über drei Viertel des Anbaus auf dem Ackerland

Auf die Größe der Anbaufläche bezogen sind sowohl die Getreidearten Winterweizen, Wintergerste, Sommergerste und Körnermais/Mais zum Ausreifen (einschließlich Corn-Cob-Mix (CCM)) als auch die Pflanzen zur Grünernte Silomais/Grünmais und Leguminosen und zudem der Winterraps, der zu den Handelsgewächsen zählt, die Spitzenreiter. Rund 79,2% des Ackerlands wurde mit diesen Fruchtarten bestellt. Die Entwicklung der Flächen dieser wichtigen Kulturarten zeigt in den vergangenen zehn Jahren v.a. einen deutlichen Anstieg bei Winterweizen und bei Silomais (vgl. Abbildung 1).

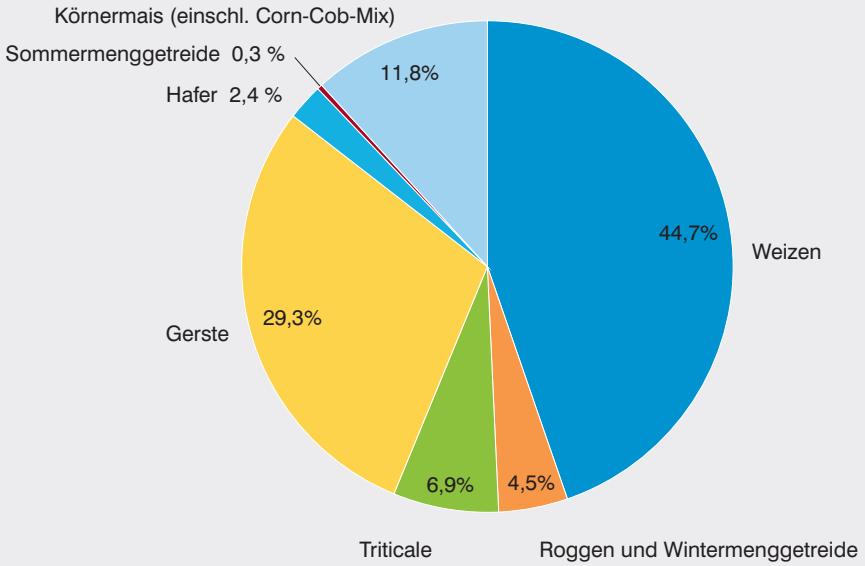
Für Getreide (einschließlich Körnermais und CCM) – als wichtigste Hauptnutzungsart mit einem Anteil von 57,6% am Ackerland – wurde eine Fläche von 1 192 400 Hektar nachgewiesen (vgl. Abbildung 2). Die Getreideanbaufläche stieg somit im Vergleich zum Vorjahr um +2,4% bzw. 28 000 Hektar. Die Flächenausdehnung ist vor allem durch die Ausweitung des Anbaus von Winterweizen, Wintergerste und Körnermais/Grünmais zum Ausreifen (einschl. CCM) bedingt.

Weizen, die flächenmäßig bedeutendste Getreideart (vgl. Abbildung 3) und für die Herstellung von Brot und als Futtermittel verwendet, wird vorwiegend als Wintergetreide angebaut. Die Anbaufläche des **Winterweizens** betrug 527 200 Hektar und nahm somit im Vergleich zum Vorjahr um 6,2% (+30 900 Hektar) zu. Die **Wintergerste**, eine weitere Winterform von Getreide, findet vorwiegend als Futter Verwendung. Auch hier ist die Ausweitung des Anbaus binnen Jahresfrist auf insgesamt 247 700 Hektar (+11,2%, +25 000 Hektar) beträchtlich. **Körnermais/Grünmais zum Ausreifen** (einschließlich CCM) wird als Futtermittel in der Schweine- und Rindermast eingesetzt; die entsprechend angebaute Fläche stieg um 8,1% (+10 500 Hektar) auf 140 500 Hektar.

Im Vergleich zu der oben erwähnten Flächenausweitungen der Winterungen, Winterweizen und -gerste, gab es u.a. auch aufgrund der bereits beschriebenen Wetter- und Witterungsbedingungen starke Einbußen beim Sommergetreide. Jedoch weist die Kultur

Getreideanbau im Jahr 2013 in Bayern
in Prozent

Abb. 3



Tab. 2 **Landwirtschaftliche genutzte Fläche nach Nutzungsarten 2012 und 2013**

Fläche und Anbaukultur (Hauptnutzungsart / Kulturanbau / Fruchtanbau)	2013 vorläufig		2012 endgültig		Veränderung 2013 gegenüber 2012	
	1 000 Hektar					%
Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	**3 138,7**	**A**	**3 126,1**	**A**	**12,7**	***0,4***
dar. Dauergrünland	1 055,0	A	1 061,9	A	-7,0	*-0,7*
dar. Wiesen	715,9	A	717,9	A	-2,0	*-0,3*
Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)	297,0	B	305,1	B	-8,2	*-2,7*
Ackerland	**2 070,3**	**A**	**2 051,0**	**A**	**19,2**	***0,9***
dar. Getreide (einschl. Körnermais und Corn-Cob-Mix)	1 192,4	A	1 164,4	A	28,0	*2,4*
dar. Weizen	533,2	A	505,9	A	27,3	*5,4*
dar. Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	527,2	A	496,2	A	30,9	*6,2*
Roggen und Wintermenggetreide	54,2	B	49,3	B	4,9	*10,0*
Wintergerste	247,7	A	222,7	A	25,0	*11,2*
Sommergerste	101,4	B	134,7	A	-33,2	*-24,7*
Hafer	28,4	B	30,3	B	-1,9	*-6,4*
Triticale	82,8	B	79,5	B	3,3	*4,2*
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	140,5	B	130,0	B	10,5	*8,1*
Hülsenfrüchte	12,8	B	12,7	B	0,2	*1,3*
Hackfrüchte	100,8	B	107,7	B	-6,9	*-6,4*
dar. Kartoffeln	43,7	B	41,5	B	2,2	*5,3*
Zuckerrüben	56,8	B	65,8	B	-9,0	*-13,6*
Gartengewächse	17,8	B	17,5	B	0,2	*1,3*
Handelsgewächse	154,3	A	147,4	A	6,9	*4,7*
dar. Ölfrüchte zur Körnergewinnung zusammen	136,9	A	129,3	A	7,6	*5,9*
dar. Winterraps	129,8	A	123,9	A	5,9	*4,7*
dar. andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung*	4,8	C	3,0	D	1,8	*59,5*
Futterpflanzen / Pflanzen zur Grünernte	543,4	A	550,4	A	-7,0	*-1,3*
dar. Leguminosen zur Ganzpflanzenernte	104,0	A	101,1	A	2,8	*2,8*
Feldgras / Grasanbau auf dem Ackerland	26,5	B	26,6	B	-0,1	*-0,4*
Silomais einschl. Grünmais	390,0	A	402,2	A	-12,2	*-3,0*

* Einschließlich Saatguterzeugung.

Qualitätskennzeichen	Standardfehler
A	bis unter +/-2%
B	+/-2% bis unter +/- 5%
C	+/-5% bis unter +/-10%

der **Sommergerste**, die vorwiegend zu Gerstenmalz weiterverarbeitet und damit zum Bierbrauen verwendet wird, trotz einer Abnahme um 24,7% (-33 200 Hektar), mit rund 101 400 Hektar noch eine insgesamt große Anbaufläche auf.

Pflanzen zur Grünernte sind Kulturen, die in grünem Zustand als Ganzpflanze geerntet werden und deren Nutzung sowohl für Futter als auch für Energiezwecke erfolgen kann. Für Pflanzen zur Grünernte war gegenüber dem Jahr 2012 eine leichte Flächenabnahme von 1,3% (-7 000 Hektar) auf 543 400 Hektar zu verzeichnen. Der Anbau von **Silomais**, der oftmals in der Kritik als Monokultur steht und mit der Ausdehnung des Flächenanbaus als Energiepflanzen für die erhöhten Pachtpreise sowie für die Erhöhung der Wildschweinpopulation verantwortlich gemacht wird, ist heuer etwas eingedämmt: Auf nun mehr rund 390 000 Hektar wurde diese Kulturart angebaut. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr 3,0% weniger (-12 200 Hektar). Eine leichte Flächenzunahme wurde bei den **Leguminosen zur Ganzpflanzenernte** um 2,8% (+2 800 Hektar) auf insgesamt 104 000 Hektar festgestellt.

Rund 154 300 Hektar des Ackerlands wurden mit Handelsgewächsen bestellt; das waren rund 4,7% (+6 900 Hektar) mehr als im Vorjahr. Den größten Teil davon umfasste mit 129 800 Hektar die Anbaufläche für **Winterraps**, wobei hier eine Zunahme um 5 900 Hektar (+4,7%) gegenüber 2012 festzustellen war.

Anteil der Dauergrünlandflächen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf Vorjahresniveau

Rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist Dauergrünland. Die Fläche des Dauergrünlands umfasst 1 055 000 Hektar. Mit 67,9% bzw. 715 900 Hektar ist der Anteil der **Wiesen** am Dauergrünland hoch. Beim Dauergrünland wurde im Jahr 2013 nahezu keine Veränderung der Fläche im Vergleich zum Jahr 2012 festgestellt. Lediglich die Flächen der **Weiden**, heuer 297 000 Hektar, waren mit -2,7% (-8 200 Hektar) etwas rückläufig.

Ausblick

Im Jahr 2014 werden die endgültigen Daten zur ASE 2013 auf Landesebene vorliegen. Im Vergleich zum vorläufigen Ergebnis werden bis zu diesem Zeitpunkt auch noch die neu gegründeten Betriebe (Neuaufnahmen) erfasst. Dies kann eine Erhöhung der Betriebszahlen zur Folge haben.

Mit den endgültigen Ergebnissen, die Daten zu allen Merkmalsbereichen (siehe vorne) ausweisen, kann die Struktur in der Landwirtschaft noch detaillierter beschrieben werden. Es können z. B. folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie ist die Betriebsgrößenstruktur in den landwirtschaftlichen Betrieben? Setzt sich der Strukturwandel weiter fort und wenn ja, in welchem Ausmaß?
- Wie hoch ist der Anteil der Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetriebe?
- Wie viel kostet ein Hektar Ackerland zur Pacht?
- Wie viele Arbeitskräfte gibt es in der Landwirtschaft?
- Wie viele ökologisch wirtschaftende Betriebe gibt es? Bleibt der Bio-Boom bestehen?

Im Jahr 2016 findet eine ASE statt, die zu bestimmten Merkmalskomplexen als Totalerhebung durchgeführt werden soll. Hier stehen dann auch regional tiefgegliederte Daten zur Verfügung.

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2012

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften verringerte sich im Jahr 2012 um 461,1 Millionen Euro auf 14 523,8 Millionen Euro. Pro Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 1 150 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 13 499,8 Millionen Euro oder 1 069 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 4,8 Millionen Euro auf 4 092,0 Millionen Euro gesteigert; die nicht in selbständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser erhöhten diese ebenfalls um 54,8 Millionen Euro auf 136,3 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 18 752,1 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden bei rechtlich selbständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 1 401 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 14 399 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Der von den kommunalen Körperschaften selbst getragene planmäßige Schuldendienst (Zinsen und/oder Tilgung) wurde mit 1 429,7 Millionen Euro festgestellt. Schuldendiensthilfen in Höhe von 17,0 Millionen Euro wurden den kommunalen Körperschaften von Dritten gewährt. Schuldenaufnahmen in einer Größenordnung von 1 508,0 Millionen Euro standen Tilgungen von 1 853,7 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben und bei den Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 508,4 Millionen Euro bzw. 29,0 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 298,3 Millionen Euro bzw. 8,6 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbständigen Betriebe mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbständiger Form geführten Einheiten und für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder und kommunale Körper-

Tab. 1 **Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2012 nach Art der Schulden**

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon							
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon				Zweckverbände[1]	Verwaltungsgemeinschaften
			Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
	Millionen Euro							
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich								
Wertpapiere	0,7	0,7	0,7	0,0	-	-	-	-
Kredite bei								
Kreditinstituten	14 197,0	13 361,1	4 880,6	6 220,4	2 118,7	141,3	805,7	30,2
sonstigem inländischem Bereich	138,6	136,4	28,2	89,3	2,3	16,7	2,1	-
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	1,6	1,6	-	1,6	-	-	-	-
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	**14 337,9**	**13 499,8**	**4 909,4**	**6 311,3**	**2 121,0**	**158,1**	**807,8**	**30,2**
Schulden beim öffentlichen Bereich								
Schulden								
beim Bund	40,0	39,5	35,1	4,1	0,3	0,1	0,4	-
der gesetzlichen Sozialversicherung	0,4	0,4	0,1	0,3	-	-	-	-
bei sonst. öffentl. Sonderrechnungen	49,6	36,3	-	27,6	4,1	4,5	13,3	0,0
bei Ländern	51,2	51,0	35,5	12,4	1,1	1,9	0,2	-
bei Gemeinden/GV.	19,1	6,4	-	3,9	1,9	0,6	12,7	0,0
bei Zweckverbänden und dgl.	3,5	3,5	2,5	1,0	-	-	0,1	-
bei verb. Unternehmen, Beteiligungen								
und Sondervermögen	22,2	20,4	0,2	8,0	12,1	-	1,8	-
Zusammen	**185,9**	**157,4**	**73,5**	**57,2**	**19,5**	**7,2**	**28,5**	**0,0**
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	14 523,8	13 657,2	4 982,9	6 368,5	2 140,6	165,3	836,3	30,2
dar. Kassenkredite	274,0	262,2	66,5	158,3	25,5	12,0	10,3	1,5
weitere Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123,7	118,1	68,2	23,9	26,0	-	5,7	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	264,2	258,6	186,4	35,2	37,0	-	0,4	5,3
Zusammen	**388,0**	**376,6**	**254,6**	**59,1**	**63,0**	**-**	**6,0**	**5,3**
Bürgschaften								
Haftungssumme insgesamt	**3 079,5**	**2 984,6**	**1 473,8**	**715,4**	**790,5**	**4,9**	**94,9**	**-**
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte								
Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden	30,0	30,0	8,4	21,6	-	-	0,0	-
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	29,6	28,6	2,0	26,5	0,1	-	0,5	0,5
Finanzierungsleasing	34,8	34,7	1,8	29,2	3,7	-	0,1	0,1
Zusammen	**94,5**	**93,3**	**12,3**	**77,3**	**3,8**	**-**	**0,7**	**0,6**
nachrichtlich: ÖPP-Projekte nach ESVG	59,3	58,8	0,0	23,3	35,5	-	0,5	-
Schulden der Eigenbetriebe								
Schulden								
beim nicht-öffentlichen Bereich	3 757,0	3 757,0	2 684,7	1 014,5	56,0	1,8	-	-
beim öffentlichen Bereich	335,0	335,0	152,5	162,6	6,0	14,0	-	-
Zusammen	**4 092,0**	**4 092,0**	**2 837,2**	**1 177,1**	**62,0**	**15,7**	**-**	**-**
Schulden der Krankenhäuser[2]								
Schulden								
beim nicht-öffentlichen Bereich	109,0	109,0	-	1,5	82,7	24,8	-	-
beim öffentlichen Bereich	27,3	27,3	0,4	-	24,2	2,7	-	-
Zusammen	**136,3**	**136,3**	**0,4**	**1,5**	**106,9**	**27,5**	**-**	**-**

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.
2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

schaften mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Da diese Statistik eine vollständige Zuordnung der Schulden nach Eignern derzeit nicht vorsieht, lässt sich aus ihr nicht ablesen, welcher Teil der dort festgestellten Schulden auf die einzelnen kommunalen Körperschaftsgruppen entfällt. Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommenen Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Verschuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Seit der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mitenthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten, wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP[1]-Projekte und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG[2] 1995) ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes[3] der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich[4] und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

Weiterer Schuldenabbau im Berichtsjahr

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2012 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 14 523,8 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 3,1 % oder 461,1 Millionen Euro geringer geworden. Die Verschuldung je Einwohner[5] liegt bei 1 150 Euro; sie verringerte sich gegenüber dem Jahr 2011 um 43 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 94,0 % oder 13 657,2 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 5,8 % oder 836,3 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,2 % oder 30,2 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 34,3 % oder 4 982,9 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 43,8 % oder 6 368,5 Millionen Euro, die Landkreise 14,7 % oder 2 140,6 Millionen Euro und die Bezirke 1,1 % oder 165,3 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstands der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während die Landkreise (+0,9 %) und die Zweckverbände (+0,4 %) Schulden in ihren Kernhaushalten aufbauten, nachdem sie in den Vorjahren die Schulden ebenfalls erhöht hatten, gab es bei den kreisfreien Städten (-5,9 %), den kreisangehörigen Gemeinden (-0,3 %), den Bezirken (-47,9 %) und den Verwaltungsgemeinschaften (- 1,1 %) Rückgänge zu verzeichnen.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der kommunalen Körperschaften seit 1980 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 bis 2012 die Kassenkredite herausgerechnet.

Schuldenrückgang bei den kreisfreien Städten stärker als bei den kreisangehörigen Gemeinden

Von den kreisfreien Städten senkten die Städte mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden mit 8,4 % oder 269,3 Millionen Euro am stärksten. Die Verschuldung je Einwohner verringerte sich um 147 Euro auf 1 362 Euro (-9,7 %). Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen einen Rückgang um 102 Euro auf 1 451 Euro (-6,6 %)

1 Öffentlich private Partnerschaften.

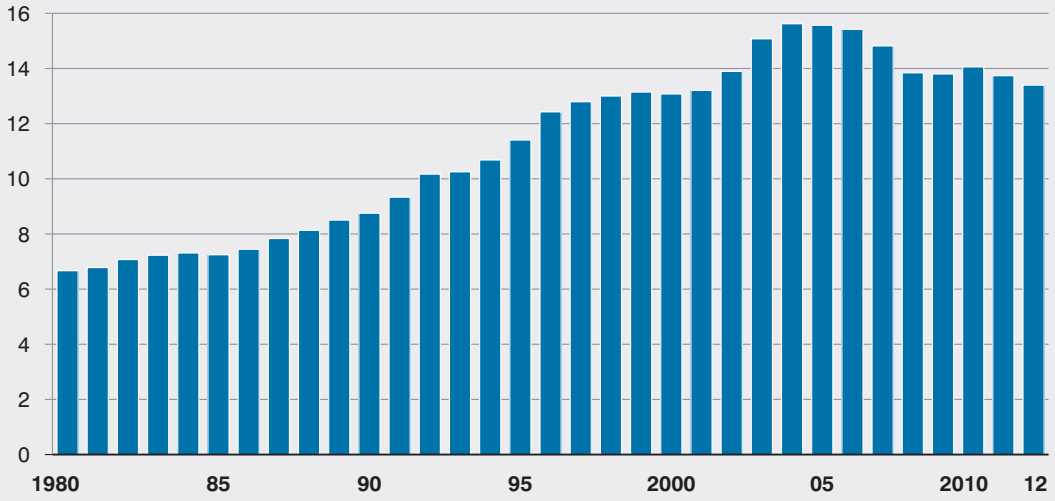
2 Europäisches System Volkwirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

3 Artikel 104c Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

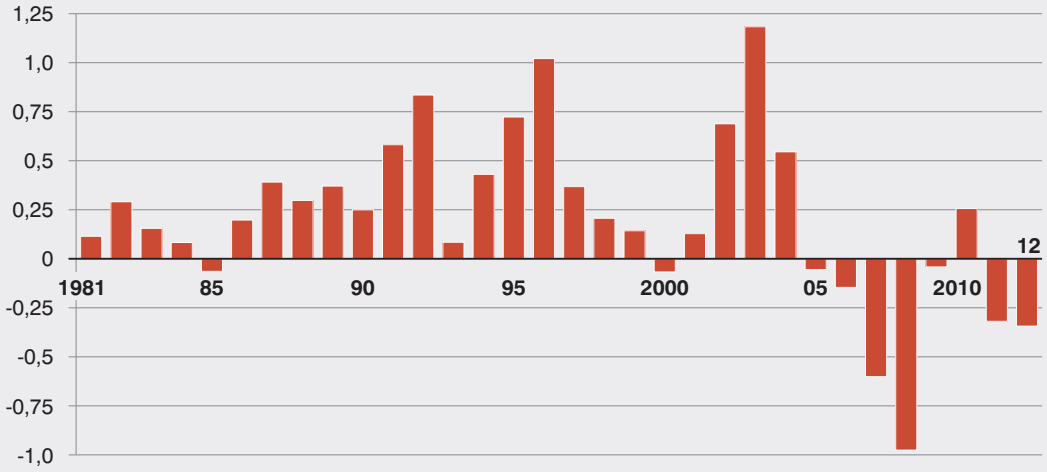
4 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.

5 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni bezogen.

Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980 Abb. 1
in Milliarden Euro



Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981 Abb. 2
in Milliarden Euro



auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern erhöhten dagegen ihren Schuldenstand um 3 Euro auf 1 196 Euro (+0,2%). Auch die Städte unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 1 378 Euro je Einwohner mit einem Plus von 23 Euro mehr Schulden gegenüber dem Vorjahr (+1,7 %), vgl. Tabelle 2.

Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in den meisten betrachteten Gemeindegrößenklassen eine Schuldenabnahme zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenabbau um 0,3%. Aufgestockt haben ihre Schulden lediglich die Gemeinden von 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 0,2% von 1 135,2 Millionen Euro auf 1 137,4 Millionen Euro so-

Tab. 2 **Schulden und Schuldendienst der kommunalen Körperschaften in Bayern 2012 nach Gemeindegrößenklassen**

Körperschaftsgruppe / Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand[1] am 31. Dezember				Planmäßiger Schuldendienst[2]			
	einschließlich		ohne		einschließlich		ohne	
	Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen				Schuldendiensthilfen[3]			
	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.
Kreisfreie Städte mit . . . Einwohnern								
200 000 oder mehr	5 085,3	*2 345*	2 953,6	*1 362*	254,4	*117*	254,4	*117*
100 000 bis unter 200 000	1 219,7	*1 960*	903,1	*1 451*	66,1	*106*	66,1	*106*
50 000 bis unter 100 000	913,2	*1 811*	603,2	*1 196*	51,5	*102*	51,5	*102*
unter 50 000	602,3	*1 587*	523,0	*1 378*	42,5	*112*	42,5	*112*
Zusammen	**7 820,5**	***2 128***	**4 982,9**	***1 356***	**414,5**	***113***	**414,5**	***113***
Kreisangehörige Gemeinden mit . . . Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 108,1	*972*	764,3	*671*	74,1	*65*	74,0	*65*
10 000 bis unter 20 000	2 035,1	*971*	1 439,9	*687*	134,4	*64*	132,5	*63*
5 000 bis unter 10 000	1 916,1	*858*	1 715,4	*768*	184,2	*82*	183,1	*82*
3 000 bis unter 5 000	1 165,2	*721*	1 137,4	*703*	130,8	*81*	130,6	*81*
1 000 bis unter 3 000	1 247,9	*717*	1 237,0	*711*	146,8	*84*	146,3	*84*
unter 1 000	74,7	*590*	74,5	*589*	8,9	*70*	8,8	*70*
Zusammen	**7 547,1**	***843***	**6 368,5**	***711***	**679,2**	***76***	**675,3**	***75***
Landkreise	2 309,5	*258*	2 140,6	*239*	231,2	*26*	229,6	*26*
Bezirke	208,5	*17*	165,3	*13*	21,3	*2*	21,3	*2*
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	**17 885,6**	***1 416***	**13 657,2**	***1 082***	**1 346,2**	***107***	**1 340,7**	***106***
Zweckverbände[4]	836,3	*66*	836,3	*66*	97,6	*8*	86,1	*7*
Verwaltungsgemeinschaften	30,2	*15*	30,2	*15*	2,9	*1*	2,9	*1*
Insgesamt	**18 752,1**	***1 485***	**14 523,8**	***1 150***	**1 446,7**	***115***	**1 429,7**	***113***

1 Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.
2 Ohne Schuldendienst der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
3 Schuldendienstbeträge, die von Dritten geleistet oder ersetzt wurden.
4 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

wie die Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern um 0,2 % von 74,3 Millionen Euro auf 74,5 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern reduzierten die Verschuldung um 0,2 % von 766,2 Millionen Euro auf 764,3 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern verringerten ihre Schulden um 0,4 % von 1 445,2,5 Millionen Euro auf 1 439,9 Millionen Euro, die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 0,5 % von 1 723,8 Millionen Euro auf 1 715,4 Millionen Euro sowie die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern relativ am stärksten um 0,7 % von 1 245,7 Millionen Euro auf 1 237,0 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, in fünf Gemeindeklassen sind jedoch Verschiebungen aufgetreten: Die Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahmen um zwei zu, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern nahmen um sechs ab, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahmen um drei zu, die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern nahmen um eine ab. Die Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern nahmen um zwei Gemeinden zu. Nur die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern blieben unverändert. Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern verringerte sich diese um 0,9 % oder 5 Euro. Eine Schuldenzunahme gab es nur in den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern, und zwar um 0,1 % oder 1 Euro; in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern sank der Schuldenstand um 0,4 % oder 3 Euro, in der Größenklasse mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 0,1 % oder 1 Euro sowie in der Größenklasse mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 1,8 % oder 12 Euro. Auch in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern gab es eine Verringerung der Schulden um 1,0 % oder 7 Euro.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 14 337,9 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 99,0 % (Vorjahr 98,6 %) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (0,0 %) oder kam vom sonstigen in- und ausländischen Bereich (1,0 %). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 185,9 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften das Land Bayern mit 51,2 Millionen Euro, gefolgt von den sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen und vom Bund mit einem Kreditvolumen von 49,6 bzw. 40,0 Millionen Euro sowie den verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 22,2 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten insgesamt deutlich niedriger

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapierschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2012 kurzfristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 274,0 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 119,3 Millionen Euro oder 30,3 % niedriger als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte, die im Vorjahr mit 78,2 Millionen Euro 19,9 % aller von den kommunalen Körperschaften aufgenommenen Kassenkredite beanspruchten, kamen 2012 mit 66,5 Millionen Euro – also mit 11,8 Millionen Euro weniger – aus. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 158,3 Millionen Euro und einem Minus von 1,6 % auch weniger mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Besonders stark wurden von den Bezirken die beanspruchten Kassenkredite um 90,8 % auf 12,0 Millionen Euro reduziert. Dagegen mussten die Landkreise (+12,2 Millionen Euro) und die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände (+1,6 Millionen Euro) ihre Kassenkredite auf 25,5 Millionen Euro bzw. 10,3 Millionen Euro ausweiten. Die Verwaltungsgemeinschaften blieben mit 1,5 Millionen Euro im Berichtszeitraum mit ihren Kassenkrediten fast unverändert (-0,4 %).

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d. h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften und aus Schulden von Leasingverträgen haben sich im Berichtszeitraum von 97,1 Millionen Euro auf 94,5 Millionen Euro vermindert. Die Restkaufgelder reduzierten sich um 30,4 % auf 29,6 Millionen Euro. Die Schulden aus Leasingverträgen erhöhten sich von 33,3 Millionen Euro auf 34,8 Millionen Euro und die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden wurden um 41,8 % auf 30,0 Millionen Euro ausgeweitet. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen der Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 59,3 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen erhöhten sich um 60,7 Millionen Euro auf 3 079,5 Millionen Euro. Diese potentiellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zuzurechnenden Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbständigen Unternehmen der kommunalen

Körperschaft verteilen. Für die ausgegliederten Bereiche sieht die amtliche Statistik keine vollständige Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vor. In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors nach dem ESVG 1995 werden alle kaufmännisch buchenden Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen. Da von den einzelnen Körperschaftsgruppen eine starke Nachfrage nach den Schulden ihrer Eigenbetriebe besteht, sind diese entsprechend zugeordnet.

Schuldenstand der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser steigt

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 4,8 Millionen Euro von 4 087,2 Millionen Euro auf 4 092,0 Millionen Euro. Während die Eigenbetriebe der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Gemeinden als auch der Bezirke ihre Schuldenstände erhöhten, gab es bei den Eigenbetrieben der Landkreise eine spürbare Minderung ihrer Schuldenlast. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 136,3 Millionen Euro, 54,8 Millionen Euro höher als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 109,0 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 27,3 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden beim öffentlichen Bereich sind um 12,4 Millionen Euro, die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich um 42,5 Millionen Euro höher ausgefallen als 2011. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug insgesamt 4 228,3 Millionen Euro. Davon waren 91,4 % Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben bzw. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 18 752,1 Millionen Euro oder 1 485 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Damit ergibt sich zum 31. Dezember 2012 ein Schuldenstand von 13 499,8 Millionen Euro oder 1 069 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr lauteten die Vergleichszahlen 12 831,6 Millionen Euro und 1 022 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte deutlich gestiegen

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 1 401 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 14 399 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden um 15,9 % bzw. um 10,8 %.

Schuldendiensthilfen wieder leicht angestiegen

Zur Bedienung ihrer Verpflichtungen aus Darlehensverträgen benötigten 2012 die Haushalte der kommunalen Körperschaften 1 446,7 Millionen Euro und damit 16,0 Millionen Euro weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 2). Die durchschnittliche Belastung je Einwohner in Bayern durch den planmäßigen Schuldendienst verringerte sich von 116 auf 115 Euro. Aus

Tab. 3 **Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2012**

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon				Zweckverbände[1]	Verwaltungsgemeinschaften
			Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
	Millionen €							
Schuldenaufnahmen								
Wertpapiere	0,0	0,0	-	0,0	-	-	-	-
Kredite bei								
Kreditinstituten	1 474,4	1 370,9	595,1	565,7	202,2	7,8	101,5	2,1
sonstigem inländischem Bereich	11,9	11,9	-	11,9	-	-	-	-
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 486,4	1 382,8	595,1	577,7	202,2	7,8	101,5	2,1
Schulden beim öffentlichen Bereich	21,6	9,4	-	3,9	2,6	3,0	12,2	-
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	**1 508,0**	**1 392,2**	**595,1**	**581,5**	**204,7**	**10,8**	**113,6**	**2,1**
Außerdem:								
Schulden der Eigenbetriebe	508,4	508,4	395,9	108,3	4,0	0,2	-	-
Schulden der Krankenhäuser[2]	29,0	29,0	-	0,8	25,8	2,4	-	-
Schuldentilgungen								
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-
Kredite bei								
Kreditinstituten	1 795,0	1 724,2	905,5	608,5	196,8	13,4	68,4	2,3
sonstigem inländischem Bereich	29,0	28,8	0,2	9,1	0,2	19,3	0,2	-
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 823,9	1 753,0	905,7	617,6	197,0	32,7	68,6	2,3
Schulden beim öffentlichen Bereich	29,7	28,2	5,8	8,8	2,4	11,2	1,5	-
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	**1 853,7**	**1 781,2**	**911,5**	**626,4**	**199,4**	**43,9**	**70,1**	**2,3**
Außerdem:								
Schulden der Eigenbetriebe	298,3	298,3	211,5	79,9	6,8	0,1	-	-
Schulden der Krankenhäuser[2]	8,6	8,6	0,4	0,0	6,1	2,1	-	-

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.
2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

eigenen Mitteln brachten die kommunalen Körperschaften 1 429,7 Millionen Euro oder 98,8 % der fälligen Ausgaben für Zinsen und Tilgung auf. Die restlichen Zahlungen in Höhe von 17,0 Millionen Euro übernahmen in Form von Schuldendiensthilfen Dritte, insbesondere der Freistaat. Im Berichtsjahr wurden diese um 0,4 Millionen Euro angehoben. 2002 beliefen sich diese Hilfen noch auf 30,7 Millionen Euro und deckten 1,8 % des planmäßigen Schuldendienstes der kommunalen Körperschaften (2012: 1,2 %). Die bereitgestellten Schuldendiensthilfen kamen zu 67,9 % den Zweckverbänden, zu 22,6 % den kreisangehörigen Gemeinden, zu 9,2 % den Landkreisen und zu 0,3 % den Bezirken zugute. Die kreisfreien Städte erhielten fast keine Schuldendiensthilfen (0,0 %), die Verwaltungsgemeinschaften gar keine. Zusätzlich zu ihren entsprechend den Darlehensbedingungen zu erbringenden Leistungen (planmäßiger Schuldendienst), tilgten die kommunalen Körperschaften 1 025,3 Millionen Euro außerplanmäßig. Diese freiwilligen Mehrleistungen haben sich im Vergleich zu 2011 (1 443,8 Millionen Euro) um 29,0 % verringert.

Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung[6] weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Schuldenaufnahmen erneut deutlich geringer

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich 1 508,0 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 24,4 % oder 485,6 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

6 Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schulden und sonstigen Schulden-zu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtigungen)

Abgenommen haben die Schuldenaufnahmen bei den kreisfreien Städten um 317,3 Millionen Euro (-34,8%) und bei den kreisangehörigen Gemeinden um 125,9 Millionen Euro (-17,8%), weiterhin bei den Bezirken um 17,2 Millionen Euro (-61,3%), bei den Zweckverbänden um 21,2 Millionen Euro (-15,7%) und bei den Verwaltungsgemeinschaften um 5,4 Millionen Euro (-72,1%). Nur bei den Landkreisen nahmen sie um 1,4 Millionen Euro (+0,7%) zu. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 1 486,4 Millionen Euro stellten zu 99,2% (2011: 98,9%) Kreditinstitute bereit. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig" Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig" Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig" werden Kredite mit einer Laufzeit von fünf Jahren oder mehr bezeichnet. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 69,9% aus langfristigen, zu 24,1% aus kurzfristigen und zu 6,0% aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der lang- und mittelfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zu Gunsten der kurzfristigen Mittel abgenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 508,4 Millionen Euro (2011: 205,7 Millionen Euro) und bei den Krankenhäusern auf 29,0 Millionen Euro (2011: 21,6 Millionen Euro).

Auch Schuldentilgung hat weiter abgenommen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 1 853,7 Millionen Euro um 402,5 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 1 823,9 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 29,7 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten dagegen mit 298,3 Millionen Euro um 23,1 Millionen Euro mehr Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 8,6 Millionen Euro, dies waren 0,7 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Erben und Schenken in Bayern

Ergebnisse aus der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik der Jahre 2007 bis 2012

Dipl.-Geogr. Susanne Wilhelm

Sowohl auf juristischer als auch auf politischer Ebene wird das Thema Erben und Schenken immer wieder – wie zur Bundestagswahl und Landtagswahl in Bayern – kontrovers diskutiert. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer steht dabei im Fokus der Debatte. Nach den Ergebnissen der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, die zahlreiche der im Besteuerungsverfahren erhobenen Angaben und festgestellten Steuerdaten abbildet, wurde in den Jahren 2007 bis 2012 in Bayern für 200 408 Vermögensübertragungen erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt. 70 % dieser Fälle wurden noch nach dem Recht vor der Erbschaftsteuerreform 2008 besteuert. Den Erwerben lag ein steuerrelevanter Vermögenswert von 36,9 Milliarden Euro zugrunde, die hieraus resultierenden Einnahmen des bayerischen Fiskus lagen bei 5,7 Milliarden Euro. In Folge der Erbschaftsteuerreform kam es zunächst zu einem Rückgang der steuerpflichtigen Erwerbe, der insbesondere durch die erhöhten Freibeträge und vorgezogene Schenkungen bedingt war. Die bedeutendste Vermögensart bei Erbschaften war mit über 60 % das übrige Vermögen, insbesondere in Form von Bankguthaben oder Wertpapieren, gefolgt vom Grundvermögen (30 %). Bei Schenkungen überwog das Betriebsvermögen (39 %). Über 60 % aller Erbschaften und Schenkungen waren „homogene“ Erwerbe, sie enthielten jeweils nur eine Vermögensart. Sehr große Erwerbe gab es nur selten: Lediglich 1 % der Steuerfälle wies einen steuerpflichtigen Erwerb von mehr als 2,5 Millionen Euro auf. Die meisten Erwerbe von Todes wegen kamen 2007 bis 2012 Erwerbern im Alter zwischen 50 und 70 Jahren zu Gute. Die zugehörigen Erblasser waren größtenteils zwischen 80 und 90 Jahre alt. Bei den Schenkungen lagen die Altersschwerpunkte erwartungsgemäß niedriger. Über die Hälfte des in Bayern versteuerten Vermögens kam den eigenen Kindern zu Gute, überwiegend bereits gezielt über Schenkungen zu Lebzeiten.

Einleitung

Erbschaft- und Schenkungsteuer wird auf Erwerbe von Todes wegen (Erbschaften, sonstige Erwerbe wie Vermächtnisse) und Schenkungen erhoben. Bereits mit dem Reichserbschaftsteuergesetz von 1906 wurde die Erbschaftsteuer erstmals bundeseinheitlich geregelt. Seit 1923 gilt das bis heute bestehende Prinzip der Erbanfallbesteuerung. Hier hat der Erbe, anders als bei einer Nachlasssteuer mit unmittelbarer Besteuerung des gesamten Erblasservermögens, den ihm zugutekommenden Erbteil – also seinen Erwerb – auf der Grundlage von § 10 Abs. 1 Satz 1 Erbschaftsteuergesetz (ErbStG)[1] zu versteuern. Ergänzt wird die Erbschaftsteuer durch die Schenkungsteuer. Diese soll verhindern, dass die Erbschaftsteuer durch eine steuerfreie Verteilung des Vermögens noch zu Lebzeiten umgangen wird.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist nach wie vor politisch und juristisch sehr umstritten, immer wieder wird über eine Abschaffung debattiert. Mit Beschluss vom 07.11.2006 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Steuer für verfassungswidrig. Ursächlich war die ungleichmäßige Besteuerung der Vermögensarten.[2] Der Gesetzgeber reagierte mit einer grundlegenden Korrektur, der Erbschaftsteuerreform 2008.[3] Sie brachte zwar ab 2009 eine einheitliche Bewertung aller Vermögensarten zum Verkehrswert mit sich, gleichzeitig wurden diverse Verschonungsregelungen für einzelne Ver-

1 Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz vom 27.02.1997 (BGBl. I S. 378), zuletzt geändert durch Artikel 30 des Gesetzes vom 26.06.2013 (BGBl. I S. 1809).

2 Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 07.11.2006 (1 BvL 10/02).

3 Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts vom 24.12.2008 (BGBl. I 2008, 3018).

mögensarten eingeführt. Beispielsweise gelten für Unternehmensvermögen umfangreiche Steuervergünstigungen, wenn das Unternehmen und die Arbeitsplätze für einen bestimmten Zeitraum erhalten bleiben. Zu Wohnzwecken vermietetes Grundvermögen wird seither zu 90 % erfasst, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt ganz bzw. größtenteils steuerfrei. Nach dem im September 2012 veröffentlichten Beschluss hält der Bundesfinanzhof (BFH) die Erbschaft- und Schenkungsteuer erneut in Teilen für verfassungswidrig.[4] Nach Auffassung des BFH würde die fast vollständige steuerliche Freistellung von vererbtem Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen sowie Anteilen an Kapitalgesellschaften gegen das Gleichheitsgebot verstoßen. Der BFH legte das Erbschaftsteuergesetz daher dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Bis zu dessen Entscheidung erfolgt die Besteuerung nur mit Vorläufigkeitsvermerk.[5]

Mit 0,7 % am bundesweiten Steueraufkommen des Jahres 2012 scheint die Erbschaft- und Schenkungsteuer eher unbedeutend. Da es sich bei bundeseinheitlicher gesetzlicher Regelung aber um eine Landessteuer handelt, fließen ihre Einnahmen komplett in die Landeskassen. Auch in Hinblick auf die gesamten Steuereinnahmen der Länder (Landessteuern, Länderanteil an den Gemeinschaftsteuern, Zuweisungen etc.) ist der Aufkommensbeitrag überschaubar. Mit knapp einer Milliarde Euro machte sie 2012 im Freistaat lediglich 2,9 % aller Steuereinnahmen aus. Betrachtet man hingegen ausschließlich die Landessteuern, so zeigte sie sich mit einem Anteil von rund 37,5 % als durchaus bedeutsam für den Landeshaushalt.[6]

Das ist möglicherweise mit ein Grund, dass auch die bayerischen Politiker im Zuge des diesjährigen Landtagswahlkampfes zur Erbschaft- und Schenkungsteuer gezielt Stellung bezogen haben. In ihren Wahlprogrammen[7] formulierten alle in der letzten Legislaturperiode im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien eine Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer als zentrales Ziel im Bereich Steuerpolitik. Auf der einen Seite soll die Steuer aus Wettbewerbsgründen regionalisiert und anschließend reduziert (CSU) oder gar abgeschafft (FDP, Freie Wähler) werden. Ziel ist dabei auch eine gerechtere Besteuerung, die bereits mehrfach besteuertes Vermögen nicht erneut belasten soll. Auf der anderen Seite plädieren die Parteien für eine Erhöhung der vermögensbezogenen Steuern (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), um die Steuerbelastung der Vermögenden in Hinblick auf ihren Beitrag zum Gemeinwohl und für mehr Sozialgerechtigkeit zu erhöhen.

Inhalte und Methodik der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik

Wesentliches Element der Politikberatung sowie Basis für Steuerschätzmodelle[8], aus denen wiederum Vorschläge für Steuerrechtsänderungen resultieren, sind die Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik. Die durch § 2 Abs. 7 Steuerstatistikgesetz (StStatG)[9] angeordnete Statistik wird seit nunmehr sechs Jahren jährlich bundesweit durchgeführt. Erhebungsmerkmale sind neben dem steuerpflichtigen Erwerb nach Vermögensarten und der Steuerklasse des Erwerbers auch der Steuersatz und die festgesetzte Erbschaft- oder Schenkungsteuer mit den im Besteuerungsverfahren erhobenen Daten und ermittelten Ergebnissen. Bei mehreren Erwerben aus dem Nachlass eines Inländers werden zusätzlich der Nachlass, untergliedert nach Vermögensarten, sowie Abzüge für Nachlassverbindlichkeiten erhoben. Weiterhin beinhalten die Datensätze die Erwerbsart, das Jahr der Entstehung der Steuer und die Art der Steuerpflicht.

Die Erhebung erfasst alle Erwerbe, für die in dem Kalenderjahr Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt worden ist. Aufgrund der hohen Freibeträge und Verschonungsregelungen heißt das allerdings im Rückschluss, dass viele übertragene Vermögen keine Steuerpflicht nach sich ziehen und somit nicht in der Statistik enthalten sind. In einer Studie der Postbank kam es bei nur 16 % der im Jahr 2011 befragten Erben zu einer Steuerfestsetzung.[10] Dennoch bietet die Statistik eine breite Datenbasis und sehr gute Möglichkeiten, die Struktur und Zusammensetzung der steuerpflichtigen Erbschafts- und Schenkungsfälle sowie die Wirkungsweise der Steuer näher zu untersuchen.

Die der Statistik zugrunde liegenden Daten stammen direkt aus den Besteuerungsverfahren.[11] Die bayerischen Daten übermittelt das Landesamt für

4 Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 27.09.2012 (II R 9/11).

5 Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 14. 11. 2012. Demnach sind sämtliche Erbschaftsteuerfestsetzungen mit einem entsprechenden Vorläufigkeitsvermerk nach § 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 AO zu versehen.

6 Datenquelle: Statistisches Bundesamt: „Steuerhaushalt", Fachserie 14 Reihe 4 – 2012, Wiesbaden 2013.

7 CSU-Landesleitung: Der Bayernplan, unter: www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/bayernplan_2013-07-16.pdf, Freie Wähler Bayern: Wahlprogramm, unter: http://www.fw-bayern.de/unsere-politik/, FDP Bayern: Liberales Wahlprogramm, unter: www.fdp-bayern.de/files/86/LTW_Programm_final.pdf, SPD Bayern: Das Regierungsprogramm, unter: http://bayernspd.de/wahlen/regierungsprogramm/ programm/, Bündnis 90/Die Grünen Bayern: Wahlprogramm, unter: http://neu2013.gruene-bayern.de/fileadmin/user_ upload/Wahlprogramm_Landtagswahl _Bayern_2013_web2.pdf (alle abgerufen am 06.08.2013).

8 Z. B. Prof. Dr. Henriette Houben: Mikrosimulationen in der Erbschaftsteuerreform – Humboldt-Universität zu Berlin, Nutzerkonferenz Steuerstatistik am 11. und 12. Oktober 2012.

9 Gesetz über Steuerstatistiken vom 11.10.1995 (BGBl. I S. 1250, 1409), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 26.06.2013 (BGBl. I S. 1809).

10 Studie „Erbschaften in Deutschland", Postbank-Studie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Bonn 2011.

11 Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs und Steuerberechnung siehe Übersicht Seite 550.

Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs und Steuerberechnung

Im Zentrum der Steuerfestsetzung steht das dem Erwerber übertragene Vermögen (= Erwerb). Besteuert wird dabei dessen Bereicherung. Erwerbe von Todes wegen sind zum einen Erbschaften, zum anderen sonstige Erwerbe. Der Erblasser überträgt seinen gesamten Nachlass entweder gänzlich auf einen oder zu festgelegten Anteilen auf mehrere Erben. Die Nachlassgegenstände setzen sich dabei aus einer oder mehreren Vermögensarten (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen, übriges Vermögen) zusammen. Von diesen werden die Nachlassverbindlichkeiten (z. B. etwaige Schulden, Bestattungskosten) abgezogen und der Reinnachlass ermittelt. Entsprechend seines Anteils – der sogenannten Erbquote – wird der anteilige Reinnachlass eines jeden Erben festgelegt. Hinzugerechnet wird neben oder anstelle des Erwerbs aus Erbanfall gegebenenfalls der Erwerb aus sonstigen Erwerben, z. B. Vermächtnissen. Bei Schenkungen wird der Steuerwert des übertragenen Vermögens ermittelt.

Berechnungsschema der Erbschaftsteuer am Beispiel Bayerns 2007 bis 2012

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen in Mill. Euro					
Anteiliger Wert der Nachlassgegenstände entsprechend der Erbquote	**3 747**	**4 760**	**4 557**	**4 838**	**4 121**	**5 231**
./. abzugsfähige Nachlassverbindlichkeiten	657	825	896	883	729	800
= Wert des anteiligen Reinerwerbs durch Erbanfall	**3 091**	**3 936**	**3 662**	**3 955**	**3 393**	**4 431**
+ Wert der sonstigen Erwerbe	752	911	818	752	802	991
./. sachliche Steuerbefreiungen	150	172	155	464	345	682
./. Besonderer Versorgungsfreibetrag § 17 ErbStG	70	78	80	63	56	62
./. Zugewinnausgleichsforderung	.	.	53	41	29	57
./. DBA-Vermögen	-	-	.	.	.	.
./. Freibeträge nach § 16 ErbStG	961	1 105	1 158	1 051	1 111	1 359
+ Erwerbe aus den letzten 10 Jahren (Vorerwerbe)	307	603	430	372	339	434
+ Hinzurechnungsbetrag für Steuerübernahme	.	.	.	.	.	.
= Steuerpflichtiger Erwerb (abgerundet auf volle 100 Euro)	**2 921**	**4 015**	**3 449**	**3 462**	**2 992**	**3 729**
x Steuersatz (nach Steuerklasse und Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs)						
= Regelsteuerfestsetzung	**585**	**891**	**693**	**829**	**690**	**857**
./. Erbschaftsteuer aus Erwerben der letzten 10 Jahre	32	102	41	47	39	57
./. Andere abzugsfähige Beträge	14	15	13	17	10	11
= tatsächlich festgesetzte Erbschaftsteuer	**536**	**773**	**638**	**765**	**641**	**789**

Diese Erwerbe werden nun um die sachlichen Steuerbefreiungen verringert. Diese sind aktuell:

- Steuerbefreiungen nach § 13 ErbStG für den Erwerb von Hausrat und anderen beweglichen körperlichen Gegenständen, bei selbstgenutztem Wohnraum etc.
- Steuerbefreiung nach § 13a ErbStG für Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen und Anteile an Kapitalgesellschaften.
- Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke nach § 13c ErbStG.

Außerdem finden eventuell der besondere Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG, nur bei Erwerben von Todes wegen) für Ehegatten, Lebenspartner und Kinder, eine Zugewinnausgleichsforderung, DBA-Vermögen (= Auslandsvermögen/Doppelbesteuerungsabkommen) sowie bei Schenkungen Auflagen etc. Berücksichtigung. Von dem resultierenden Erwerb nach Abzug wird noch der vom Verwandtschaftsverhältnis abhängige persönliche Freibetrag nach § 16 ErbStG abgezogen sowie eventuelle Vorerwerbe zugerechnet. Als Vorerwerbe zählt man alle innerhalb von zehn Jahren von demselben Erblasser/Schenker an denselben Erwerber übertragenen, weiteren Vermögen. Der persönliche Freibetrag darf hierfür nur einmal in Anspruch genommen werden. Im Ergebnis steht der steuerpflichtige Erwerb, die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung. Dieser wird mit dem Steuersatz multipliziert und ergibt die (Regel-)Steuerschuld. Die Höhe des (progressiv gestalteten) Steuersatzes ist abhängig vom Verwandtschaftsverhältnis (aus dem sich die Steuerklasse ergibt) und von der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs. Unter Beachtung bestimmter Abzugsbeträge (z. B. bereits im Ausland oder auf Vorerwerbe gezahlte Steuern) ergibt sich dann die tatsächlich festgesetzte Steuer.

Übersicht über die Steuerklassen, Freibeträge und Steuersätze

bis 2008		2009 bis 2010		2011	
Steuerklasse	Verwandtschaftsverhältnis	Steuerklasse	Verwandtschaftsverhältnis	Steuerklasse	Verwandtschaftsverhältnis
I		I		I	
I/1	- Ehegatte	I/1	- Ehegatte	I/1	- Ehegatte, Lebenspartner[3]
I/2	- Kinder und Stiefkinder - Kinder verstorbener (Stief-) Kinder	I/2	- Kinder und Stiefkinder - Kinder verstorbener (Stief-) Kinder	I/2	- Kinder und Stiefkinder - Kinder verstorbener (Stief-) Kinder
I/3	- Kinder noch lebender (Stief-) Kinder - andere Abkömmlinge der (Stief-) Kinder - (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur beim Erwerb von Todes wegen)	I/3 I/4	- Kinder noch lebender (Stief-) Kinder - andere Abkömmlinge der (Stief-) Kinder - (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur beim Erwerb von Todes wegen)[1]	I/3 I/4	- Kinder noch lebender (Stief-) Kinder - andere Abkömmlinge der (Stief-) Kinder - (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur beim Erwerb von Todes wegen)
II	- (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur bei Schenkungen) - Geschwister - Nichten und Neffen - Stiefeltern - Geschiedener Ehegatte - Schwiegerkinder - Schwiegereltern	II	- (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur bei Schenkungen) - Geschwister - Nichten und Neffen - Stiefeltern - Geschiedener Ehegatte - Schwiegerkinder - Schwiegereltern	II	- (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur bei Schenkungen) - Geschwister - Nichten und Neffen - Stiefeltern - Geschiedener Ehegatte - aufgehobene Lebenspartnerschaft[3] - Schwiegerkinder - Schwiegereltern
III	- Lebenspartner - Ubrige Erwerber und Zweckzuwendungen	III III/1 III/2	- Lebenspartner - Ubrige Erwerber und Zweckzuwendungen	III	- Ubrige Erwerber und Zweckzuwendungen

Persönlicher Freibetrag* nach § 16 ErbStG bei unbeschränkter Steuerpflicht

bis 2008		2009[1] bis 2010		2011	
Personenkreis	€	Personenkreis	€	Personenkreis	€
Ehegatte	307 000	Ehegatte	500 000	Ehegatte, Lebenspartner[3]	500 000
Kinder und Stiefkinder, Kinder verstorbener (Stief-) Kinder	205 000	Kinder und Stiefkinder, Kinder verstorbener (Stief-) Kinder	400 000	Kinder und Stiefkinder, Kinder verstorbener (Stief-) Kinder	400 000
Kinder noch lebender (Stief-) Kinder	51 200	Kinder noch lebender (Stief-) Kinder	200 000	Kinder noch lebender (Stief-) Kinder	200 000
andere Abkömmlinge der (Stief-) Kinder, (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur beim Erwerb von Todes wegen)	51 200	andere Abkömmlinge der (Stief-) Kinder, (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur beim Erwerb von Todes wegen)	100 000	andere Abkömmlinge der (Stief-) Kinder, (Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur beim Erwerb von Todes wegen)	100 000
(Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur bei Schenkungen), Geschwister, Nichten, Neffen, Stiefeltern, geschiedener Ehegatte, Schwiegerkinder, Schwiegereltern	10 300	(Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur bei Schenkungen), Geschwister, Nichten, Neffen, Stiefeltern, geschiedener Ehegatte, Schwiegerkinder, Schwiegereltern	20 000	(Adoptiv-) Eltern und Voreltern (nur bei Schenkungen), Geschwister, Nichten, Neffen, Stiefeltern, geschiedener Ehegatte, aufgehobene Lebenspartnerschaft[3], Schwiegerkinder, Schwiegereltern	20 000
Lebenspartner	5 200	Lebenspartner	500 000		
Übrige Erwerber und Zweckzuwendungen	5 200	Übrige Erwerber und Zweckzuwendungen	20 000	Übrige Erwerber und Zweckzuwendungen	20 000

* Bei beschränkter Steuerpflicht gilt ein Freibetrag von 2 000 Euro (bis 31.12.2008: 1 100 Euro).

Besonderer Versorgungsfreibetrag nach § 17 ErbStG

bis 2008		ab 2009	
Personenkreis	€	Personenkreis	€
Ehegatte	256 000	Ehegatte, Lebenspartner	256 000
Kinder (i.S.d. §15 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG) von		Kinder (i.S.d. §15 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG) von	
bis zu 5 Jahren	52 000	bis zu 5 Jahren	52 000
mehr als 5 bis zu 10 Jahren	41 000	mehr als 5 bis zu 10 Jahren	41 000
mehr als 10 bis zu 15 Jahren	30 700	mehr als 10 bis zu 15 Jahren	30 700
mehr als 15 bis zu 20 Jahren	20 500	mehr als 15 bis zu 20 Jahren	20 500
mehr als 20 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres	10 300	mehr als 20 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres	10 300

Steuerbefreiungen nach § 13 ErbStG

bis 2008		2009[1] bis 2010		2011	
Gegenstände/Personenkreis	€	Gegenstände/Personenkreis	€	Gegenstände/Personenkreis	€
Hausrat Personen der Steuerklasse I	41 000	Hausrat Personen der Steuerklasse I Lebenspartner (Steuerklasse III)	41 000	Hausrat Personen der Steuerklasse I	41 000
andere bewegliche körperliche Gegenstände Personen der Steuerklasse I	10 300	andere bewegliche körperliche Gegenstände Personen der Steuerklasse I Lebenspartner (Steuerklasse III)	12 000	andere bewegliche körperliche Gegenstände Personen der Steuerklasse I	12 000
Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände Personen der Steuerklassen II u. III	10 300	Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände Personen der Steuerklassen II u. III (ohne Lebenspartner)	12 000	Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände Personen der Steuerklassen II u. III	12 000

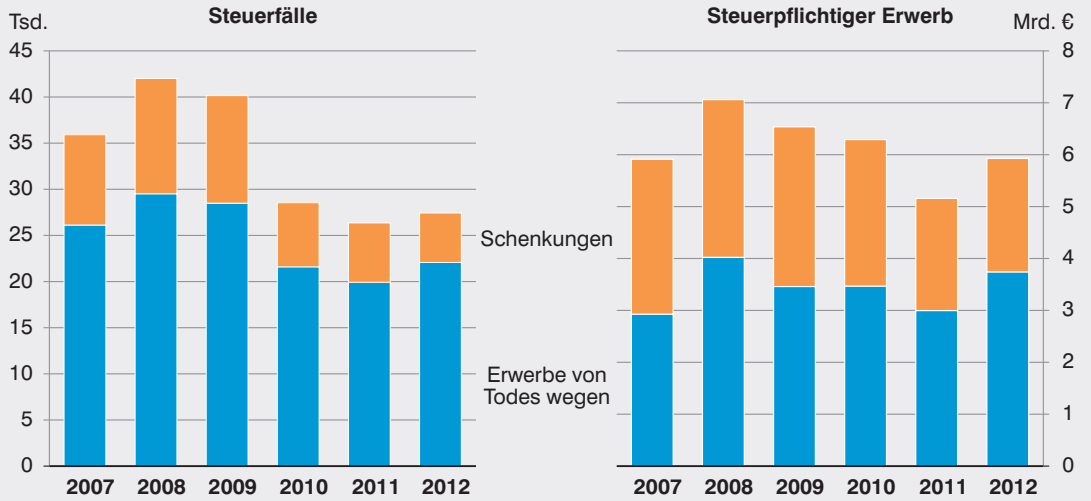
Steuersätze nach § 19 ErbStG

Wert des steuerpfl. Erwerbs bis einschl. ... Euro	bis 2008 Prozentsatz in der Steuerklasse			Wert des steuerpfl. Erwerbs bis einschl. ... Euro	ab 2009[1] Prozentsatz in der Steuerklasse			ab 2010 Prozentsatz in der Steuerklasse		
	I	II	III		I	II	III	I	II[2]	III
52 000	*7*	*12*	*17*	75 000	*7*	*30*	*30*	*7*	*15*	*30*
256 000	*11*	*17*	*23*	300 000	*11*	*30*	*30*	*11*	*20*	*30*
512 000	*15*	*22*	*29*	600 000	*15*	*30*	*30*	*15*	*25*	*30*
5 113 000	*19*	*27*	*35*	6 000 000	*19*	*30*	*30*	*19*	*30*	*30*
12 783 000	*23*	*32*	*41*	13 000 000	*23*	*50*	*50*	*23*	*35*	*50*
25 565 000	*27*	*37*	*47*	26 000 000	*27*	*50*	*50*	*27*	*40*	*50*
über 25 565 000	*30*	*40*	*50*	über 26 000 000	*30*	*50*	*50*	*30*	*43*	*50*

1 Recht ab 01.01.2009 (Erbschaftsteuerreformgesetz – ErbStRG).
2 Recht ab 01.01.2010 (Wachstumsbeschleunigungsgesetz).
3 Recht ab 14.12.2010 (Jahressteuergesetz 2010 – JStG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, „Erbschaft- und Schenkungsteuer 2011", Seite 6.

Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen in Bayern in den Jahren 2007 bis 2012 Abb. 1



Steuern in anonymisierter Form jährlich dem Landesamt für Statistik. Nach verschiedenen Plausibilitätsprüfungen werden die bereinigten Ergebnisse schließlich veröffentlicht[12] bzw. stehen im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung.[13]

Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2007 bis 2012

In den sechs bayerischen Erbschaftsteuerfinanzämtern wurde in den Jahren 2007 bis 2012 für 200 408 Vermögensübertragungen erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt. Insgesamt umfassten die Fälle einen steuerpflichtigen Erwerb von 36,9 Milliarden Euro. Die tatsächlich festgesetzte Steuer, die methodisch bedingt geringfügig vom wirksamen Kasseneingang abweicht, betrug im betrachteten Sechs-Jahres-Zeitraum 5,7 Milliarden Euro. Nicht berücksichtigt sind dabei in den Finanzämtern bearbeitete Fälle, die mangels zu versteuernder Vermögensmasse nicht zu einer Steuerfestsetzung führten. Diese werden zwar im Rahmen der Statistik erfasst, jedoch nicht veröffentlicht. Ebenfalls nicht eingerechnet sind die Erwerbe von Stiftungen.

Innerhalb eines Jahres wurden im Durchschnitt gut 33 000 Fälle erstmals besteuert. Die meisten Veranlagungen gab es, wie Abbildung 1 zeigt, im Jahr 2008, die wenigsten 2011. Den stärksten Rückgang zum Vorjahr konnte man von 2009 auf 2010 beobachten, hier sanken die Fallzahlen um 29 %. Auch der steuerpflichtige Erwerb entwickelte sich ab dem Jahr 2009 rückläufig, am deutlichsten von 2010 auf 2011 mit einem Minus von 18 %. 2012 erfolgte möglicherweise die Kehrtwende – in diesem Jahr wurden wieder mehr Vermögensübertragungen versteuert. Betrachtet man die Erwerbe von Todes wegen und die Schenkungen getrennt, so zeigt sich, dass die Schenkungen besonders deutlich zurückgegangen sind. In den Jahren 2007 bis 2009 wurden noch fast doppelt so viele Schenkungen bearbeitet wie in den drei Folgejahren. Die übertragenen Vermögen verringerten sich weniger stark, sie gingen um etwa ein Fünftel zurück. Auch bei den Erwerben von Todes wegen sanken die Fallzahlen deutlich stärker als die Vermögenswerte.

Die festgesetzte Steuer war nur in den Jahren 2009 und 2011 rückläufig. Im Gegensatz zu den Erwerben stieg sie im Jahr 2010, ursächlich bedingt durch die Erwerbe von Todes wegen, nochmals an. Auch im Jahr 2012 entwickelten sich die Steuereinnahmen wieder positiv, lediglich bei den Schenkungen gingen sie noch etwas zurück (vgl. Tabelle 1).

Eine wesentliche Ursache für den Rückgang ab 2009 liegt in der Erbschaftsteuerreform 2008. Ins-

12 Z. B. Statistischer Bericht „Erben und Schenken in Bayern 2012“, München 2013.

13 Siehe www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/erbschaft/index.asp (abgerufen am 06.08.2013).

Tab. 1 **Steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012**

Festsetzungsjahr	Erwerbe insgesamt[1]			davon							
				Erwerbe von Todes wegen				Schenkungen			
	Steuerpflichtiger Erwerb[2]		Festgesetzte Steuer	Steuerpflichtiger Erwerb[2]			Festgesetzte Steuer	Steuerpflichtiger Erwerb[2]			Festgesetzte Steuer
	Fälle	1 000 €		Fälle	1 000 €	Anteil am Insg.betrag in Prozent	1 000 €	Fälle	1 000 €	Anteil am Insg.betrag in Prozent	1 000 €
2007	35 914	5 910 755	796 539	26 125	2 928 423	*49,5*	537 274	9 789	2 982 333	*50,5*	259 264
2008	42 010	7 060 491	1 118 363	29 515	4 023 301	*57,0*	774 634	12 495	3 037 190	*43,0*	343 728
2009	40 152	6 536 435	960 004	28 496	3 460 193	*52,9*	639 571	11 656	3 076 243	*47,1*	320 433
2010	28 545	6 290 567	1 006 843	21 595	3 468 599	*55,1*	765 639	6 950	2 821 968	*44,9*	241 203
2011	26 356	5 156 882	820 070	19 923	2 997 096	*58,1*	641 530	6 433	2 159 787	*41,9*	178 540
2012	27 431	5 926 944	958 666	22 072	3 741 903	*63,1*	791 414	5 359	2 185 041	*36,9*	167 252
Insgesamt	**200 408**	**36 882 074**	**5 660 485**	**147 726**	**20 619 515**	***55,9***	**4 150 063**	**52 682**	**16 262 562**	***44,1***	**1 510 422**

1 Enthalten sind nur erstmalige Festsetzungen des jeweiligen Festsetzungsjahres. Beschränkt und unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe.
2 Fälle mit steuerpflichtigem Erwerb > 0.

besondere führten die erhöhten Freibeträge zu weniger steuerrelevanten Fällen. Dazu kommt, dass noch viele Schenkungen vor der Reform getätigt wurden, damit noch eine Besteuerung nach altem Recht erfolgen konnte.[14] Dass der Rückgang erst im Jahr 2010 so prägnant war, hängt mit dem Besteuerungsprozess zusammen. Das Festsetzungsjahr ist grundsätzlich unabhängig vom Zeitpunkt der Steuerentstehung – bei Erwerben von Todes wegen ist dies in der Regel der Todestag, bei Schenkungen der Tag der Zuwendung. In den Datensätzen der Festsetzungsjahre 2007 bis 2012 kann dieser bis ins Jahr 1996 zurückreichen. Anhand der vorliegenden Datensätze lässt sich abschätzen, dass rund ein Zehntel der Fälle noch im Steuerentstehungsjahr, das Gros mit gut der Hälfte aber erst im Folgejahr, noch etwa 20 % im zweiten Jahr und 15 % mit mindestens 3-jähriger Verzögerung festgesetzt werden. Folglich wurden im Jahr 2009 noch fast ausschließlich solche Fälle zur Steuer veranlagt, die von der Reform nicht betroffen waren.

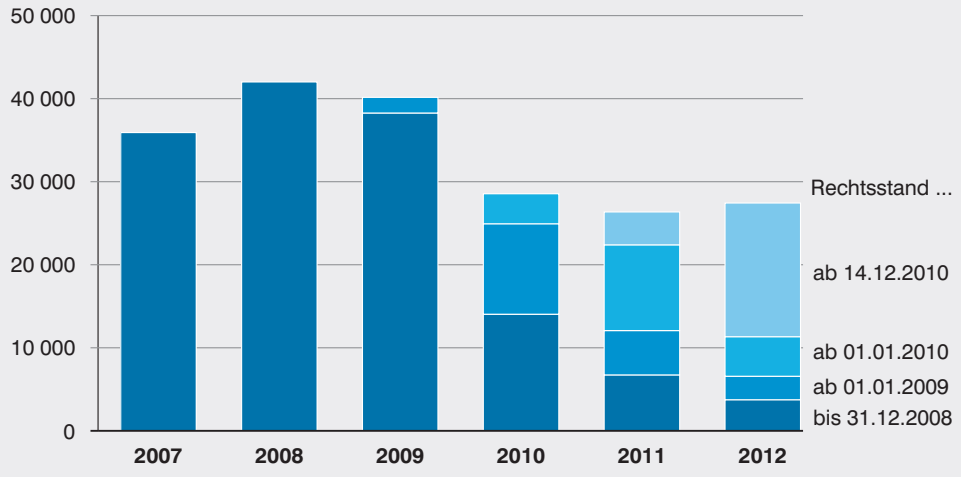
Diese Aussage lässt sich mit der folgenden Auswertung präzisieren (vgl. Abbildung 2). Um Gesetzesänderungen entsprechend würdigen zu können, enthält jeder Datensatz eine Kennzeichnung für den der Steuerfestsetzung zugrunde liegenden Rechtsstand:

- Recht bis 31.12.2008 (Steuerentstehungszeitpunkt bis 31.12.2008, Erwerbe von Todes wegen mit Steuerentstehungsjahren 2007 und 2008 können das anzuwendende Recht wählen.)

14 Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 040 vom 03.02.2012.

Steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012 nach Festsetzungsjahr und Rechtsstand

Abb. 2



- Recht ab 01.01.2009 (Erbschaftsteuerreformgesetz, Steuerentstehungszeitpunkt 01.01.2009 bis 31.12.2009, Erwerbe von Todes wegen mit Steuerentstehungszeitpunkt in den Jahren 2007 und 2008 können das anzuwendende Recht wählen.)
- Recht ab 01.01.2010 (Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Verringerung der Steuersätze für Steuerklasse II, Steuerentstehungszeitpunkt 01.01.2010 bis 13.12.2010)
- Recht ab 14.12.2010 (Jahressteuergesetz 2010, Lebenspartnerschaften in Steuerklasse I, Steuerentstehungszeitpunkt ab 14.12.2010)

Selbst im Jahr 2010 wurde noch etwa die Hälfte aller Fälle nach Recht bis 31.12.2008 festgesetzt. Es wurde aber auch der größte Anteil an allen Fällen mit Rechtsstand 01.01.2009 bis 31.12.2009 bearbeitet. Kennzeichnend für diesen Rechtsstand waren die hohen Steuersätze in Steuerklasse II, also z. B. für Geschwister, Nichten und Neffen. Möglicherweise stiegen u. a. auch deswegen in diesem Jahr nochmals die Steuereinnahmen trotz deutlich weniger Erwerben. Im Jahr 2011 mischten sich dann die Rechtsstände, seit 2012 dominieren die Festsetzungsfälle mit dem derzeit geltenden Rechtsstand.

Betrachtet man den Datenbestand für den gesamten Sechs-Jahres-Zeitraum in Abbildung 3, so wurden noch 70 % aller Erbschaft- und Schenkungsteuerfälle nach dem Recht bis 31.12.2008 bearbeitet. Der Anteil der neuen Rechtsstände ist dabei bei den Erwerben von Todes wegen deutlich größer als bei den Schenkungen.

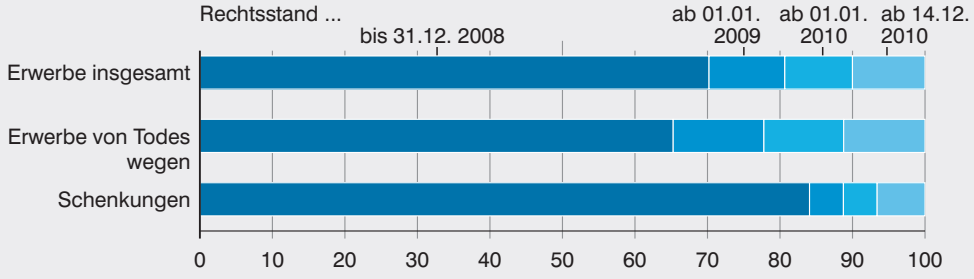
Im Folgenden sollen die Erbschaft- und Schenkungsteuerfälle aus den Jahren 2007 bis 2012 hinsichtlich ausgewählter Themen näher beleuchtet werden. Die Betrachtung des Sechs-Jahres-Zeitraums erscheint trotz der verschiedenen Rechtsstände gegenüber der Darstellung nur eines Jahres als vorteilhaft, da der Steuerentstehungszeitpunkt nicht immer identisch mit dem Festsetzungsjahr ist und Singularitäten (z. B. sehr hohe Erbschaften) oder Verzögerungen in der Bearbeitung (z. B. wenn Erben erst später auffindbar sind) etwas kompensiert werden können.

Ausgeklammert wurden im Folgenden die Fälle mit beschränkter Steuerpflicht. Dabei handelt es sich um Vermögensübertragungen, bei denen weder der Erblasser bzw. Schenker noch der Erwerber seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Die beschränkte Steuerpflicht gilt dann für das in Deutschland befindliche Inlandsvermögen. Insgesamt unterlagen im Sechs-Jahres-Zeitraum 762 Fälle mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 72,6 Millionen Euro der beschränkten Steuerpflicht. Sie führten zu einer Steuerfestsetzung von 10,4 Millionen Euro.

Zusammensetzung des übertragenen Vermögens nach Vermögensarten

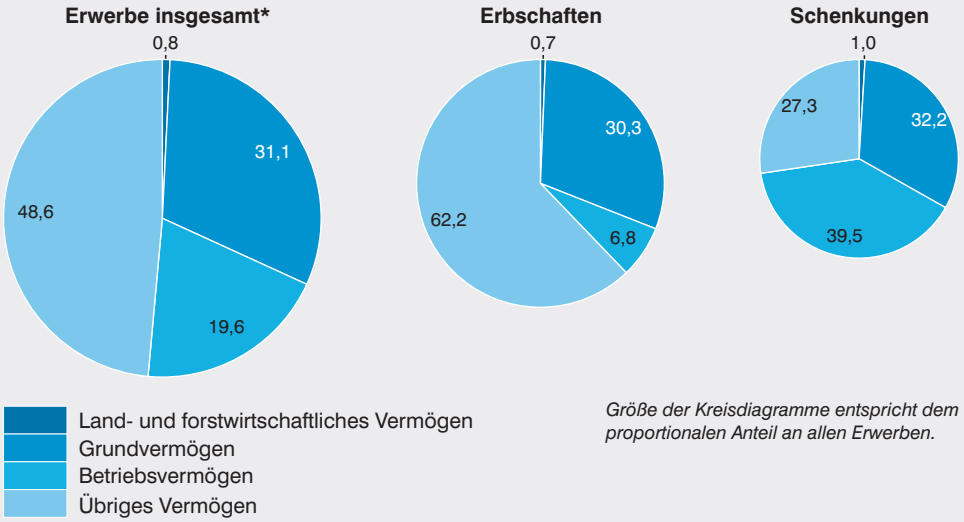
Das übertragene Vermögen wird auf Grundlage des Bewertungsgesetzes in verschiedene Vermögensarten unterteilt: land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen sowie übriges Vermögen. Je Vermögensart greifen ggf. andere Freibeträge und Sonderbegünstigungen. Die Daten der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik ermöglichen eine differenzierte Auswertung der Steuerwerte des übertragenen Vermögens vor Abzug der Verbindlichkeiten sowie etwaiger Freibeträ-

Steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012 nach Erwerbsart und Rechtsstand Abb. 3
in Prozent



Anteil der Vermögensarten am Steuerwert des übertragenen Vermögens in Bayern 2007 bis 2012
in Prozent

Abb. 4



* Ohne Sonstige Erwerbe.

ge für Erbschaften und Schenkungen. Für die neben Erbschaften ebenfalls zum Erwerb von Todes wegen zählenden sonstigen Erwerbe, wie z. B. Vermächtnisse, ist datensatzbedingt keine Aufgliederung nach Vermögensarten möglich.

Den größten Posten mit fast der Hälfte an allen geerbten und geschenkt bekommenen Vermögenswerten nahm, wie Abbildung 4 zeigt, 2007 bis 2012 in Bayern das übrige Vermögen ein. Dieses umfasste zum überwiegenden Teil Bankguthaben und Wertpapiere, aber auch Anteile an Kapitalgesellschaften, Bargeld, Hausrat usw. Mit 31 % war das Grundvermögen die zweitwichtigste Vermögensart bei den Erwerben. Die Bedeutung der einzelnen Vermögensarten differierte allerdings zwischen Erbschaften und Schenkungen. Bei Erbschaften dominierte das übrige Vermögen mit 62 %, mit zusammen lediglich 8 % nahmen Betriebsvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen eine deutlich untergeordnete Rolle ein. Anders stellt sich das Bild bei Schenkungen dar: Mit 40 % überwog hier das Betriebsvermögen, gefolgt vom Grundvermögen mit einem Anteil von 32 % und dem übrigen Vermögen in Höhe von 27 %. Mit 1 % war das land- und forstwirtschaftliche Vermögen auch hier nur von marginaler Relevanz.

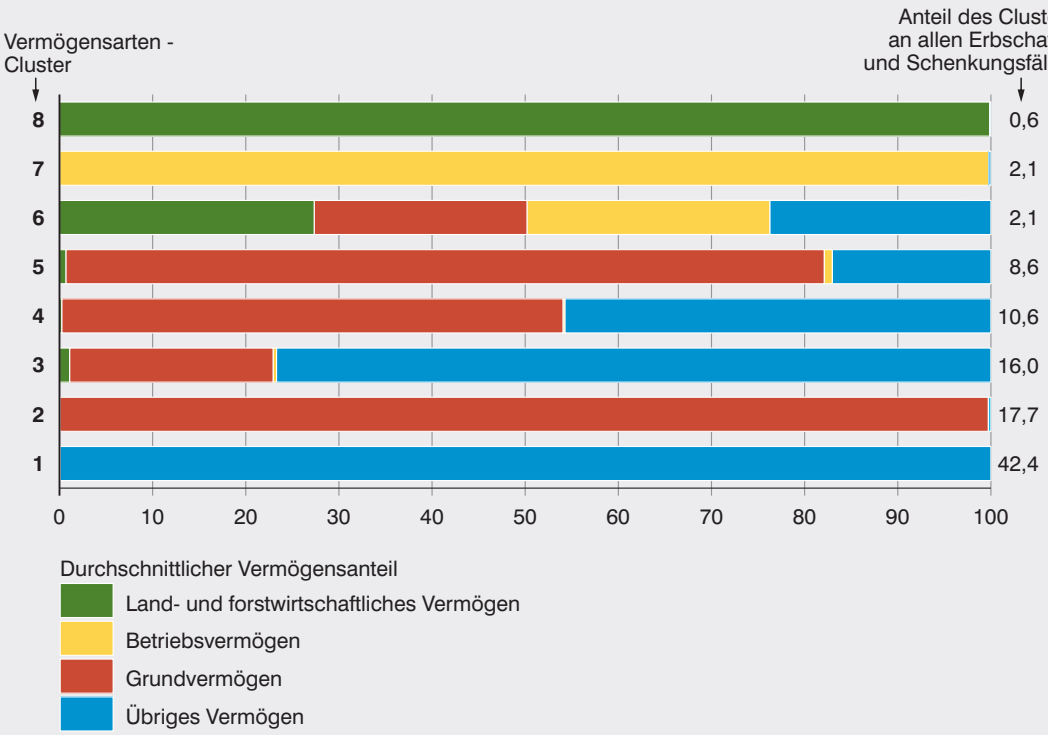
Der Wert des übertragenen Grundvermögens betrug im Durchschnitt 150 000 Euro je Fall, der des übrigen Vermögens 157 000 Euro je Fall. Die mit Abstand größten Vermögenswerte wurden jedoch mit im Durchschnitt 1 Million Euro je Fall in Form von Betriebsvermögen übertragen, und zwar trotz der Berücksichtigung auch negativer Betriebsvermögen. Dabei zeigte sich, dass Schenkungen mit 1,6 Millionen Euro im Durchschnitt deutlich größere Betriebsvermögen enthielten als Erbschaften mit 433 000 Euro je Fall. Vorgezogene Betriebsnachfolgen dürften ein Grund dafür sein, dass gerade auch große Betriebsvermögen bei Schenkungen so bedeutsam sind.

Ob sich die einzelnen Erwerbe dabei eher aus einer oder aus mehreren Vermögensarten zusammensetzen, wurde mittels einer Clusteranalyse[15] untersucht. Die Clusteranalyse zeigt, welche typischen Steuerfälle mit einer oder mehreren Vermögensarten existieren und welchen Anteil die Vermögensarten in solchen typischen Steuerfällen haben. Insgesamt wurden die in Abbildung 5 dargestellten acht Vermögensarten-Cluster gebildet.

Über 60 % aller Erwerbe aus Erbschaften und Schenkungen umfassten jeweils nur eine Vermö-

15 Zunächst wurden alle Fälle, in denen das übertragene Vermögen negativ war, sowie zusätzlich Fälle mit negativem Betriebsvermögen, ausgesondert (rd. 30 000 Fälle). Damit verblieben für die Auswertung rund 170 000 Erwerbsfälle. Aufgrund der Größe des Datensatzes wurden im nächsten Schritt alle Fälle abgespalten, bei denen nur eine Vermögensart übertragen wurde. Die verbliebenen Datensätze wurden danach mittels einer Clusteranalyse im Statistikprogramm SAS untersucht. Hierbei wurde als Abstandsmaß mit den Quadrierten Euklidischen Distanzen gerechnet und als Zusammenfassungsalgorithmus das Ward-Linkage gewählt.

Zusammensetzung der Erbschafts- und Schenkungsfälle in Bayern 2007 bis 2012 Abb. 5
in Prozent



gensart. Mit 42% dominierte dabei das übrige Vermögen (Cluster 1), gefolgt vom Grundvermögen (2) mit 18%. Ein gutes Drittel aller Erwerbe setzte sich überwiegend aus Grund- und übrigem Vermögen zusammen (3-5). Lediglich knapp 5% aller Erwerbe wiesen einen nennenswerten Anteil an Betriebs- und/oder land- und forstwirtschaftlichem Vermögen auf (6-8).

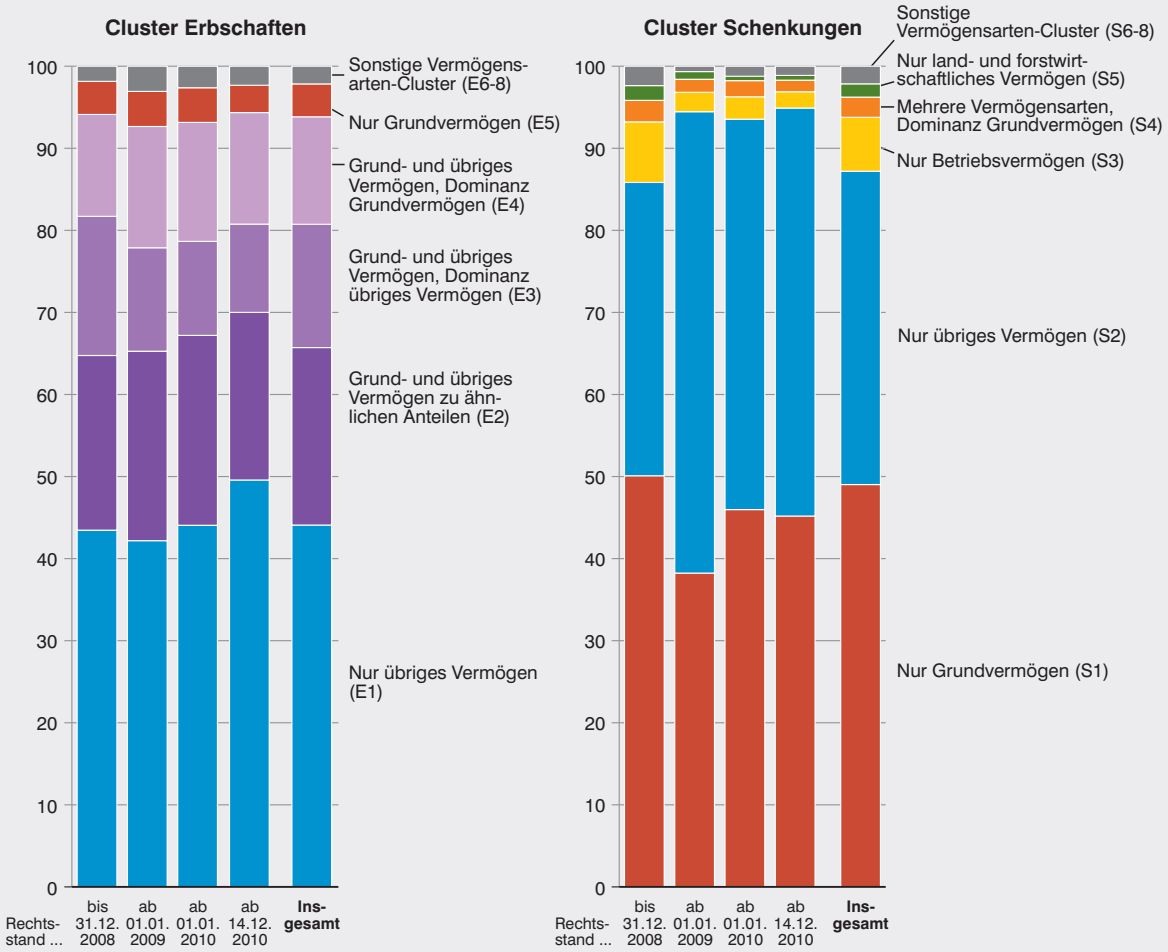
Aufgrund der zu erwartenden Differenzen erfolgte noch eine separate Clusterbildung für die Erbschaften (E1-E8) und für die Schenkungen (S1-S8). Wie zu erwarten, gab es zwischen beiden Erwerbsarten zum Teil deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 6, Säule insgesamt):

- Mit 44% bestand fast die Hälfte der steuerpflichtigen Erwerbe aus Erbschaften ausschließlich aus übrigem Vermögen (Cluster E1). Gut ein Fünftel setzte sich weitestgehend und zu etwa gleichen Teilen aus Grundvermögen und übrigem Vermögen zusammen (E2). Eine ähnliche Verteilung hatten weitere 15% der Erbschaften, allerdings dominierte dort das übrige Vermögen (E3) und weitere 13% mit überwiegendem Grundvermögen (E4). 4% der Erbschaften enthielten allein Grundvermögen (E5). Lediglich in Einzelfällen wurde nahezu nur Betriebs- oder nur land- und forstwirtschaftliches Vermögen geerbt (E7, E8). Die restlichen Kombinationsmöglichkeiten bei mehr als einer übertragenen Vermögensart wiesen 2% aller Erbschaftsfälle auf (E6). Insgesamt erhielt knapp die Hälfte aller Erben ein „homogenes Erbe“ mit nur einer Vermögensart.
- Anders bei den Schenkungen: Hier enthielten gut 95% der Erwerbe nur eine Vermögensart. Die Hälfte aller Schenkungsfälle bestanden nur aus Grundvermögen (S1), weitere 38% allein aus übrigem Vermögen (S2). Knapp 7% der Begünstigten erhielten ausschließlich Betriebsvermögen (S3), 2% nur land- und forstwirtschaftliches Vermögen (S5). Die verbleibenden 5% der Schenkungen setzten sich aus verschiedenen Vermögensarten zusammen, wobei rund 3% vom Grundvermögen (S4) und in etwa jeweils 1% von den anderen drei Vermögensarten (S6-8) dominiert wurden.

Betrachtet man die Ergebnisse unter dem Fokus der verschiedenen Rechtsstände in Abbildung 6,

Anteile der Vermögensarten-Cluster bei Erbschaften und Schenkungen in Bayern 2007 bis 2012 nach Rechtsstand
in Prozent

Abb. 6



so zeigt sich, dass sowohl bei den Erbschaften als auch bei den Schenkungen die Bedeutung der einzelnen Cluster grob gesehen gleich geblieben ist. Das ist ein Ausdruck dafür, dass sich die verschiedenen Vermögensanteile in den typischen Steuerfällen kaum verschoben haben. Dennoch hat sich insbesondere bei den Schenkungen herauskristallisiert, dass der Anteil der Cluster, die übriges Vermögen inkludierten, nach der Erbschaftsteuerreform zugenommen hat, und zwar zu Lasten aller anderen Vermögensarten.

Verteilung des steuerpflichtigen Erwerbs nach Größenklassen

Zwischen 2007 und 2012 lag der durchschnittliche steuerpflichtige Erwerb in Bayern bei 184 000 Euro je Steuerfall. Der Median betrug im Vergleich zum Mittelwert lediglich 40 200 Euro. Die Verteilung der steuerpflichtigen Erwerbe auf Größenklassen bestätigt in Tabelle 2, dass es wenig Erwerbe mit sehr viel Vermögensmasse gab und denen eine große Menge von eher „kleinen“ Erwerben gegenüberstand.

12% aller Steuerfälle hatten einen steuerpflichtigen Erwerb von unter 5 000 Euro, mit einem Anteil von jeweils 0,2% war deren Beitrag zum steuerpflichtigen Gesamterwerb und zur festgesetzten Steuer nahezu Null. Die meisten steuerpflichtigen Erwerbe (78%) hatten einen Wert zwischen 5 000 und 300 000 Euro. Sie machten rund 30% des steuerpflichtigen Gesamterwerbs und der festgesetzten Steuer aus. Erwerbe über 300 000 Euro gab es bei 10% aller Steuerfälle.

Tab. 2 Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012 nach der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs

Steuerpflichtiger Erwerb von … bis unter … Euro[2]	Erwerbe insgesamt[1]					
	Steuerpflichtiger Erwerb				Festgesetzte Steuer	
	Fälle	%	1 000 €	%	1 000 €	%
unter 5 000	23 335	*11,7*	59 228	*0,2*	9 088	*0,2*
5 000 - 10 000	18 028	*9,0*	132 231	*0,4*	20 530	*0,4*
10 000 - 50 000	69 555	*34,8*	1 827 617	*5,0*	274 724	*4,9*
50 000 - 100 000	31 904	*16,0*	2 276 144	*6,2*	394 253	*7,0*
100 000 - 200 000	25 359	*12,7*	3 586 607	*9,7*	599 509	*10,6*
200 000 - 300 000	10 780	*5,4*	2 623 470	*7,1*	419 379	*7,4*
300 000 - 500 000	8 814	*4,4*	3 394 710	*9,2*	592 262	*10,5*
500 000 - 2,5 Mill.	10 038	*5,0*	9 946 337	*27,0*	1 601 132	*28,3*
2,5 Mill. - 5 Mill.	1 057	*0,5*	3 614 986	*9,8*	454 652	*8,0*
5 Mill. oder mehr	776	*0,4*	9 348 125	*25,4*	1 284 513	*22,7*
Insgesamt	**199 646**	***100***	**36 809 455**	***100***	**5 650 042**	***100***

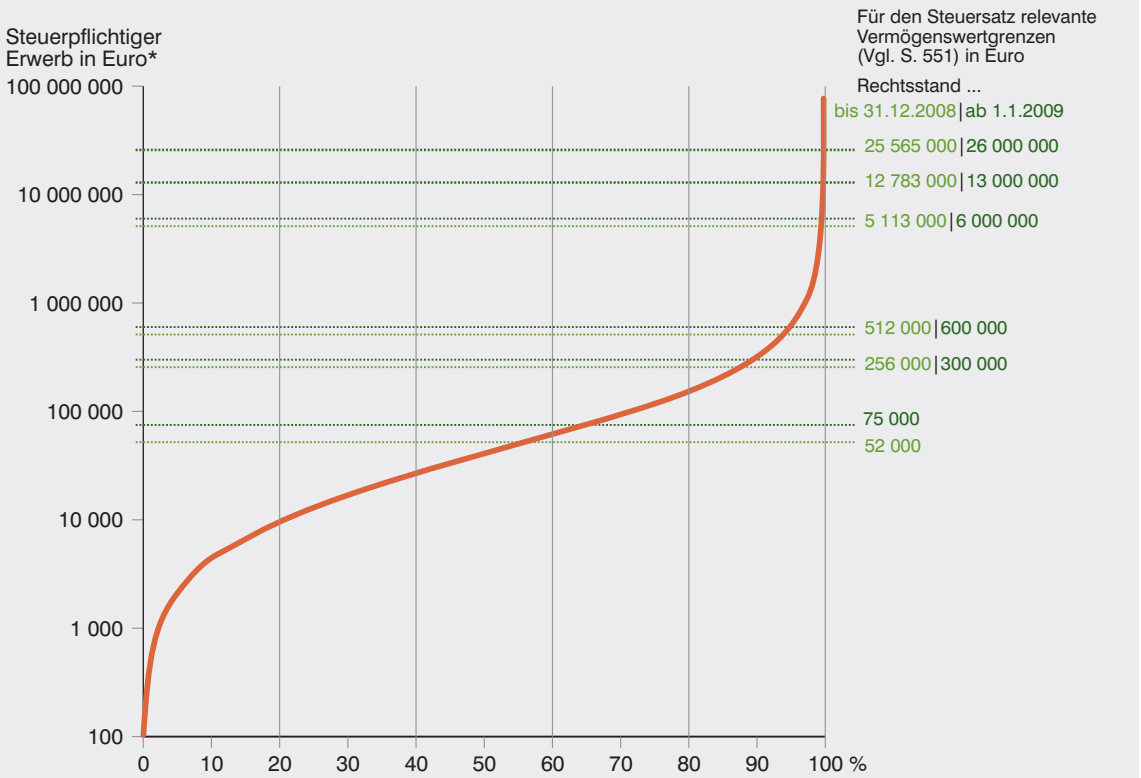
1 Enthalten sind nur erstmalige Festsetzungen des jeweiligen Festsetzungsjahres.
2 Fälle mit steuerpflichtigem Erwerb > 0.

Ihr Anteil am steuerpflichtigen Gesamterwerb und an der festgesetzten Steuer lag bei 70 %.

Sehr große steuerpflichtige Erwerbe waren die Ausnahme. Lediglich 1 % der Steuerfälle wiesen einen steuerpflichtigen Erwerb von mehr als 2,5 Millionen Euro auf. Mit einem Anteil von 35 % waren sie jedoch am Gesamtvolumen der steuerpflichtigen Erwerbe und mit 31 % an der festgesetzten Steuer maßgeblich beteiligt.

Kumulierte Häufigkeiten der unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012
logarithmische Darstellung

Abb. 7



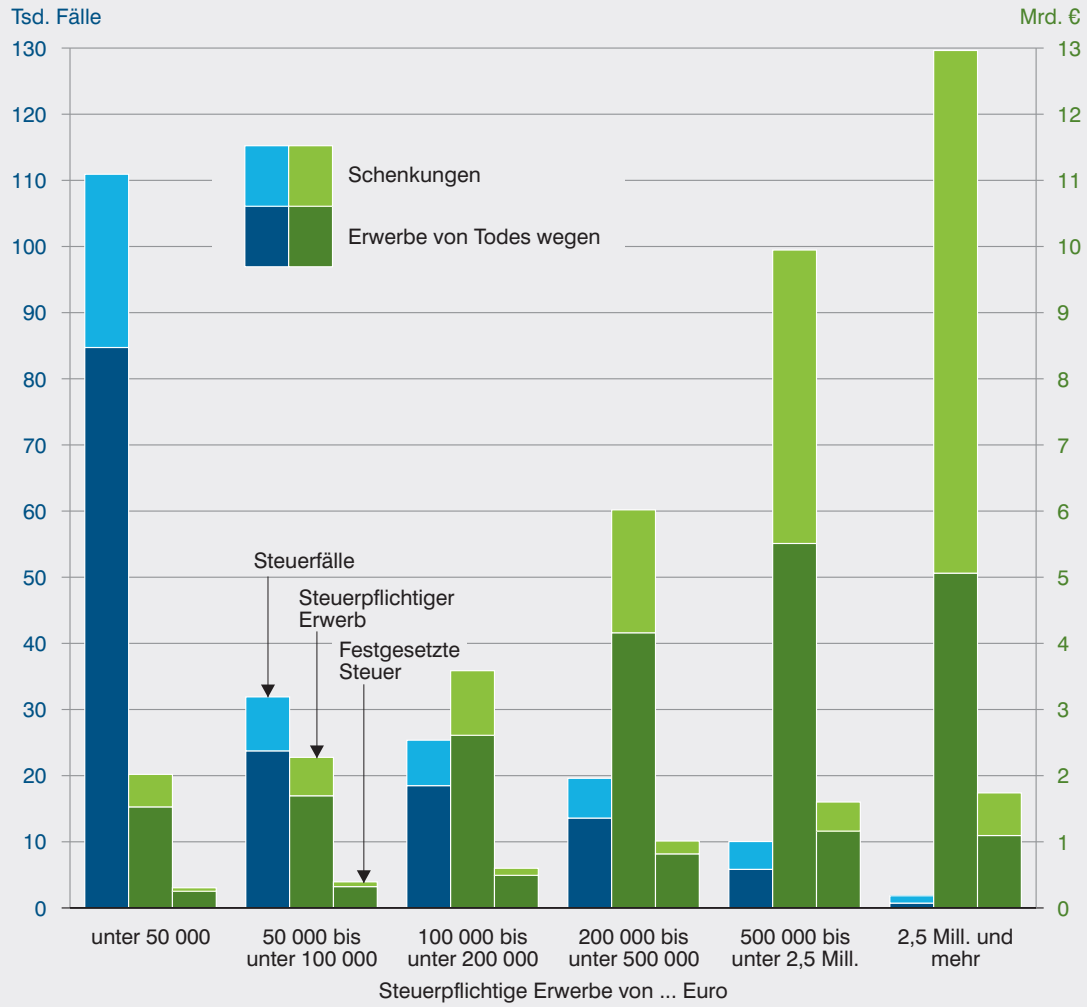
* Fälle mit steuerpflichtigem Erwerb >0.
Aus Gründen der Geheimhaltung wurden die 5 größten steuerpflichtigen Erwerbe nicht dargestellt.

Diese Verteilung kann man auch sehr gut in Abbildung 7 nachvollziehen, in der die kumulierten Häufigkeiten mit einer logarithmischen Skalierung visualisiert wurden.

Die Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs ist neben dem Verwandtschaftsverhältnis (und der daraus resultierenden Steuerklasse) maßgeblich für den Steuersatz. Dieser ist progressiv und an festgelegte Wertgrenzen gebunden (vgl. Übersicht S. 551). Also je größer der Erwerb, desto höher die Steuersätze. Anhand der in Abbildung 7 vorgenommenen Markierungen lässt sich einschätzen, wie viele steuerpflichtige Erwerbe jeweils von einer Wertgrenze betroffen sind. Etwa 60 % aller steuerpflichtigen Erwerbe fielen unter die kleinste Wertgrenze. Auf sie wurde der – für die jeweilige Steuerklasse – geringste Steuersatz angewendet. Lediglich 0,4 % der Erwerbe waren von einer der jeweils drei höchsten Wertgrenzen betroffen.

Zwischen den Erwerben von Todes wegen und den Schenkungen gestaltet sich die Verteilung der Steuerfälle auf die Größenklassen des steuerpflichtigen Erwerbs unterschiedlich. Insgesamt wurden 147 133 unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 20,6 Milliarden Euro in den Jahren 2007 bis 2012 erstmals zur Steuer veranlagt. Die tatsächlich festgesetzte Steuer betrug 4,1 Milliarden Euro. Schenkungen gab es im gleichen Zeitraum insgesamt 52 513 mit einem steuerpflichtigen Erwerb von zu-

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012 nach der Erwerbsart und der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs Abb. 8



sammen 16,2 Milliarden Euro. Die aus diesen Erwerben resultierende Steuer lag bei 1,5 Milliarden Euro. Wie Abbildung 8 verdeutlicht, fokussieren sich die Erwerbe von Todes wegen stärker auf die kleineren und mittleren Größenklassen. Bei den Schenkungen traten besonders große steuerpflichtige Erwerbe folglich häufiger auf als bei Erwerben von Todes wegen. 0,5 % aller Erwerbe von Todes wegen, aber 2,1 % aller Schenkungen hatten einen steuerpflichtigen Erwerb von mehr als 2,5 Millionen Euro. Diese trugen zu einem Viertel zum Volumen der Erwerbe von Todes wegen, aber sogar fast zur Hälfte zum Schenkungsvolumen bei. In dieser Größenklasse gab es sogar mehr Schenkungsfälle als Erwerbe von Todes wegen – in den anderen Größenklassen war dieses Verhältnis umgekehrt. Im Mittel waren die steuerpflichtigen Erwerbe aus Schenkungen mit 309 000 Euro mehr als doppelt so groß wie die von Todes wegen mit 140 000 Euro.

Erblasser/Schenker und Erwerber im Fokus

In der Regel erfolgt die Steuerfestsetzung in dem Erbschaftsteuerfinanzamt, das für den Wohnort bzw. gewöhnlichen Aufenthaltsort des Erblassers/Schenkers zuständig ist. Ist dieser ein Ausländer, so ist der Wohnort des Erwerbers maßgeblich, bei beschränkter Steuerpflicht das Inlandsvermögen. Für die meisten in Bayern veranlagten Erwerbe bedeutet dies, dass der Erblasser/Schenker im Freistaat ansässig ist bzw. war. Ob das übertragene Vermögen jedoch tatsächlich im Freistaat verbleibt, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht beantwortet werden, da der Erwerber in Bayern, aber auch in einem anderen Bundesland oder gar im Ausland leben kann. Mangels Angaben im Datensatz ist zudem keine tiefere regionale Aussage als auf Landesebene möglich.

Detailliertere Angaben liegen dagegen über das Geschlecht und das Alter der Beteiligten zum Zeitpunkt der Steuerentstehung vor. Die meisten steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen kamen im Betrachtungszeitraum Erwerbern im Alter zwischen 50 und 70 Jahren zugute. Mit 56 % waren die Erwerber etwas öfter weiblich. Die Höhe des Erwerbs unterschied sich zwischen weiblichen und männlichen Erwerbern nicht. Die Erblasser, die allerdings je nach Anzahl der erfassten steuerpflichtigen Erwerbe auch mehrmals in die Betrachtung einflossen, waren bei den meisten steuerpflichtigen Erwerben zwischen 80 und 90 Jahre alt. Betrachtet man die Nachlassvermögen, betrafen zwar mit 62 % mehr Nachlässe weibliche Erblasser, die höheren Vermögen je Reinnachlass wurden allerdings von männlichen Erblassern übertragen.

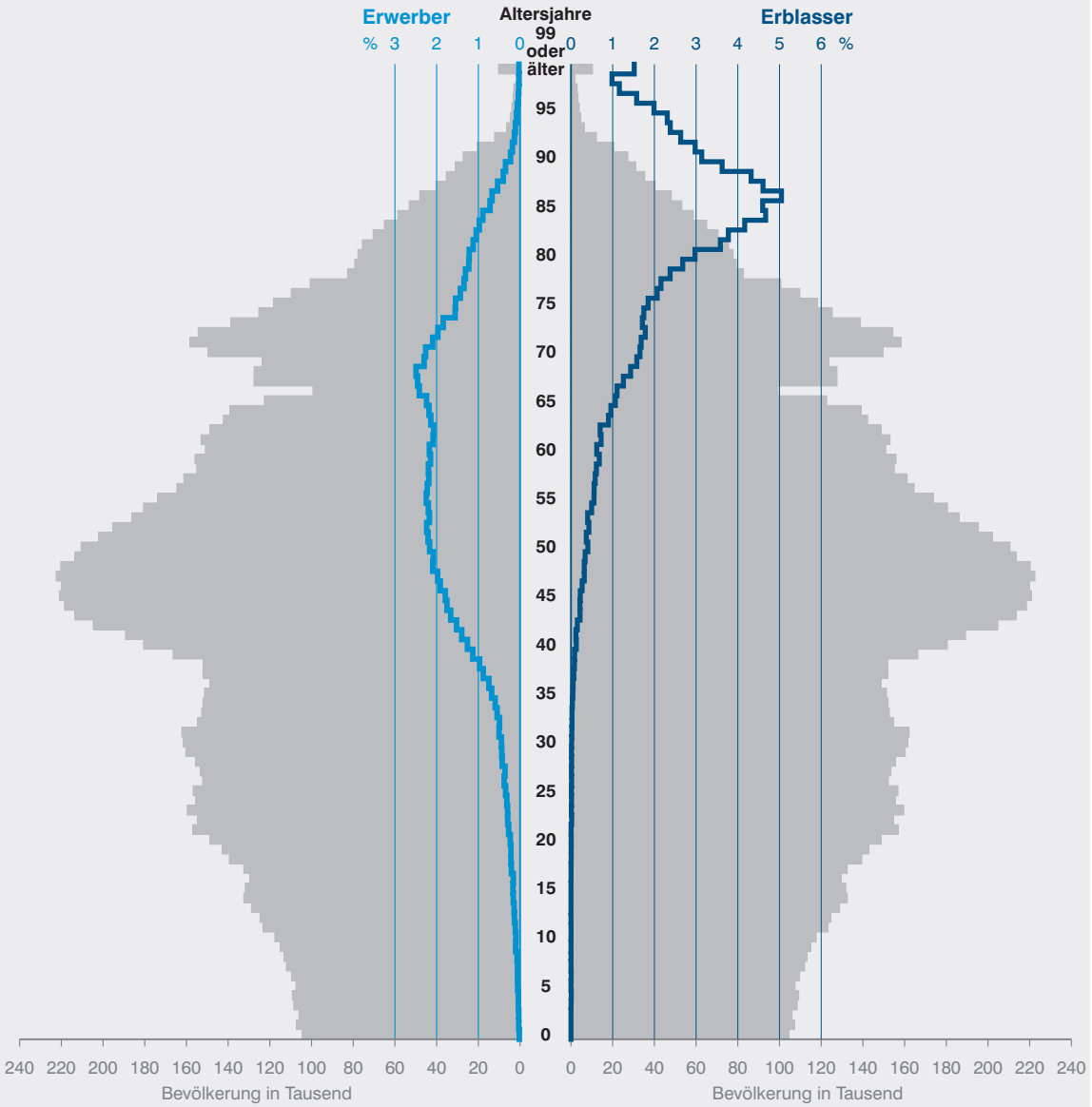
Bei den Schenkungen lagen die Altersschwerpunkte erwartungsgemäß niedriger. Während die Schenker bei den meisten Erwerben zwischen 65 und 85 Jahre alt waren, waren die Begünstigten vorwiegend in den mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 50 Jahren zu finden. Bei den Beschenkten dominierte das männliche Geschlecht, auch erhielten diese im Mittel größere Schenkungen. Von Seiten der Schenker wurden zwar mehr Erwerbe von Frauen übertragen, ihr Schenkungsvolumen lag allerdings nur bei 40 % aller Schenkungen. Entsprechend war der Wert einer von einem Mann übertragenen Schenkung im Mittel mit 407 000 Euro deutlich höher als bei einer Frau als Schenkerin (234 000 Euro).

Immer wieder wird in den Medien von einer großen Erbschaftswelle gesprochen. Gemeint ist zunächst die jetzige Erblasser-Generation, die seit dem Wirtschaftsaufschwung in den 50er/60er Jahren teils große Vermögen aufbauen konnte und diese aktuell und in den nächsten Jahren vorwiegend an die nächste Generation weitergibt. Auch diese Folgegeneration konnte zum Teil in den vergangenen Jahrzehnten ihre eigenen Vermögen deutlich mehren und profitiert zudem von den derzeitigen Erbschaften. Es wird erwartet, dass sie als die künftigen Erblasser daher noch mehr Vermögen übertragen werden.

Die Hauptaltersgruppen bei den Erblassern und Schenkern sowie den Erwerbern waren in jedem der betrachteten sechs Jahre nahezu identisch. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass sich dies auch in den kommenden Jahren so fortsetzt. Im Folgenden wurde daher die Altersstruktur der Erblasser bzw. Erwerber von Todes wegen über die aktuellste vorliegende bayerische Bevölkerungspyramide (zum Stand 31.12.2011, Darstellung der Gesamtbevölkerung auf beiden Seiten) gelegt (vgl. Abbildung 9).

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen in Bayern 2007 bis 2012 nach dem Alter des Erblassers bzw. des Erwerbers zum Steuerentstehungszeitpunkt

Abb. 9

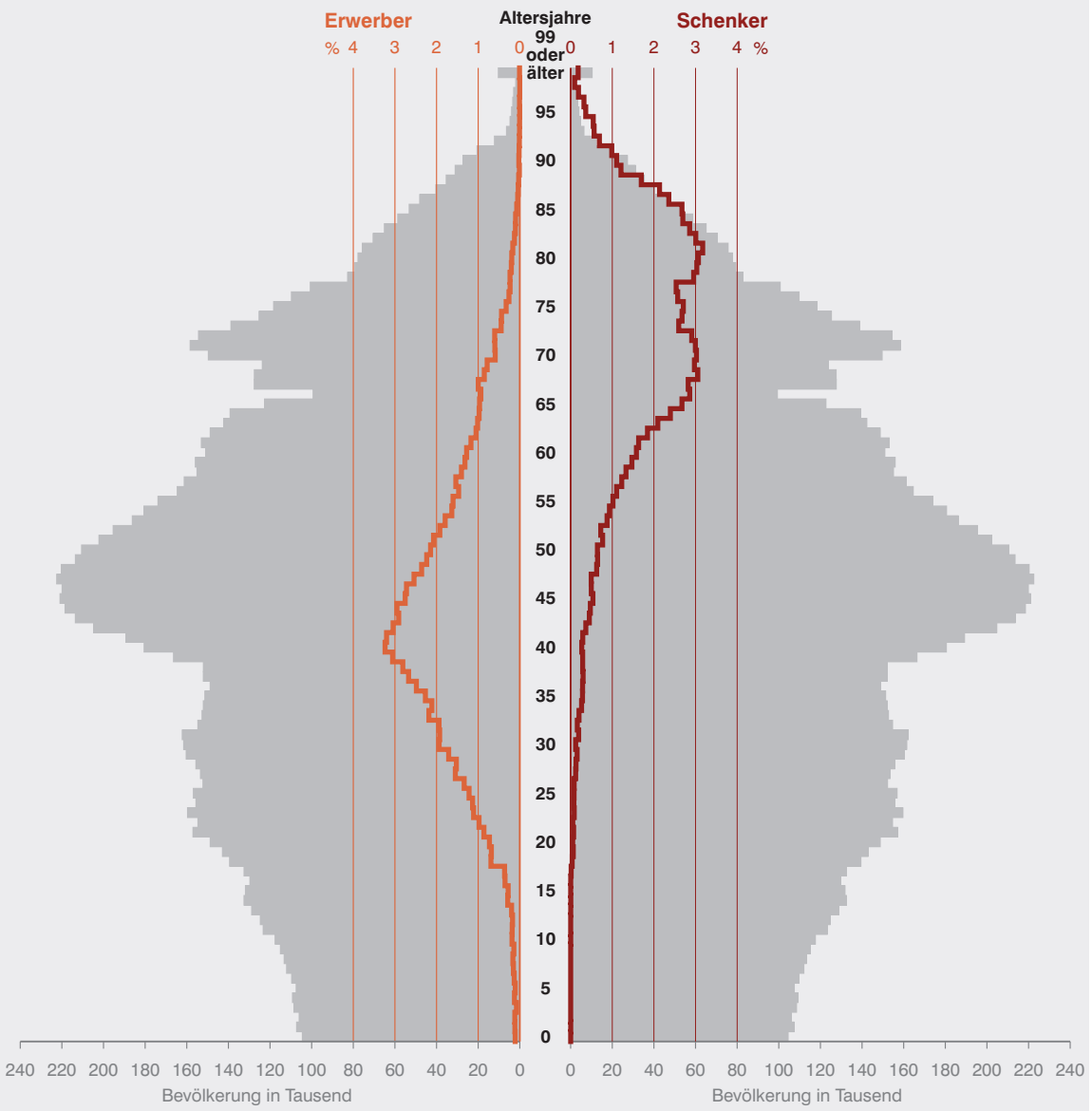


Es zeigt sich sehr anschaulich, dass gegenwärtig und in den nächsten Jahren die etwas stärkeren Zwischenkriegsjahrgänge in den Altersgruppen zu finden sind, in denen im vergangenen Sechs-Jahres-Zeitraum die meisten Erwerbe (Erblasser) zu verzeichnen waren. Bis die geburtenstarken Jahrgänge aus den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs und der 60er Jahre in die Hauptaltersgruppen der Erblasser kommen, dauert es noch etwas, diese Jahrgänge partizipieren zunächst an den Erwerben als Begünstigte. Ablesen lässt sich aber bereits jetzt, dass dann auf der Erwerberseite der Bevölkerungsrückgang wirksam wird und sich die künftigen Erwerbe auf weniger Erwerber als bislang verteilen dürften.

Bei den Erwerben aus Schenkungen in Abbildung 10 wird besonders deutlich, dass die Altersstufen etwa ab dem Renteneintrittsalter gehäuft als Schenker auftraten. Die Altersspitze der Erwerber lag bei

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe aus Schenkungen in Bayern 2007 bis 2012 nach dem Alter des Schenkers bzw. des Erwerbers zum Steuerentstehungszeitpunkt

Abb. 10



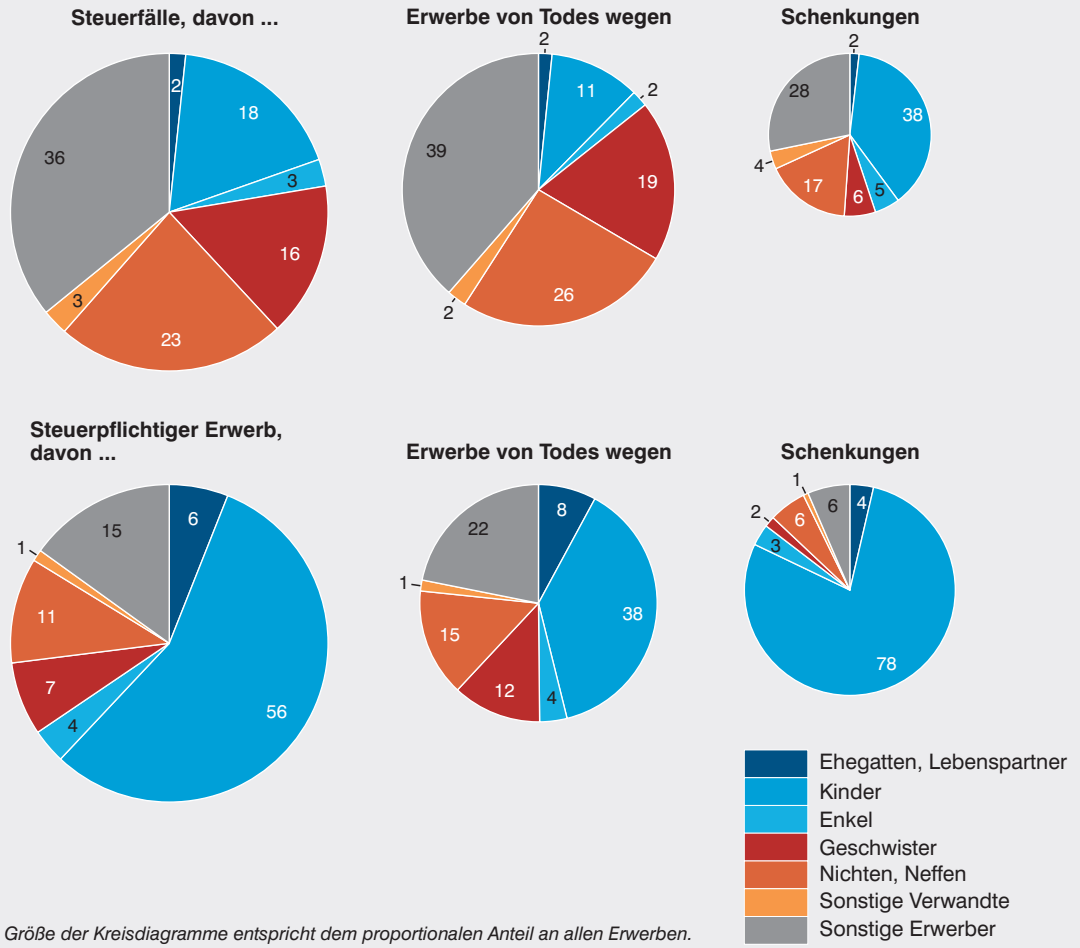
einem Alter von etwa 40 Jahren. Hier dürfte die zielgerichtete Übertragung der Vermögen an die eigenen Kinder noch zu Lebzeiten eine Rolle spielen, zum einen im Rahmen einer Betriebsnachfolge, zum anderen, um die Steuerlast im Erbfall zu verringern. Bezogen auf die Bevölkerungsentwicklung lässt sich erwarten, dass auch die in den nächsten Jahren aufrückenden geburtenstarken Schenkerjahrgänge ihr Vermögen auf immer weniger Erwerber verteilen werden.

Das Verwandtschaftsverhältnis

Sowohl die persönlichen Freibeträge als auch die Steuerklasse des Erwerbers werden vom Verwandtschaftsverhältnis zum Erblasser bzw. Schenker abgeleitet. Damit stellt dieses einen maßgeblichen Einflussfaktor auf die Höhe der festzusetzenden Steuer dar. Die Ausgestaltung der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist darauf ausgerichtet, die Steuerzahllast für die Kernfamilie, also insbesondere für Ehegatten und Lebenspartner sowie Kinder, geringer zu halten.

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012 nach dem Verwandtschaftsverhältnis
in Prozent

Abb. 11



Größe der Kreisdiagramme entspricht dem proportionalen Anteil an allen Erwerben.

Unter Maßgabe des geänderten Steuerrechts ab 2009 wird in Steuerklasse I dem Ehegatten und dem Lebenspartner nach § 16 ErbStG ein persönlicher Freibetrag von 500 000 Euro und dem Kind von 400 000 Euro gewährt. Gegebenenfalls kommt ein weiterer Versorgungsfreibetrag nach § 17 ErbStG, z. B. bei Ehegatten und Lebenspartnern bis zu einem Wert von 256 000 Euro, hinzu, sowie eine Steuerbefreiung auf Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände bis zu einem Wert von 53 000 Euro. Dritte und nicht zur Kernfamilie gehörende Verwandte in den Steuerklassen II und III hingegen erhalten nur einen persönlichen Freibetrag von 20 000 Euro, sowie eine Steuerbefreiung auf Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände von bis zu 12 000 Euro (vgl. Übersicht, Seite 551).

Wenig überraschend ist daher in Abbildung 11, dass der Anteil der Erwerbe, die zu einer Steuerzahllast führten und auf sonstige Erwerber (Steuerklasse III) übertragen wurden, mit 36 % entsprechend hoch war. Dass diese Steuerfälle aber nicht die größten Vermögen umfassten, zeigt ihr Anteil am Gesamtvolumen der steuerpflichtigen Erwerbe, der nur bei 15 % lag. Je Steuerfall wurde damit ein durchschnittlicher steuerpflichtiger Erwerb von 77 000 Euro erreicht. Die größten steuerrelevanten Vermögen erhielten 2007 bis 2012 trotz der hohen Freibeträge die Kinder: dabei handelte es sich mit knapp 21 Milliarden Euro um 18 % aller Erwerbe, die mit 56 % über die Hälfte der gesamten Vermögenswerte umfassten. Mit 575 000 Euro war ein durchschnittlicher steuerpflichtiger Erwerb für ein Kind dennoch nicht so

Tab. 3 **Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe in Bayern 2007 bis 2012 nach der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs und dem Verwandtschaftsverhältnis**

Steuerpflichtiger Erwerb von … bis unter … Euro[1]	Steuerfälle insgesamt[2]	davon mit Verwandtschaftsverhältnis						
		Ehegatten, Lebenspartner	Kinder	Enkel	Geschwister	Nichten, Neffen	Sonstige Verwandte	Sonstige Erwerber
unter 5 000	23 335	67	1 017	411	3 168	5 483	663	12 526
5 000 - 10 000	18 028	62	1 020	338	2 924	4 636	602	8 446
10 000 - 50 000	69 555	470	6 795	1 815	12 496	18 687	2 105	27 187
50 000 - 100 000	31 904	383	5 492	1 028	5 626	8 140	806	10 429
100 000 - 200 000	25 359	571	6 804	802	4 027	5 504	628	7 023
200 000 - 300 000	10 780	411	3 757	334	1 495	1 910	235	2 638
300 000 - 500 000	8 814	418	3 747	328	968	1 347	138	1 868
500 000 - 2,5 Mill.	10 038	787	5 755	357	684	948	101	1 406
2,5 Mill. - 5 Mill.	1 057	94	790	43	21	41	9	59
5 Mill. oder mehr	776	62	655	27	4	11	-	17
Insgesamt	**199 646**	**3 325**	**35 832**	**5 483**	**31 413**	**46 707**	**5 287**	**71 599**

1 Fälle mit steuerpflichtigem Erwerb > 0.
2 Enthalten sind nur erstmalige Festsetzungen des jeweiligen Festsetzungsjahres.

groß wie der für die Ehepartner mit im Mittel 665 000 Euro. Auf nicht zur Kernfamilie zählende Verwandte, wie Geschwister, Neffen und Nichten sowie sonstige Verwandte, die jeweils der Steuerklasse II angehören, fiel ein Anteil von 42 % an allen Erwerben. Allerdings war deren Anteil an den Vermögenswerten mit 19 % geringer als bei den Kindern. Auch der durchschnittliche Erwerb je Steuerfall lag mit rund 86 000 Euro deutlich niedriger.

Dieses Bild spiegelte sich in etwa auch bei den Erwerben von Todes wegen wider, wenngleich die Bedeutung der Kernfamilie hier geringer und die der sonstigen Verwandten und Erwerber größer war. Demgegenüber wurde die Struktur der Schenkungen durch steuerrelevante Vermögensübertragungen an die Kernfamilie, und zwar vordergründig an die Kinder, geprägt. Gut drei Viertel des Gesamtvolumens des steuerpflichtigen Erwerbs wurde an sie übertragen. Mit 638 000 Euro je Steuerfall wurden im Durchschnitt größere Beträge an Kinder verschenkt als vererbt (496 000 Euro je Steuerfall). Vor allem größere Vermögen wurden demnach gezielt schon vor dem Tod über eine Schenkung an die Kinder weitergegeben (vgl. Tabelle 3).

Ausblick

Mit dem Vorliegen von sechs aufeinander folgenden Festsetzungsjahren können mit der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik bereits Aussagen zu vielen interessanten Aspekten der steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen getroffen werden. Trotzdem liegen zum einen datensatzbedingte Einschränkungen – z. B. kann die Zusammensetzung des übertragenen Vermögens nach Vermögensarten nicht für sonstige Erwerbe wie Vermächtnisse untersucht werden – zum anderen generelle Einschränkungen vor. Gerade die Dynamik der Rechtsänderungen im Erbschaftsteuerrecht führte zu einer Überlagerung des erwarteten Trends: Statt stetig zunehmender Vermögensübergänge im Zuge der prognostizierten Erbschaftswelle führte die Erbschaftsteuerreform 2008 zu rückläufigen Zahlen. In Anbetracht der anhaltenden juristischen Kritik an der Steuer und der noch offenen Entscheidung seitens des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Einleitung) dürfte auch in den nächsten Jahren eine Trendaussage zur Entwicklung der steuerpflichtigen Erbschaft- und Schenkungsfälle aus der Statistik heraus nicht einfach sein. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Statistik aufgrund der hohen Freibeträge auch in Zukunft nur einen Teil aller Vermögensübergänge darstellen kann. Inwieweit sich Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen z. B. auf die Vermögensverteilung in der Gesellschaft auswirken, kann daher auch künftig nur teilweise aus der Statistik beantwortet werden.

Das Kulturartenverhältnis und die Benutzung des Ackerlandes in Bayern im Jahre 1947

Die Bodenbenutzungserhebung 1947

Die Gesamtwirtschaftsfläche zeigt seit längerem zum ersten Male wieder eine geringe Zunahme (+0.1 vH). Dagegen hält die Tendenz des Absinkens der land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Flächen an, der eine Zunahme der landwirtschaftlich nicht nutzbaren Flächen gegenübersteht.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche, die gegenüber 1946 um 0.5 vH, d. s. rund 19 000 ha, zurückging, zeigt nur für Gartenland (+10.3 vH), Baumschulen (+0.2 vH) und Viehweiden (+1.2 vH) eine gewisse Zunahme, während alle übrigen Flächen wie das Ackerland (—1.0 vH), die Obstanlagen (—1.5 vH), Wiesen (—0.4 vH), ferner auch das Rebland, die Korbweidenanlagen gegenüber 1946 zurückgegangen sind.

Mehr als die Hälfte des Ackerlandes (52.9 vH) wurde 1947 mit Getreide bestellt, davon wieder etwas mehr als die Hälfte entfiel auf den Anbau von Brotgetreide. Die Hackfruchtanbaufläche umfaßte 23.0 vH des Gesamtackerlandes. Mehr als die Hälfte der Hackfruchtfläche ist dem Kartoffelanbau gewidmet, dessen Umfang gegenüber 1946 um 5.1 vH erweitert wurde.

Innerhalb der Handelsgewächse nehmen die Ölfrüchte den größten Raum ein. Die Anbaufläche für Raps und Rübsen ist gegenüber 1946 wiederum um 8.4 vH zurückgegangen.

Der Feldfutterbau nimmt ein gutes Fünftel (20.7 vH) des Gesamtackerlandes ein.

Vorbemerkung

Die allgemeine Bodenbenutzungserhebung, die auch in diesem Jahr mit dem Stichtag 1. Juni durchgeführt wurde, erfaßte alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit einer Wirtschaftsfläche von 0.5 ha und darüber sowie sämtliche Erwerbsgartenbau-, Erwerbsobstbau- und Weinbaubetriebe ohne Rücksicht auf die Größe der Wirtschaftsfläche. Alle diese Betriebe hatten die von ihnen selbst bewirtschafteten Flächen auf besonderen Betriebsbogen nachzuweisen. Die Flächen der Kleinbetriebe mit mehr als 10, jedoch weniger als 50 a Wirtschaftsfläche wurden in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern durch Zähllisten erfaßt. Die Flächen der Kleinbetriebe mit 10 a — in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Flächen der Kleinbetriebe mit weniger als 50 a — oder weniger Betriebsfläche waren von der Gemeindebehörde nach ihrem Gesamtausmaß und der Verteilung der Flächen auf die verschiedenen Kultur- und Fruchtarten zu schätzen. Ebenso wurden die Flächen außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach vorhandenen Katasterunterlagen oder schätzungsweise ermittelt. Diese Flächen betreffen Öd- und Unland[1]), unkultivierte Moorflächen, Straßen und Wege, Eisenbahnen, Friedhöfe, öffentliche und private Parkanlagen, Sport-, Flug- und Übungsplätze u. ä., soweit diese Flächen nicht bereits durch Betriebsbogen nachgewiesen wurden.

Zur zuverlässigen Feststellung der Betriebsflächen der einzelnen Betriebsinhaber und der Gemeinden ging der diesjährigen Bodenbenutzungserhebung im Februar 1947 eine besondere Vorerhebung voraus. Hierbei hatte jeder Betriebsinhaber die bei den Gemeindebehörden aufliegende „Betriebskarte" für das Jahr 1947 zu ergänzen und die seit dem Vorjahr eingetretenen Veränderungen der Wirtschaftsfläche seines Betriebes auf dem „Berichtigungsnachweis" der Gemeindebehörde zu melden. Auf diese Weise wurde festgestellt, welche Flächen und an wen durch Verkauf, Verpachtung oder Rückgabe gepachteter Flächen abgegeben wurden, bzw. es wurden die seit dem Jahre 1946 erhaltenen Flächen sowie Namen und Anschriften der früheren Betriebsinhaber ermittelt. Auf sogenannten „Austauschlisten" teilten sich die Gemeindeverwaltungen sodann gegenseitig mit, welche Flächen von Betriebsinhabern der einen Gemeinde in der Gemarkung einer anderen Gemeinde bewirtschaftet bzw. welche Flächen seit dem Frühjahr 1946 von Betriebsinhabern der einen an Betriebsinhaber einer anderen Gemeinde abgegeben wurden.

Die Summe der von den Betriebsinhabern einer Gemeinde „A" in der Gemarkung dieser Gemeinde „A" bewirtschafteten Flächen einschl. der von Betriebsinhabern fremder Gemeinden in der Gemarkung der Gemeinde „A" bewirtschafteten Flächen, zuzüglich der Flächen der Kleinbetriebe und der Flächen außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe muß der Katasterfläche der Gemeinde „A" entsprechen.

Diese Vorerhebungen bieten somit die Möglichkeiten, dem seit Jahren anhaltenden Flächenschwund (siehe „Bayern in Zahlen", 1947 Heft 1, S. 6) entgegenzuwirken. Für die Aufbereitung und Prüfung der Ergebnisse der diesjährigen Bodenbenutzungserhebung konnte jedoch die Vorerhebung 1947 noch nicht in hinreichendem Maße herangezogen werden. Die gründliche Auswertung der Vorerhebung ist — schon mit Rücksicht auf die vielen erforderlichen Rückfragen bei den Gemeindebehörden — sehr zeitraubend und daher bis jetzt noch nicht abgeschlossen.

Bei der Bodenbenutzungserhebung 1947 wurden in 6 595 bayerischen Gemeinden 490 478 Betriebsbogen ausgefüllt; außerdem sind die Flächen von 111 920 Kleinbetrieben durch Zähllisten erhoben worden.

Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung 1947

Den auf den folgenden Seiten veröffentlichten wichtigsten Ergebnissen der Bodenbenutzungserhebung 1947 sind zu Vergleichszwecken die Zahlen für das Jahr 1946[1]) und 1938 beigefügt. Zur Wahl des Jahres 1938 als Vergleichsjahr für die Vorkriegszeit ist zu bemerken, daß sowohl die nachgewiesene Gesamtwirtschaftsfläche als auch die Verteilung derselben auf die verschiedenen Kulturarten und Feldfrüchte in den letzten Vorkriegsjahren nur verhältnismäßig geringen jährlichen Schwankungen unterworfen waren. Die Zahlen für das Jahr 1938 kennzeichnen somit im allgemeinen recht gut die Flächenverteilung vor dem Krieg.

Durch die Bodenbenutzungserhebung 1947 wurde für Bayern eine Gesamtwirtschaftsfläche von 6 371 881 ha nachgewiesen, das ist um 8 710 ha oder 0.1 vH mehr als im Vorjahr, jedoch um 98 240 ha oder 1.4 vH weniger als im Jahre 1938.

Dieses Ergebnis dürfte voraussichtlich noch einigen nachträglichen Berichtigungen unterworfen werden, da z. Z. noch nicht alle an die Gemeindeverwaltungen gestellten Rückfragen beantwortet sind. Die noch laufenden Ermittlungen sollen vor allem Flächenveränderungen aufklären, die sich durch das Zusammen- und Auseinanderlegen von Gemeinden in Niederbayern und in der Oberpfalz ergeben haben. Durch die in den letzten Jahren zahlreichen Veränderungen der Gemeindegrenzen und den Verlust der Katasterunterlagen infolge Kriegseinwirkung ist den Gemeindeverwaltungen häufig der Überblick über die bei den Bodenbenutzungserhebungen nachzuweisenden Flächen verlorengegangen. Erschwert wird dieser Umstand dadurch, daß in den letzten Jahren keine Flächenvermessungen bei der Landabgabe für Reichsstraßenbau und Wehrmachtsaufgaben erfolgten. Größere Fehler sind namentlich bei den Forsten und den ausmärkischen Flächen zu vermuten. Hier kommt es — bedingt durch das Erhebungsverfahren — leicht vor, daß Flächen überhaupt nicht erfaßt oder doppelt gemeldet werden.

Nach der Bodenbenutzungserhebung 1947 gliedert sich die Gesamtwirtschaftsfläche Bayerns wie folgt:

[1]) Als Ödland gelten Bodenflächen, die keinen land- oder forstwirtschaftlichen Ertrag, wohl aber Erträge anderer Art (Steinbrüche, Sandgruben usw.) bringen. Als Unland gelten Bodenflächen, die keinerlei Nutzungsertrag abwerfen (Schutthalden, Felsen).

[1]) Die hier für das Jahr 1946 nachgewiesenen Flächen weichen insofern von denen im Februarheft dieser Zeitschrift veröffentlichten Ergebnissen der Bodenbenutzungserhebung 1946 ab, als in vorliegender Arbeit die Flächen der beiden zu Österreich gehörenden Gemeinden Mittelberg und Jungholz (Landkreis Sonthofen) vom Gesamtergebnis abgezogen sind.

Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 11/12/1947

Die Wirtschaftsfläche

Art der Bodenbenutzung	1947		1946		1938		Flächenveränderung 1947 gegenüber 1946		Flächenveränderung 1947 gegenüber 1938	
	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH
Landwirtschaftliche Nutzfläche	3 929 598	57.3	3 948 320	57.5	4 079 999	58.6	– 18 722	– 0.5	–150 401	– 3.7
Forsten und Holzungen	2 214 828	32.2	2 252 809	32.8	2 278 061	32.7	– 37 981	– 1.7	– 63 233	– 2.8
Unkultivierte Moorflächen	30 364	0.4	26 346	0.4	29 451	0.4	+ 4 018	+15.3	+ 913	+ 3.1
Öd- und Unland	269 975	3.9	265 944	3.9	201 182	2.9	+ 4 031	+ 1.5	+ 68 793	+ 34.2
Gebäude- und Hofflächen	119 119	1.7	118 709	1.7	93 215	1.3	+ 410	+ 0.3	+ 25 904	+ 27.8
Wegeland und Eisenbahnen	184 438	2.7	142 335	2.1	143 523	2.1	+ 42 103	+29.6	+ 40 915	+ 28.5
Gewässer	81 120	1.2	66 468	1.0	100 245	1.4	+ 14 652	+22.0	– 19 125	– 19.1
Flug- und Übungsplätze	21 916	0.3	42 240	0.6	44 445	0.6	+ 199	+ 0.5	– 2 006	– 4.5
Friedhöfe, Parkanlagen, Sportplätze	20 523	0.3								
Gesamtwirtschaftsfläche	**6 871 881**	**100**	**6 863 171**	**100**	**6 970 121**	**100**	**+ 8 710**	**+ 0.1**	**– 94 228**	**– 1.4**

Die landwirtschaftliche Nutzfläche umfaßt 3 930 000 ha oder 57.3 vH der Gesamtwirtschaftsfläche, Forste und Holzungen bedecken 2 214 000 ha oder 32.2 vH, die sonstigen weder land- noch forstwirtschaftlich genutzten Flächen messen 727 000 ha, das sind 10.5 vH der Gesamtwirtschaftsfläche. Die landwirtschaftliche Nutzfläche weist gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Rückgang um rund 19 000 ha oder 0.5 vH auf; gegenüber der Vorkriegszeit hat sie sich um 150 000 ha oder 3.7 vH vermindert. Die Holzbodenfläche (Forsten und Holzungen) ist um 38 000 ha oder 1.7 vH kleiner als im Vorjahr, bzw. um 63 000 ha odet 2.8 vH kleiner als im Jahre 1938. Durch nachträgliche Berichtigungen dürfte sich das Ergebnis für die Forsten noch erhöhen. Die nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen haben sich gegenüber dem Vorjahr vergrößert. Die Zunahme ist insbesondere bei den Flächen für Wege und Eisenbahnen mit 29.6 vH und bei den Gewässern mit 22.0 vH so hoch, daß hier fehlerhafte Flächennachweise vorliegen müssen. Das geht auch daraus hervor, daß gegenüber dem Jahr 1938 das Öd- und Unland, die Gebäude- und Hofflächen sowie die Wege (Reichsautobahnen!) und Eisenbahnen statistisch um mehr als 20 vH zugenommen haben. Dagegen bleibt die im Jahre 1947 nachgewiesene Fläche der Gewässer noch um 24 vH hinter dem Vorkriegsausmaß zurück. Es ist anzunehmen, daß die Gewässer im Jahre 1947 — ebenso wie 1946 — unvollständig erfaßt wurden.

An der landwirtschaftlichen Nutzfläche haben das Ackerland mit 2 160 000 ha oder 55 vH und das Dauergrünland (Wiesen und Viehweiden) mit 1 700 000 ha oder 43 vH — zusammen demnach mit 98 vH — den weitaus größten Anteil. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die gemeldeten Ackerflächen um 21 000 ha oder 1 vH, gegenüber dem Jahre 1938 um 215 000 ha oder 9 vH vermindert.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche

Kulturart	1947		1946		1938		Flächenveränderung 1947 gegenüber 1946		Flächenveränderung 1947 gegenüber 1938	
	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH
Ackerland	2 159 734	55.0	2 180 812	55.2	2 374 457	58 2	– 21 078	– 1.0	–214 723	– 9.0
Gartenland	57 999	1.5	52 583	1.3	51 148	1.3	+ 5 416	+10.3	+ 6 851	+ 13.4
Obstanlagen	17 206	0.4	17 476	0.5	19 387	0.5	– 270	– 1.5	– 2 181	– 11.3
Baumschulen	943	0.0	941	0.0	899	0.0	+ 2	+ 0.2	+ 44	+ 4.9
Wiesen	1 442 045	36.7	1 447 361	36.7	1 427 718	35.0	– 5 316	– 0.4	+ 14 327	+ 10.0
Viehweiden	247 845	6.3	244 717	6.2	202 049	4.9	+ 3 128	+ 1.2	+ 45 796	+ 22.7
Rebland	3 514	0.1	3 579	0.1	3 698	0.1	– 65	– 1.8	– 184	– 5.0
Korbweidenanlagen	312	0.0	851	0.0	643	0.0	– 539	–63.3	– 331	– 51.5
Landwirtschaftliche Nutzfläche	**3 929 598**	**100**	**3 948 320**	**100**	**4 079 999**	**100**	**– 18 722**	**– 0.5**	**–150 401**	**– 3.7**

Auf das Gartenland entfallen 58 000 ha oder 1.5 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Durch die in vielen Gemeinden errichteten Heimgärten für Flüchtlinge und Ausgewiesene hat sich die gartenmäßig bewirtschaftete Fläche gegenüber dem Vorjahr um 5 000 ha oder 10 vH, gegenüber der Vorkriegszeit um 7 000 ha oder 13 vH vergrößert. Auf geschlossene Obstanlagen ohne Unterkultur entfallen 17 000 ha oder 0.7 vH der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Bei den Obstanlagen zeigt sich gegenüber dem Vorjahr und dem Jahre 1938 ein Rückgang. Die Fläche der Baumschulen beträgt beinahe 1 000 ha; sie ist damit nahezu unverändert geblieben.

Die Wiesen nehmen mit 1 442 000 ha knapp 37 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. In den beiden Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben ist das Ausmaß der Wiesen größer als die dem Ackerbau gewidmete Fläche. Von der gesamten Wiesenfläche sind 93.5 vH Wiesen ohne Bewässerungsanlagen, 1.8 vH Bewässerungswiesen und 4.7 vH Streuwiesen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Wiesenfläche um 5 000 ha oder 0.4 vH abgenommen, doch ist sie um 14 000 ha oder 10 vH größer als im Jahre 1938. Der gegenüber dem Jahre 1946 festgestellte Rückgang der Wiesenfläche ist auf dem Umbruch für Ackerland und Flüchtlingsgärten zurückzuführen.

Viehweiden sind 248 000 ha (davon 45 000 ha Almen der Alpengebiete) oder 6.3 vH der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Seit dem Vorjahr hat das statistisch nachgewiesene Weideland um 3 000 ha oder 1.2 vH zugenommen, gegenüber dem Jahre 1938 um 46 000 ha oder 22.7 vH. Der Umbruch von Dauergrünland zur Vermehrung der Ackerflächen für den Brotgetreidebau ist demnach in nur geringem Umfang erfolgt. Durch eine besondere Zusatzfrage bei der Bodenbenutzungserhebung 1947 wurde die Fläche des seit Sommer 1946 umgebrochenen Dauergrünlandes ermittelt; es wurden insgesamt 13 000 ha gemeldet. Dieser Umbruch von Dauergrünland äußert sich jedoch nicht in einem entsprechenden Rückgang der Flächen des Dauergrünlandes (das Ausmaß der Viehweiden hat sogar zugenommen!) oder in einer Zunahme des Ackerlandes, das im Gegenteil noch um 21 000 ha gegenüber dem Vorjahr zurückging.

Das Rebland umfaßt 3 500 ha oder 0.1 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche; es weist einen zwar geringen, jedoch beständigen Rückgang auf. Von der gesamten Reblandfläche sind 72.6 vH mit Weißwein-, 1.7 vH mit Rotwein- und 12.1 vH mit gemischten Reben bestanden; 13.6 vH der Rebenbestände sind noch nicht im ertragfähigen Alter.

Das Fruchtartenverhältnis zeigt, daß von insgesamt 2 160 000 ha Ackerfläche nicht weniger als

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/12/1947

1 140 000 ha oder 52.9 vH mit Getreide bebaut wurden. Etwas mehr als die Hälfte der Getreideanbaufläche entfiel auf das Brotgetreide (Roggen, Weizen, Wintermenggetreide). Infolge starker Auswinterungen beim Weizen ist in diesem Jahr die Roggenfläche wieder größer als die Fläche des Weizens (einschließlich Spelz und Emmer). Das Brotgetreide wird zu neun Zehntel als Winter- und nur zu einem Zehntel als Sommerfrucht angebaut; das Futtergetreide dagegen wird — abgesehen von der verhältnismäßig kleinen Fläche für Wintergerste — fast ausschließlich im Frühjahr angebaut.

Die Getreidefläche ist 1947 um 3.9 vH kleiner als im Vorjahr und bleibt gegenüber jener des Jahres 1938 um 22.4 vH zurück. Die Haferanbaufläche zeigte bereits vor dem Kriege, infolge der zunehmenden Motorisierung der Wirtschaft, rückläufige Tendenz.

Der Hülsenfruchtbau wurde 1947 in stärkerem Umfang betrieben als im Jahr vorher oder vor dem Kriege. Er nimmt mit 24 000 ha 1.1 vH der gesamten Ackerfläche ein. Die wichtigsten angebauten Hülsenfrüchte sind Speiseerbsen, Ackerbohnen und Wicken, von denen je 5 000 ha angebaut wurden.

Die Bestellung des Ackerlandes

Fruchtart	1947		1946		1938		Flächenveränderung 1947 gegenüber 1946		Flächenveränderung 1947 gegenüber 1938	
	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH	Hektar	vH
Winterroggen	308 323	14.4	308 635	14.1	385 494	16.2	– 312	– 0.1	– 77 171	– 20.0
Sommerroggen	25 718	1.2	17 941	0.8	17 445	0.7	+ 7 777	+ 43.3	+ 8 273	+ 47.4
Winterweizen und Spelz	272 509	12.6	304 823	14.0	349 278	14.7	– 32 314	– 10.6	– 76 769	– 22.0
Sommerweizen	25 665	1.2	18 880	0.9	18 470	0.8	+ 6 785	+ 35.9	+ 7 195	+ 39.0
Wintermenggetreide	20 286	0.9	20 731	1.0	25 439	1.1	– 445	– 2.1	– 5 153	– 20.3
Brotgetreide zus.	652 501	30.3	671 010	30.8	796 126	33.5	– 18 509	– 2.8	– 143 625	– 18.0
Wintergerste	7 478	0.3	9 309	0.4	19 017	0.8	– 1 831	– 19.7	– 11 539	– 60.7
Sommergerste	189 369	8.8	206 538	9.5	315 147	13.4	– 17 169	– 8.3	– 125 778	– 39.9
Hafer	275 829	12.9	287 204	13.2	330 627	13.9	– 11 375	– 4.0	– 54 798	– 16.6
Sommermenggetreide	13 461	0.6	10 847	0.5	5 248	0.2	+ 2 614	+ 24.1	+ 8 213	+ 156.5
Körnermais	912	0.0	742	0.0	3 020	0.1	+ 170	+ 22.9	– 2 108	– 69.8
Buchweizen	49	0.0	77	0.0	62	0.0	– 28	– 36.4	– 13	– 21.0
Getreide und Buchweizen insgesamt	1 139 599	52.9	1 185 727	54.4	1 469 247	61.9	– 46 128	– 3.9	– 329 648	– 22.4
Speisehülsenfrüchte [1]	6 819	0.3	5 284	0.2	2 298	0.1	+ 1 535	+ 29.0	+ 4 521	+ 196.7
Futterhülsenfrüchte [2]	14 520	0.7	12 835	0.6	10 645	0.4	+ 1 685	+ 13.1	+ 3 875	+ 340.5
Mischfrucht u. a. Hülsenfrüchte	2 819	0.1	2 221	0.1	1 138	0.0	+ 598	+ 26.9	+ 1 681	+ 147.7
Hülsenfrüchte insgesamt	24 158	1.1	20 340	0.9	14 081	0.6	+ 3 818	+ 18.8	+ 10 077	+ 71.6
Kartoffeln	277 467	12.8	264 038	12.1	315 813	13.3	+ 13 429	+ 5.1	– 38 346	– 12.1
Zuckerrüben [3]	17 239	0.8	15 054	0.7	13 814	0.6	+ 2 185	+ 14.5	+ 3 425	+ 24.8
Futterrüben [3]	160 557	7.5	158 621	7.3	129 501	5.4	+ 1 936	+ 1.2	+ 31 056	+ 24.0
Kohlrüben [3]	11 531	0.5	9 870	0.4	8 745	0.4	+ 1 661	+ 16.8	+ 2 786	+ 31.9
Andere Hackfrüchte [4]	6 534	0.3	4 349	0.2	1 540	0.1	+ 2 185	+ 50.2	+ 4 994	+ 324.3
Gemüse u. a. Gartengewächse im feldmässigen Anbau	24 701	1.1	25 405	1.2	11 986	0.5	– 704	– 2.8	+ 12 715	+ 106.1
Hackfrüchte und Gemüse insgesamt	498 029	23.0	477 337	21.9	481 399	20.3	+ 20 692	+ 4.3	+ 16 630	+ 3.5
Raps und Rübsen	14 126	0.7	15 420	0.7	3 955	0.2	– 1 294	– 8.4	+ 10 171	+ 257.2
Flachs und Hanf	5 388	0.2	4 554	0.2	7 118	0.3	+ 834	+ 18.3	– 1 730	– 24.3
Hopfen	5 016	0.2	4 805	0.2	6 939	0.3	+ 211	+ 4.4	– 1 923	– 27.7
Mohn	1 855	0.1	1 141	0.1	34	0.0	+ 714	+ 62.6	+ 1 821	+ 5 355.9
Tabak	475	0.0	414	0.0	507	0.0	+ 61	+ 14.7	– 32	– 6.3
Alle anderen Handelsgewächse [5]	3 915	0.2	2 303	0.1	344	0.0	+ 1 612	+ 70.0	+ 3 571	+ 1 038.1
Handelsgewächse insgesamt	30 775	1.4	28 637	1.3	18 897	0.8	+ 2 138	+ 7.5	+ 11 878	+ 62.9
Klee und Kleegras	266 875	12.4	280 817	12.9	269 331	11.3	– 13 942	– 5.0	– 2 456	– 0.9
Ackerwiese und Ackerweide	26 709	1.2	25 277	1.2	5 121	0.2	+ 1 432	+ 5.7	+ 21 588	+ 421.6
Luzerne	79 998	3.7	84 681	3.8	71 437	3.0	– 4 683	– 5.5	+ 8 561	+ 12.0
Alle anderen Futterpflanzen [6]	73 226	3.4	58 021	2.7	33 596	1.4	+ 15 205	+ 26.2	+ 39 630	+ 118.0
Futterpflanzen insgesamt	446 808	20.7	448 796	20.6	379 485	15.9	– 1 988	– 0.4	+ 67 323	+ 17.7
Gründüngungspflanzen	3 046	0.1	2 747	0.1	546	0.0	+ 299	+ 10.9	+ 2 500	+ 457.9
Brachland	17 319	0.8	17 228	0.8	10 802	0.5	+ 91	+ 0.5	+ 6 517	+ 60.3
Ackerland zusammen	**2 159 734**	**100**	**2 180 812**	**100**	**2 374 457**	**100**	**– 21 078**	**– 1.0**	**– 214 723**	**– 9.0**

[1] Speiseerbsen, Speisebohnen, Linsen.
[2] Futtererbsen, Ackerbohnen, Hülsenfruchtgemenge, Wicken, Süß- und Bitterlupinen.
[3] Einschließlich der Flächen zur Samengewinnung.
[4] Mohrrüben, Futterkohl, Topinambur u. a.
[5] Zichorie, Körnersenf, Heil- und Gewürzpflanzen, Gräser zur Samengewinnung u. a.
[6] Serradella, Esparsette, Grünmais, Wicken, Lupinen, Mischfrucht usw. zur Grünfutter-, Gärfutter- und Heugewinnung.

Dem Hackfruchtbau (einschließlich Feldgemüsebau) wurde in diesem Jahr eine Fläche von 498 000 ha eingeräumt, das ist 23.0 vH des gesamten Ackerlandes. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Hackfruchtfläche um 4.3 vH, gegenüber dem Jahre 1938 um 3.5 vH vergrößert. Die wichtigste Hackfrucht ist nach wie vor die Kartoffel. Von der 277 000 ha umfassenden Kartoffelfläche werden 14 000 ha mit Frühkartoffeln bebaut. Die Kartoffelfläche im Jahre 1947 ist zwar um 5.1 vH größer als die im Jahre 1946, bleibt jedoch hinter der des Jahres 1938 um 12.1 vH zurück.

Der Zuckerrübenbau zeigt steigende Tendenz. Von der 17 000 ha betragenden Anbaufläche entfielen 217 ha auf den Zuckerrübensamenbau. Der diesjährige Zuckerrüben-

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/12/1947

anbau ist gegenüber dem Vorjahr um 14.5 vH, gegenüber dem Jahre 1938 um 24.8 vH ausgeweitet worden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Zuckerrübenfläche des Jahres 1938 für die Vorkriegszeit ungewöhnlich hoch war. Mit Futterrüben wurden 161 000 ha bestellt, davon 521 ha zur Samengewinnung. Gegenüber dem Vorjahr hat der Futterrübenanbau um 1.2 vH, gegenüber dem Jahre 1938 um 24.0 vH zugenommen. Auch der Anbau von Kohlrüben (als Viehfutter und für die menschliche Ernährung) war 1947 höher als in den Jahren 1946 und 1938. An sonstigen Hackfrüchten werden noch Futtermöhren, Futterkohl, Topinambur u. a. angebaut. Die Anbaufläche der Topinambur (knollige Sonnenblume) wurde in diesem Jahre zum erstenmal gesondert erhoben. Die nachgewiesene Fläche beträgt jedoch nur 282 ha.

Der Feldgemüsebau nimmt 25 000 ha oder 1.1 vH des Ackerlandes ein, das ist um 2.8 vH weniger als im Vorjahr, jedoch um 106.1 vH mehr als im Jahre 1938. In der angegebenen Fläche sind 476 ha Erdbeeranlagen enthalten.

Handelsgewächse wurden gezogen auf 31 000 ha oder 1.4 vH der Ackerfläche. Der Anbau von Handelsgewächsen war in diesem Jahre um 7.5 vH höher als im Vorjahr bzw. um 62.9 vH größer als im Jahre 1938. An der Gesamtfläche der Handelsgewächse haben die Ölfrüchte den höchsten Anteil. An Ölfrüchten werden namentlich angebaut: Raps 12 000 ha, Rübsen 2 000 ha — beide zu rund 90 vH als Winterfrucht — und Mohn 2 000 ha. Die heurige Raps- und Rübsenfläche war um 8.4 vH kleiner als die des Jahres 1946, lag jedoch um 257.2 vH über der Anbaufläche des Jahres 1938. Der Mohnanbau wurde im Vergleich zum Vorjahr um 62.6 vH vermehrt. Vor dem Kriege war in Bayern der Mohnanbau nahezu unbekannt. Im Jahre 1938 wurden nur 34 ha Mohn ermittelt. An Gespinstpflanzen werden Flachs und Hanf angebaut. Die heuer mit Flachs bebaute Fläche betrug nahezu 5 000 ha und war damit um 15.3 vH größer als die des Jahres 1946, blieb jedoch um 22.5 vH hinter jener des Jahres 1938 zurück. Der Hanfanbau war mit 556 ha verhältnismäßig gering. Die Hopfengärten nehmen mit 5 000 ha nur 0.2 vH des Ackerlandes ein, haben jedoch als Devisenbringer große volkswirtschaftliche Bedeutung. Im Jahre 1947 wurden 558 ha neue Hopfenanlagen errichtet. Die Hopfenfläche von 1947 ist um 4.4 vH größer als die im Vorjahr gemeldete, ist jedoch um 27.7 vH kleiner als die des Jahres 1938. Der erwerbsmäßige Tabakanbau beanspruchte in diesem Jahre eine Fläche von 475 ha. Von den übrigen Handelsgewächsen ist noch der Anbau von Zichorie (zur Bereitung von Kaffeersatz) mit 558 ha, der Senfanbau mit 1345 ha und der Anbau von Gräsern zur Samengewinnung mit 1 317 ha erwähnenswert.

Auf den Feldfutterbau entfallen 447 000 ha oder 20.7 vH des gesamten Ackerlandes. Die den Feldfutterpflanzen gewidmete Ackerfläche war in diesem Jahre um 20.4 vH kleiner als im Jahre 1946, überstieg jedoch die des Jahres 1938 um 17.7 vH. Die wichtigste Feldfutterpflanze in Bayern ist der Rotklee, mit dem allein 222 000 ha bestellt wurden. An zweiter Stelle steht die Luzerne mit 80 000 ha. Mehr als je 20 000 ha entfallen auf Kleegras, Wechselwiesen, Grünmais und Grünwicken.

Der Rest des Ackerlandes wurde mit Pflanzen zur Gründüngung (zum Unterpflügen) bestellt (3 000 ha) oder blieb als Brachland unbebaut (17 000 ha). Die im Jahre 1947 brachliegende Ackerfläche war nahezu gleich groß wie im Vorjahr, übersteigt jedoch das im Jahre 1938 ermittelte Brachland um 60.3 vH.

Fr. Heller

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/12/1947

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012			2013		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	April	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 539	12 443	12 520	12 449	12 454	12 460	12 522	12 525	12 533
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen [1]	Anzahl	4 924	4 940	5 148	2 087	2 897	3 797	1 840	3 178	3 512
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	*4,7*	*4,7*	*4,9*	*2,1*	*2,7*	*3,7*	…	…	…
* Lebendgeborene [2]	Anzahl	8 771	8 641	8 921	8 234	8 454	8 204	7 743	8 144	9 003
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*8,4*	*8,2*	*8,5*	*8,2*	*7,9*	*7,9*	…	…	…
* Gestorbene [3]	Anzahl	10 258	10 247	10 453	11 107	11 450	10 859	11 251	11 609	12 155
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*9,8*	*9,8*	*9,9*	*11,1*	*10,7*	*10,5*	…	…	…
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	27	23	19	24	19	18	26	17
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*2,9*	*3,1*	*2,6*	*2,3*	*2,8*	*2,3*	*2,0*	*3,0*	*2,0*
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	14	15	12	10	13	11	6	18	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*1,6*	*1,7*	*1,4*	*1,2*	*1,5*	*1,3*	*1,0*	*2,0*	*1,0*
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 487	-1 607	-1 532	-2 873	-2 996	-2 655	-3 508	-3 465	-3 152
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*- 1,4*	*- 1,5*	*- 1,5*	*- 2,9*	*- 2,8*	*- 2,6*	…	…	…
Totgeborene [2]	Anzahl	30	26	25	25	27	26	22	32	25
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	21 526	25 756	28 295	21 404	26 624	27 435	27 774	25 852	32 208
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	11 652	15 086	17 733	12 965	16 858	17 301	17 296	16 846	21 703
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	17 725	19 417	20 663	16 841	18 995	18 364	22 200	19 903	20 867
* darunter in das Ausland	Anzahl	8 746	10 028	11 391	9 383	10 396	9 430	12 927	11 332	11 558
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	9 875	10 670	10 563	8 439	9 766	10 134	10 478	9 006	10 505
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 979	9 389	9 272	7 458	8 599	8 934	9 273	8 571	9 309
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	3 801	6 339	7 632	4 563	7 629	9 071	5 574	5 949	11 341
* Innerhalb des Landes Umgezogene [4]	Anzahl	40 124	41 749	42 140	35 262	41 252	40 936	46 668	39 333	43 262

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2011		2012			
		Jahresdurchschnitt			Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt [5]										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort [6]	1 000	4 581,5	4 727,1	4 843,8	4 803,7	4 763,3	4 774,9	4 827,4	4 913,8	4 858,9
* Frauen	1 000	2 091,2	2 154,2	2 211,3	2 181,1	2 179,9	2 181,5	2 195,6	2 236,4	2 231,8
* Ausländer	1 000	371,6	406,9	451,1	422,2	415,0	430,5	450,9	466,6	456,2
* Teilzeitbeschäftigte [7]	1 000	878,0	…	…	…	…	…	…	…	…
* darunter Frauen [7]	1 000	741,6	…	…	…	…	…	…	…	…
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,8	22,7	23,3	24,5	20,4	22,7	24,7	25,0	20,9
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 580,5	1 615,3	1 647,8	1 645,2	1 622,3	1 626,6	1 645,7	1 672,9	1 646,0
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 321,1	1 347,4	1 373,5	1 364,5	1 361,3	1 361,6	1 366,6	1 384,8	1 381,1
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 246,5	1 279,7	1 304,7	1 295,8	1 293,7	1 293,5	1 297,7	1 315,3	1 312,3
* F Baugewerbe	1 000	259,3	267,8	274,3	280,7	261,0	265,0	279,0	288,1	264,9
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 978,8	3 087,3	3 169,6	3 131,8	3 116,5	3 122,4	3 154,0	3 212,8	3 189,1
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 019,9	1 048,6	1 072,1	1 067,8	1 059,3	1 056,4	1 068,3	1 088,1	1 075,5
* J Information und Kommunikation	1 000	151,6	161,4	168,1	162,3	162,8	165,1	166,2	170,3	170,6
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	185,4	185,2	186,8	186,5	185,7	185,6	185,2	188,0	188,3
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	26,4	27,4	29,3	27,6	28,0	28,7	29,1	29,7	29,6
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	508,1	552,5	578,3	566,4	555,3	564,2	576,7	593,5	578,6
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	917,9	941,2	962,5	948,1	954,3	951,0	955,5	968,4	975,1
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	169,5	171,2	172,6	173,1	171,2	171,3	173,0	174,8	171,3

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012		2013			
		Jahresdurchschnitt			August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Arbeitslose	1 000	299,6	254,3	248,8	249,5	237,5	247,1	249,3	264,1	253,6
* darunter Frauen	1 000	138,8	122,3	118,7	125,8	120,2	119,0	121,1	129,9	125,4
* Arbeitslosenquote insgesamt [8, 9]	%	*4,5*	*3,8*	*3,7*	3,7	3,5	3,6	3,6	3,8	3,6
* Frauen	%	*4,4*	*3,9*	*3,7*	3,9	3,7	3,6	3,7	4,0	3,8
* Männer	%	*4,5*	*3,7*	*3,6*	3,4	3,3	3,5	3,5	3,6	3,5
* Ausländer	%	*10,0*	*8,7*	*8,5*	8,2	8,0	8,2	8,2	8,5	8,4
* Jugendliche	%	*3,7*	*3,0*	*3,0*	3,9	3,2	2,7	3,1	4,1	3,4
* Kurzarbeiter [10]	1 000	89,5	22,3	18,2	6,7	8,1	…	…	…	…
* Gemeldete Stellen [11]	1 000	50,6	67,5	70,1	73,6	71,3	64,4	65,7	67,5	67,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012		2013			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Landwirtschaft										
Schlachtungen [1]										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	560,3	547,4	528,4	509,8	532,1	520,3	493,3	491,3	526,2
darunter Rinder	1 000	78,8	74,7	75,0	61,2	79,8	74,0	60,7	58,6	65,5
darunter Kälber [2]	1 000	2,2	2,1	1,8	1,5	1,5	1,5	1,4	1,3	1,4
Jungrinder [3]	1 000	0,5	0,5	0,6	0,5	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Schweine	1 000	470,5	461,4	442,3	436,6	442,7	437,4	421,7	424,2	450,8
Schafe	1 000	10,3	10,6	10,4	10,5	8,8	8,0	10,1	10,0	9,2
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	551,4	539,5	522,1	504,6	528,1	515,4	489,2	487,6	522,8
darunter Rinder	1 000	77,5	73,6	74,1	60,4	79,2	73,0	60,0	57,9	65,0
darunter Kälber [2]	1 000	2,0	1,9	1,7	1,3	1,4	1,4	1,3	1,2	1,3
Jungrinder [3]	1 000	0,4	0,4	0,5	0,4	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
Schweine	1 000	464,8	456,2	438,2	433,9	440,3	434,4	419,6	422,2	448,9
Schafe	1 000	8,7	9,1	9,2	9,7	8,0	7,2	9,1	7,1	8,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht [4]										
Rinder	kg	339,8	339,0	341,2	345,9	339,4	348,3	346,3	346,7	342,1
darunter Kälber [2]	kg	105,8	103,5	108,1	107,4	111,0	109,8	113,1	111,9	108,1
Jungrinder [3]	kg	186,4	183,1	186,2	181,2	194,1	183,4	176,0	171,1	188,6
Schweine	kg	94,7	94,9	95,4	95,0	94,5	96,3	96,4	95,4	94,3
Gesamtschlachtgewicht [5]										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	71,6	69,4	68,0	62,9	69,1	68,1	61,9	60,9	65,1
darunter Rinder	1 000 t	26,8	25,3	25,6	21,2	27,1	25,7	21,0	20,3	22,4
darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	44,6	43,8	42,2	41,5	41,8	42,1	40,6	40,5	42,5
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	70,6	68,5	67,4	62,4	68,7	67,5	61,4	60,5	64,7
* darunter Rinder	1 000 t	26,4	25,0	25,3	20,9	26,9	25,4	20,8	20,1	22,2
* darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
* Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	44,2	43,3	41,8	41,2	41,6	41,8	40,4	40,3	42,3
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze [6]	1 000	3 555	3 731	3 900	3 921	3 886	3 926	3 984	3 989	3 991
Legehennenbestand [6]	1 000	2 894	3 249	3 431	3 434	3 405	3 544	3 418	3 381	3 442
* Konsumeier [6]	1 000	70 293	81 101	86 410	86 894	85 862	90 587	90 093	78 311	86 514
* Geflügelfleisch [7]	1 000 t	11,5	12,6	13,3	13,2	13,4	13,8	13,6	12,6	13,9
Getreideanlieferungen [8, 9]										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	9,3r	8,2	8,8	3,2	31,7	3,9	4,7	…	…
Weizen	1 000 t	153,4	132,1	129,9	101,1	163,0	57,4	60,8	…	…
Gerste	1 000 t	42,6	46,4	33,5	23,7	109,0	14,2	17,0	…	…
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	1,7	1,6	0,9	1,8	1,1	0,7	…	…
Vermahlung von Getreide [8, 9]										
Getreide insgesamt	1 000 t	97,4	98,5	96,6	96,4	98,7	84,7	100,2	…	…
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,9	12,1	11,4	11,4	11,9	9,2	10,6	…	…
Weizen und -gemenge	1 000 t	85,5	86,5	85,5	85,1	86,9	75,5	89,6	…	…
Vorräte in zweiter Hand [8, 9]										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	35,4	37,1	46,3	22,6	43,0	33,2	28,3	…	…
Weizen	1 000 t	452,4	518,1	511,3	338,1	302,8	371,2	321,3	…	…
Gerste	1 000 t	346,9	359,9	320,3	199,0	274,1	205,8	170,0	…	…
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	9,3	7,8	8,7	3,6	4,1	8,7	8,2	…	…
Mais	1 000 t	91,3	115,8	147,0	87,7	68,3	120,9	95,3	…	…
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	…	…	…	2 142r	2 241r	1 943	2 125	2 043	2 505
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	…	…	…	167	190r	128	142	156	199
11 bis 13	1 000 hl	…	…	…	1 954r	2 030r	1 788	1 960	1 868	2 287
14 oder darüber	1 000 hl	…	…	…	21	21	26	23	19	19
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	…	…	…	474r	503	400	445	472	547
dav. in EU-Länder	1 000 hl	…	…	…	311r	335	244	274	300	340
in Drittländer	1 000 hl	…	…	…	163	168	156	171	172	207

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygienerecht im Besitz einer Zulassung sind.
8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.
9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012		2013			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gewerbeanzeigen [1]										
* Gewerbeanmeldungen [2]	1 000	12,5 r	12,0	11,0	10,5	11,4	11,7	10,4	10,1	12,5
* Gewerbeabmeldungen [3]	1 000	9,8 r	9,7	9,6	8,3	9,7	8,7	8,1	8,3	10,0
		2011	2012	2012			2013			
		Monatsdurchschn.		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 766	3 839	3 860	3 859	3 859	3 890	3 891	3 890	3 888
* Beschäftigte	1 000	1 056	1 088	1 082	1 085	1 091	1 090	1 090	1 089	1 094
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	362	372	371	371	373	373	373	372	374
Investitionsgüterproduzenten	1 000	499	516	512	514	518	522	522	522	523
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	40	40	39	40	35	35	35	35
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	156	159	157	158	159	157	157	158	160
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	137 143	139 399	138 983	135 397	146 384	147 838	129 780	139 169	153 191
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 066	4 250	4 244	4 611	4 317	4 339	4 707	4 505	4 830
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 391	26 746	26 868	26 990	27 423	27 991	26 044	27 251	28 537
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 080	6 822	7 094	7 104	7 172	7 130	6 852	6 933	7 387
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	14 779	15 217	15 048	15 299	15 376	16 259	14 695	15 684	16 139
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 962	3 042	3 090	3 024	3 136	3 039	3 021	3 063	3 362
* Energie	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 974	14 213	14 119	14 338	14 349	15 459	14 181	14 708	15 205
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*113,9*	*113,9*	*113,8*	*112,7*	*118,7*	*119,3*	*109,8*	*117,2*	*123,2*
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*120,2*	*107,5*	*123,1*	*125,2*	*129,6*	*117,2*	*112,4*	*124,6*	*136,3*
Verarbeitendes Gewerbe	%	*113,9*	*113,9*	*113,8*	*112,7*	*118,7*	*119,3*	*109,8*	*117,2*	*123,2*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*127,7*	*123,4*	*127,1*	*124,6*	*131,1*	*128,0*	*122,2*	*129,0*	*135,8*
Investitionsgüterproduzenten	%	*116,2*	*120,6*	*118,1*	*119,4*	*124,7*	*128,0*	*112,0*	*122,7*	*127,5*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*117,1*	*111,1*	*110,6*	*109,6*	*117,4*	*108,3*	*93,0*	*108,9*	*117,8*
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*88,5*	*88,8*	*91,2*	*90,0*	*94,2*	*88,8*	*85,6*	*87,4*	*96,7*
Energie	%	*90,9*	*82,0*	*76,4*	*65,5*	*76,9*	*93,7*	*100,2*	*97,4*	*98,7*
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe [5] insgesamt	%	*123,3*	*121,8*	*118,8*	*121,2*	*121,6*	*127,3*	*120,3*	*129,5*	*130,8*
Inland	%	*118,9*	*114,9*	*110,5*	*112,6*	*119,9*	*118,9*	*105,1*	*112,6*	*123,7*
Ausland	%	*126,4*	*126,7*	*124,8*	*127,3*	*122,8*	*133,4*	*131,3*	*141,8*	*135,9*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*132,6*	*121,2*	*124,8*	*118,0*	*123,3*	*137,2*	*126,2*	*130,1*	*134,7*
Investitionsgüterproduzenten	%	*120,1*	*122,9*	*117,3*	*124,1*	*121,3*	*124,9*	*119,6*	*131,6*	*130,2*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*115,1*	*110,5*	*105,8*	*105,0*	*106,7*	*107,1*	*93,5*	*98,4*	*103,6*
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*110,2*	*109,0*	*103,5*	*97,4*	*121,8*	*102,0*	*98,4*	*100,2*	*125,9*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.
2 Vormals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeanmeldungen insgesamt.
3 Vormals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übergaben), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.
4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.
5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

	Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012		2013			
			Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Baugewerbe [1]										
*	Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau [2]										
*	Beschäftigte im Bauhauptgewerbe [3]	Anzahl	125 927	128 467	130 624	133 201	133 486	132 089	133 082	133 189	133 839
*	Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 890	12 887	12 481	14 323	16 078	14 764	13 428	14 618	16 760
*	dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 220	5 737	5 600	6 455	7 270	6 703	6 131	6 669	7 686
*	gewerblichen und industriellen Bau [4]	1 000	3 283	3 591	3 506	3 948	4 250	4 123	3 696	3 792	4 390
*	Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 387	3 558	3 376	3 921	4 558	3 938	3 601	4 157	4 684
*	Entgelte	Mill. €	285,1	299,2	310,5	323,5	332,2	325,2	340,0	324,3	350,6
*	Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 288,8	1 446,4	1 482,4	1629,6	1935,8	1 394,5	1 469,4	1618,1	1942,7
*	dav. Wohnungsbau	Mill. €	471,8	560,9	573,4	633,8	743,3	535,1	572,9	608,9	784,1
*	gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	435,9	486,4	507,8	542,4	643,0	482,5	494,3	528,6	610,9
*	öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	381,1	399,0	401,2	453,4	549,5	376,8	402,2	480,6	547,7
	Messzahlen (2005 ≙ 100)										
*	Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	*106,2*	*116,9*	*124,8*	128,8	139,7	*151,9*	*121,1*	*156,7*	*140,9*
*	davon Wohnungsbau	Messzahl	*97,9*	*111,0*	*119,3*	121,6	118,6	*133,6*	*106,1*	*142,6*	*157,6*
	gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	*115,1*	*130,1*	*130,3*	128,2	127,1	*136,5*	*119,7*	*183,5*	*136,1*
	öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	*103,0*	*108,0*	*123,2*	134,4	166,8	*179,8*	*132,8*	*140,0*	*134,1*
	darunter Straßenbau	Messzahl	*108,6*	*110,9*	*133,9*	180,4	166,5	*227,5*	*181,2*	*171,9*	*186,0*
*	Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe [5, 6]										
*	Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	47 843	48 891	50 226	50 029	.	.	.	58 710	.
*	Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 830	5 040	5 110	15 197	.	.	.	18 141	.
	Entgelte	Mill. €	111,9	117,3	122,9	361	.	.	.	442,1	.
	Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	492,3	515,8	514,3	1 465,1	.	.	.	1 704,3	.
	Energie- und Wasserversorgung										
*	Betriebe	Anzahl	257	258	253	253	253	254	254	254	254
*	Beschäftigte	Anzahl	29 688	30 060	29 895	29 741	29 682	29 771	29 670	29 691	29 638
*	Geleistete Arbeitsstunden [7]	1000	3 678	3 675	3 621	3 419	3 957	3 777	3 277	3 535	3 983
*	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	117	122	124	129	113	144	122	127	119
*	Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	6 394,8	5 908,6	6 055,2	6 062,2	4 746,8	5 146,3	5 207,4	4 990,8	...
	Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	6 090,6	5 601,2	5 749,6	5 757,3	4 518,1	4 877,0	4 944,6	4 740,3	...
	dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	569,3	509,2	520,7	330,1	275,9	409,2	369,9	337,6	...
	Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	1 075,2	999,4	1014,3	583,9	507,7	1 036,8	846,9	660,0	...
	Handwerk (Messzahlen) [9]										
*	Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	.	.	.	*99,5*	.	.	.	*100,2*	.
*	Umsatz [10] (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	.	.	.	*107,4*	.	.	.	*107,0*	.
	Bautätigkeit und Wohnungswesen										
	Baugenehmigungen										
*	Wohngebäude [11] (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 748	2 013	1 901	2 142	2 242	2 259	2 123	2 084	2 392
*	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 586	1 807	1 681	1 926	1 965	2 006	1 869	1 803	2 074
*	Umbauter Raum	1 000 m³	2 109	2 523	2 465	2 667	2 887	3 022	2 733	2 854	3 332
*	Veranschlagte Baukosten	Mill. €	568	718	716	770	818	872	785	858	975
*	Wohnfläche [12]	1 000 m²	359	433	427	458	499	519	473	486	573
*	Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	811	815	726	906	848	829	820	849	877
*	Umbauter Raum	1 000 m³	4 118	4 460	4 187	6 411	4 377	4 070	3 614	4 186	6 282
*	Veranschlagte Baukosten	Mill. €	460	599	569	716	685	572	432	530	664
*	Nutzfläche	1 000 m²	591	658	606	885	650	597	553	620	833
*	Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 536	4 381	4 416	4 698	4 824	5 356	4 754	4 950	5 933
*	Wohnräume [13] insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	16 564	19 585	18 922	20 214	22 384	22 652	20 527	21 281	24 971

			2010	2011	2012 [14]	2012 [14]		2013 [14]			
	Handel und Gastgewerbe		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
	Außenhandel										
*	**Einfuhr insgesamt** (Generalhandel) [15]	Mill. €	10 965,9	12 168,8	12 320,5	12 200,5	12 643,4	12 254,1	12 568,7	12 033,2	12 579,6
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	566,0	615,4	597,6	678,8	555,0	640,2	615,4	648,2	636,5
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 533,2	10 833,0	10 687,3	10 453,8	11 031,2	10 583,6	10 964,1	10 408,9	10 953,6
*	davon Rohstoffe	Mill. €	1 219,2	1 565,4	1 657,7	1 329,6	1 948,1	1 258,8	1 349,1	1 357,7	2 062,4
*	Halbwaren	Mill. €	444,2	529,7	519,3	557,3	553,5	548,7	619,5	518,5	534,9
*	Fertigwaren	Mill. €	7 869,1	8 737,9	8 510,3	8 566,9	8 529,5	8 776,1	8 995,5	8 532,8	8 356,4
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	844,2	964,2	963,4	1 001,0	886,6	1 128,4	1 134,7	1 197,6	927,0
*	Enderzeugnisse	Mill. €	7 025,0	7 773,7	7 547,0	7 565,9	7 642,9	7 647,7	7 860,8	7 335,2	7 429,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.
3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.
4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.
5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.
6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.
7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.
8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kj/m³.
9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.
10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.
11 Einschl. Wohnheime.
12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.
13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.
14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012 [1]	2012 [1]		2013 [1]			
			Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
	Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
	darunter [2] aus										
*	Europa[3]	Mill. €	7 677,5	8 535,2	8 266,6	8 409,5	8 276,7	8 729,9	8 707,6	8 279,3	8 476,7
*	dar. aus EU-Ländern[4] insgesamt	Mill. €	6 229,7	6 812,8	6 878,6	6 920,6	7 018,2	7 517,5	7 408,2	7 061,1	7 082,1
	dar. aus Belgien	Mill. €	272,8	309,2	322,1	316,7	341,2	352,9	374,0	311,2	379,6
	Bulgarien	Mill. €	25,9	28,3	32,0	32,4	32,6	28,6	33,8	24,4	27,1
	Dänemark	Mill. €	60,6	61,3	64,5	67,2	57,8	60,1	55,2	57,3	56,5
	Finnland	Mill. €	37,2	41,0	39,1	39,7	41,1	34,6	37,4	32,7	37,5
	Frankreich	Mill. €	514,7	558,4	544,7	534,2	558,9	556,7	524,2	504,7	521,7
	Griechenland	Mill. €	32,8	31,1	25,9	24,9	23,6	24,3	27,0	26,0	27,5
	Irland	Mill. €	174,8	174,9	190,3	182,6	155,2	305,1	185,9	241,4	81,9
	Italien	Mill. €	783,7	864,5	875,3	937,1	933,3	912,3	837,0	907,1	909,2
	Luxemburg	Mill. €	19,1	19,6	19,1	19,1	18,7	22,0	18,3	17,0	19,3
	Niederlande	Mill. €	536,6	589,9	596,6	591,1	608,9	657,9	624,0	619,3	642,2
	Österreich	Mill. €	1 171,9	1 256,1	1 237,8	1 280,5	1 290,2	1 355,0	1 349,5	1 211,4	1 263,6
	Polen	Mill. €	280,1	335,6	361,2	354,4	361,2	403,2	390,7	383,5	408,4
	Portugal	Mill. €	42,9	47,5	53,9	49,8	52,1	68,5	66,1	62,5	66,8
	Rumänien	Mill. €	155,8	176,4	174,9	178,3	184,2	165,7	165,2	145,3	151,6
	Schweden	Mill. €	106,0	97,1	108,6	106,3	99,8	112,7	146,5	222,7	144,4
	Slowakei	Mill. €	203,5	240,0	249,4	286,0	270,0	246,6	259,6	233,9	242,4
	Slowenien	Mill. €	70,3	74,8	80,7	85,8	83,5	81,1	75,4	81,2	75,1
	Spanien	Mill. €	200,6	214,2	226,1	235,6	223,0	300,2	314,3	298,4	311,1
	Tschechische Republik	Mill. €	762,8	793,9	814,1	795,6	818,3	842,4	841,9	773,7	761,3
	Ungarn	Mill. €	405,4	456,1	451,0	467,0	456,6	477,9	478,6	452,9	459,7
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	334,5	404,7	376,0	301,6	371,4	475,5	567,3	417,3	459,7
	Russische Föderation	Mill. €	582,8	698,7	713,8	800,7	602,0	520,3	588,1	581,1	702,6
*	Afrika[3]	Mill. €	324,0	413,5	557,8	379,2	854,5	501,4	509,7	394,4	725,7
	dar. aus Südafrika	Mill. €	47,2	46,4	41,3	31,9	47,9	31,5	44,3	37,0	30,9
*	Amerika	Mill. €	881,9	998,6	993,2	1 171,3	895,3	991,6	1 046,5	991,7	824,6
	darunter aus den USA	Mill. €	726,1	811,9	828,4	987,5	743,3	860,5	869,5	842,4	679,1
*	Asien[3]	Mill. €	2 064,4	2 203,9	2 488,6	2 226,5	2 601,6	2 022,9	2 294,3	2 352,4	2 538,2
	darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 068,2	1 141,0	1 057,8	1 034,5	1 097,6	840,4	854,7	891,3	888,6
	Japan	Mill. €	282,1	304,5	272,4	269,0	261,9	241,4	255,9	228,7	226,2
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	18,2	17,7	14,4	14,0	15,3	8,4	10,5	15,4	14,5
*	**Ausfuhr insgesamt** (Spezialhandel) [5]	Mill. €	12 095,4	13 316,4	13 850,7	14 117,9	13 477,8	14 714,9	14 603,3	13 624,0	14 092,7
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	574,4	645,4	667,4	670,7	684,2	704,5	673,0	711,7	686,2
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 092,4	12 368,9	12 616,0	12 863,6	12 207,5	13 451,4	13 381,9	12 389,3	12 847,0
*	davon Rohstoffe	Mill. €	72,8	82,0	73,9	79,9	81,2	73,8	78,4	85,0	71,3
*	Halbwaren	Mill. €	511,9	580,8	552,0	564,2	553,2	564,6	522,8	540,7	590,8
*	Fertigwaren	Mill. €	10 507,6	11 706,0	11 990,1	12 219,5	11 573,1	12 813,0	12 780,6	11 763,6	12 184,9
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	938,5	1 039,7	1 010,4	1 110,6	1 070,9	1 048,2	1 029,9	1 037,0	1 044,4
*	Enderzeugnisse	Mill. €	9 569,2	10 666,3	10 979,7	11 108,9	10 502,2	11 764,9	11 750,7	10 726,6	11 140,5
	darunter [2] nach										
*	Europa[3]	Mill. €	7 981,2	8 625,4	8 678,7	9 084,8	8 555,9	9 341,2	9 175,4	8 668,2	8 913,8
*	dar. in EU-Länder[4] insgesamt	Mill. €	6 896,4	7 306,5	7 359,4	7 690,8	7 184,5	7 977,9	7 773,0	7 342,5	7 611,4
	dar. nach Belgien	Mill. €	384,5	438,1	576,8	681,5	592,8	876,0	695,0	613,3	481,7
	Bulgarien	Mill. €	22,7	25,9	30,1	37,3	25,3	28,9	26,9	28,8	31,4
	Dänemark	Mill. €	98,7	102,1	117,2	113,3	123,1	114,4	131,9	109,8	125,6
	Finnland	Mill. €	89,0	93,6	97,7	90,3	88,7	109,4	122,3	92,2	95,1
	Frankreich	Mill. €	888,7	950,5	961,5	967,6	932,4	1 057,0	1 038,6	917,3	1 089,0
	Griechenland	Mill. €	58,7	49,3	44,7	54,3	43,8	46,0	48,4	42,3	58,9
	Irland	Mill. €	47,4	49,4	51,4	50,2	47,5	65,5	59,2	56,1	51,3
	Italien	Mill. €	932,5	962,5	887,5	918,5	864,2	925,3	873,6	887,8	949,2
	Luxemburg	Mill. €	40,8	42,9	39,2	42,3	40,3	42,4	41,7	39,1	42,4
	Niederlande	Mill. €	485,6	494,7	482,1	549,1	457,9	491,3	475,9	471,9	481,5
	Österreich	Mill. €	1 065,2	1 148,9	1 146,3	1 149,5	1 151,6	1 138,4	1 124,5	1 067,6	1 153,1
	Polen	Mill. €	325,9	366,2	356,3	376,7	364,6	400,7	383,0	383,0	389,0
	Portugal	Mill. €	101,5	84,3	78,4	85,6	73,2	83,3	94,2	91,2	86,3
	Rumänien	Mill. €	103,6	120,8	129,0	132,5	124,7	124,0	133,1	133,8	127,5
	Schweden	Mill. €	218,2	242,8	258,2	273,8	219,2	260,0	285,4	257,0	252,9
	Slowakei	Mill. €	130,1	159,3	153,4	168,3	163,2	148,2	159,8	151,8	162,7
	Slowenien	Mill. €	49,0	55,1	56,1	63,8	54,9	52,7	58,8	53,7	55,1
	Spanien	Mill. €	421,8	425,7	364,1	399,1	363,3	361,9	361,1	386,1	373,2
	Tschechische Republik	Mill. €	389,4	426,3	427,4	418,6	436,8	426,2	449,2	424,1	457,3
	Ungarn	Mill. €	198,2	197,6	207,0	228,1	214,6	214,7	216,0	215,9	218,6
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	792,5	811,7	835,1	829,9	733,6	948,6	926,6	857,1	863,9
	Russische Föderation	Mill. €	239,5	338,8	386,2	402,3	385,6	364,5	377,0	373,7	357,1
*	Afrika[3]	Mill. €	234,7	243,3	268,4	240,5	314,0	291,5	287,5	292,0	294,8
	dar. nach Südafrika	Mill. €	93,6	112,1	122,4	114,6	133,3	121,8	123,8	146,1	140,6
*	Amerika	Mill. €	1 539,7	1 735,7	2 028,0	1 881,4	1 782,9	2 115,4	2 157,2	1 929,5	1 970,5
	darunter in die USA	Mill. €	1 143,2	1 282,1	1 523,7	1 391,1	1 284,7	1 548,0	1 552,2	1 392,0	1 415,2
*	Asien[3]	Mill. €	2 217,8	2 585,9	2 743,3	2 779,9	2 702,7	2 816,7	2 830,3	2 601,5	2 771,5
	darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	970,3	1 184,5	1 236,8	1 329,5	1 298,3	1 287,0	1 335,0	1 205,3	1 315,5
	nach Japan	Mill. €	227,3	256,6	301,3	264,1	264,2	274,5	272,4	240,9	268,2
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	121,9	126,1	132,3	131,3	122,4	149,7	149,6	132,8	142,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27. Ab Juli 2013 EU 28.
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012 [1]	2012 [1]		2013 [1]			
			Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Großhandel (2005 ≙ 100) [2, 3]										
*	Index der Großhandelsumsätze nominal	%	*109,6*	*118,0*	*118,0*	*117,6*	*120,0*	*119,0*	*113,0*	*116,4*	*124,1*
*	Index der Großhandelsumsätze real [4]	%	*98,8*	*102,3*	*100,9*	*101,4*	*102,6*	*100,1*	*94,5*	*99,7*	*104,8*
*	Index der Beschäftigten im Großhandel	%	*96,4*	*99,3*	*100,8*	*100,2*	*100,3*	*100,1*	*100,1*	*100,1*	*100,4*
	Einzelhandel (2010 ≙ 100) [2, 5]										
*	Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	*100,0*	*103,6*	*107,4*	*105,2*	*105,6*	*110,1*	*108,9*	*105,8*	*110,7*
	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art [6]	%	*100,0*	*103,0*	*107,2*	*107,7*	*105,2*	*106,9*	*110,3*	*108,9*	*113,4*
	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren [6]	%	*100,0*	*102,9*	*106,6*	*112,5*	*110,6*	*106,1*	*111,7*	*113,4*	*117,7*
	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln [6]	%	*100,0*	*102,5*	*106,2*	*103,6*	*107,8*	*110,0*	*105,8*	*101,7*	*115,2*
	Sonstiger Facheinzelhandel [6]	%	*100,0*	*103,7*	*107,9*	*103,3*	*107,4*	*115,3*	*110,7*	*104,2*	*112,7*
	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	*100,0*	*109,1*	*119,4*	*112,1*	*117,4*	*130,3*	*120,6*	*117,9*	*118,3*
*	Index der Einzelhandelsumsätze real [4]	%	*100,0*	*102,2*	*103,9*	*101,8*	*102,9*	*104,6*	*103,4*	*100,5*	*105,9*
*	Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	*100,0*	*101,6*	*103,6*	*103,3*	*103,0*	*104,2*	*104,2*	*104,4*	*104,3*
	Kfz-Handel (2010 ≙ 100) [2, 7]										
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	*100,0*	*105,1*	*102,5*	*103,8*	*108,0*	*115,1*	*105,1*	*105,2*	*110,7*
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel real [4]	%	*100,0*	*103,7*	*100,3*	*101,8*	*105,6*	*112,3*	*102,7*	*103,3*	*108,4*
*	Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	*100,0*	*103,1*	*105,2*	*104,3*	*104,0*	*105,1*	*105,2*	*104,9*	*104,7*
	Gastgewerbe (2010 ≙ 100) [2]										
*	Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	*100,0*	*104,9*	*111,5*	*114,8*	*126,7*	*109,9*	*117,3*	*119,1*	*130,4*
	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	*100,0*	*104,8*	*115,7*	*122,8*	*133,8*	*116,8*	*119,6*	*127,9*	*136,0*
	Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	*100,0*	*99,3*	*110,8*	*132,3*	*130,3*	*90,4*	*88,3*	*107,5*	*128,3*
	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	*100,0*	*104,9*	*107,8*	*108,4*	*120,2*	*103,1*	*116,4*	*112,8*	*125,4*
	Sonstiges Gaststättengewerbe	%	*100,0*	*105,0*	*108,1*	*108,8*	*120,3*	*103,1*	*116,6*	*112,8*	*125,4*
	Kantinen und Caterer	%	*100,0*	*105,8*	*112,1*	*112,1*	*125,6*	*123,6*	*110,1*	*117,1*	*125,8*
*	Index der Gastgewerbeumsätze real [4]	%	*100,0*	*103,4*	*107,7*	*110,6*	*122,8*	*104,1*	*111,1*	*112,0*	*123,1*
*	Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	*100,0*	*101,2*	*103,8*	*106,2*	*107,2*	*103,5*	*106,1*	*106,8*	*108,4*
	Fremdenverkehr [8]										
*	Gästeankünfte	1 000	2 356	2 486	2 596	2 947	3 562	2 318	2 830	2 958	3 666
*	darunter Auslandsgäste	1 000	541	561	608	687	987	571	627	724	1 011
*	Gästeübernachtungen	1 000	6 485	6 746	7 001	7 881	9 689	5 813	7 575	7 591	9 812
*	darunter Auslandsgäste	1 000	1 122	1 174	1 274	1 401	2 026	1 204	1 298	1 470	2 043
	Verkehr										
	Straßenverkehr										
*	Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt [9]	Anzahl	52 766	60 532	58 694	68 448	62 159	69 859	62 931	68 714	63 416
	darunter Krafträder [10]	Anzahl	2 752	2 873	2 974	4 020	3 749	6 702	4 617	3 830	4 266
*	Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	45 389	51 910	50 208	58 406	52 550	56 527	53 088	59 124	53 137
*	Lastkraftwagen	Anzahl	3 233	3 999	3 722	4 153	3 815	4 248	3 303	4 007	3 742
	Zugmaschinen	Anzahl	1 114	1 450	1 472	1 530	1 695	1 999	1 577	1 413	1 823
	sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	196	204	219	258	281	251	263	248	380
	Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)[11]	1 000	101 783	105 172	105 929	313 016	.	.	.	315 790	.
	davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	90 223	91 334	92 337	271 678	.	.	.	273 551	.
	private Unternehmen	1 000	11 560	13 838	13 592	41 338	.	.	.	42 238	.
*	Straßenverkehrsunfälle insgesamt [12]	Anzahl	29 739	29 227	30 364	30 586	33 649	29 585	30 847	32 172	33 959
*	davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 247	4 427	4 354	5 259	5 809	3 767	4 332	5 407	6 315
	mit nur Sachschaden	Anzahl	25 491	24 800	26 011	25 327	27 840	25 818	26 515	26 765	27 644
*	Getötete Personen [13]	Anzahl	58	65	55	85	77	44	57	70	88
*	Verletzte Personen	Anzahl	5 639	5 857	5 790	6 805	7 518	4 922	5 641	7 014	7 941
	Luftverkehr Fluggäste										
	Flughafen München Ankunft	1 000	1 438	1 569	1 594	1 776	1 770	1 588	1 694	1 811	…
	Abgang	1 000	1 438	1 564	1 589	1 672	1 822	1 547	1 741	1 725	…
	Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	167	164	149	160	150	149	133	149	…
	Abgang	1 000	168	164	148	150	157	145	148	144	…
	Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	37	31	36	47	46	35	44	45	…
	Abgang	1 000	38	32	36	43	49	36	48	41	…
	Eisenbahnverkehr [14]										
	Güterempfang	1 000 t	2 318	2 578	2 501	2 599	2 691	2 595	2 534	2 515	…
	Güterversand	1 000 t	2 046	2 043	1 902	1 874	1 873	2 056	2 051	2 022	…
	Binnenschifffahrt										
*	Güterempfang insgesamt	1 000 t	448	452	432	462	574	299	415	305	521
	davon auf dem Main	1 000 t	239	250	252	301	329	198	255	197	241
	auf der Donau	1 000 t	209	201	181	161	245	100	160	108	280
*	Güterversand insgesamt	1 000 t	300	270	277	316	409	156	250	185	292
	davon auf dem Main	1 000 t	205	189	180	219	246	129	181	123	183
	auf der Donau	1 000 t	95	80	96	97	163	28	69	62	110

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel und Kfz-Handel in Preisen von 2010, Großhandel und Gastgewerbe in Preisen von 2005.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

	Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012		2013			
			Monatsdurchschnitt [1]			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Geld und Kredit										
	Kredite und Einlagen [2, 3]										
	Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 547	486 599	483 106	481 758	.	.	.	478 646	.
	dar. Kredite an inländische Nichtbanken [4]	Mill. €	402 963	414 052	413 420	411 177	.	.	.	420 249	.
	dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	74 032	78 921	66 245	63 900	.	.	.	63 727	.
	Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	54 140	52 326	55 093	52 734	.	.	.	56 348	.
	öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	19 893	26 595	11 153	11 166	.	.	.	7 379	.
	mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [7]	Mill. €	60 476	59 421	61 530	61 642	.	.	.	58 652	.
	Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	57 979	56 463	58 519	58 603	.	.	.	56 021	.
	öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	2 498	2 958	3 011	3 039	.	.	.	2 631	.
	langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [8]	Mill. €	349 039	348 257	355 331	356 216	.	.	.	356 267	.
	Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	315 327	313 850	321 680	322 417	.	.	.	322 817	.
	öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	33 713	34 407	33 651	33 799	.	.	.	33 450	.
	Einlagen von Nichtbanken insgesamt [9] (Monatsende)	Mill. €	536 254	560 515	578 378	577 287	.	.	.	589 957	.
	davon Sicht- und Termineinlagen [10]	Mill. €	416 578	437 127	452 972	452 281	.	.	.	465 601	.
	von Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	395 130	403 499	419 187	414 489	.	.	.	431 320	.
	von öffentlichen Haushalten [6]	Mill. €	21 448	33 627	33 785	37 792	.	.	.	34 281	.
	Spareinlagen	Mill. €	119 676	123 389	125 405	125 006	.	.	.	124 356	.
	darunter bei Sparkassen	Mill. €	48 799	49 994	49 593	49 457	.	.	.	49 328	.
	bei Kreditbanken	Mill. €	28 492	29 793	31 565	31 360	.	.	.	30 373	.
	Zahlungsschwierigkeiten										
*	Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 583	1 491	1 382	1 425	1 492	1 371	1 207	1 237	1 527
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	137	113	109	113	140	84	111	76	116
*	davon Unternehmen	Anzahl	320	284	274	286	271	292	277	242	272
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	101	81	77	83	78	64	87	54	75
*	Verbraucher	Anzahl	946	908	825	861	861	801	676	743	910
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	2	2	1	2	-	1	1	-
*	ehemals selbständig Tätige	Anzahl	282	261	251	246	309	247	225	218	302
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	22	19	20	19	42	16	15	12	26
*	sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	Anzahl	36	38	32	32	51	31	29	34	43
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12	10	9	10	18	4	8	9	15
*	Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	389 469	315 812	490 994	374 750	271 946	252 088	316 933	304 838	632 802
	davon Unternehmen	1 000 €	251 491	196 827	382 936	252 976	154 886	162 915	229 928	180 625	517 185
	Verbraucher	1 000 €	59 979	52 915	44 660	44 109	46 515	37 901	34 039	38 675	57 737
	ehemals selbständig Tätige	1 000 €	61 717	51 332	50 859	69 568	49 878	40 604	47 557	75 816	54 062
	sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	1 000 €	16 198	14 739	12 539	8 096	20 666	10 668	5 409	9 723	3 819
	Öffentliche Sozialleistungen										
	Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
	Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	152,6	117,1	120,2	103,7	108,4	135,0	122,6	118,0	…
	Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	198,6	136,1	134,1	119,6	115,1	179,2	148,5	133,3	132,5
	Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) [12]										
	Bedarfsgemeinschaften	1 000	266,7	245,0	232,3	232,9	231,5	236,4	234,6	…	…
	Leistungsempfänger	1 000	492,7	445,6	420,4	421,4	419,1	428,4	425,4	…	…
	davon von Arbeitslosengeld II	1 000	351,9	317,7	298,7	299,8	297,9	304,4	302,0	…	…
	Sozialgeld	1 000	140,8	127,9	121,7	121,6	121,,2	124,1	123,5	…	…
	Steuern										
	Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	3 650,3	4 054,7	4 320,8	6 996,2	3 715,7	3 848,6	3 671,1	7 479,7	3 839,7
	davon Lohnsteuer	Mill. €	2 522,5	2 701,1	2 897,6	2 795,6	3 198,5	2 884,7	3 157,5	3 207,5	3 081,3
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	543,6	557,2	633,2	1 925,5	- 105,0	246,6	235,3	2 161,2	- 66,8
	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	248,7	341,8	421,2	1 146,2	610,1	297,5	473,5	945,2	626,6
	Abgeltungsteuer	Mill. €	118,3	109,1	109,3	35,5	57,9	84,1	57,4	87,5	112,8
	Körperschaftsteuer	Mill. €	217,2	345,5	259,5	1 093,4	- 45,8	335,7	- 252,6	1 078,3	85,8
	Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 618,0	1 676,3	1 731,0	1 537,2	1 760,7	1 186,1	2 035,1	1 827,9	1 862,3
	Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Bundessteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	darunter Mineralölsteuer	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Solidaritätszuschlag	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Landessteuern	Mill. €	199,4	204,0	221,1	189,0	234,9	230,2	232,0	211,5	250,5
	darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	78,3	70,6	83,0	60,7	103,7	94,8	80,9	75,2	103,6
	Grunderwerbsteuer	Mill. €	86,6	98,2	104,4	93,4	98,5	103,3	114,1	96,4	113,4
	Biersteuer	Mill. €	12,7	12,7	12,5	15,0	13,8	11,8	12,8	14,0	12,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlangen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012		2013			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern [1, 2, 3]	Mill. €	660,5	758,9	779,7	2 397,6	.	.	.	2 761,9	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,9	7,0	7,0	22,1	.	.	.	29,3	.
Grundsteuer B	Mill. €	128,6	130,5	133,6	432,0	.	.	.	453,9	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	521,0	617,4	634,9	1 930,6	.	.	.	2 264,8	.
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 390,0	1 576,2	1 682,1	2 968,4	1 430,6	1 490,5	1 210,8	3 152,1	1 517,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6]	Mill. €	20,8	23,2	26,1	0,0	76,5	84,0	0,0	0,0	87,3
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 409,1	1 570,1	1 644,9	2 968,4	1 430,6	1 490,5	1 047,8	3 152,1	1 517,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6, 7]	Mill. €	81,0	88,6	98,3	0,0	262,6	278,0	37,7	0,0	297,3
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv [2, 3, 4]	Mill. €	1 016,2	1 124,8	1 168,0	3 591,4	.	.	.	4 023,4	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer [4, 8]	Mill. €	407,8	433,8	466,6	654,0	409,5	416,7	349,7	754,7	407,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	45,2	48,1	51,0	152,8	.	.	.	153,4	.
Gewerbesteuer (netto) [1, 9]	Mill. €	419,2	505,1	507,8	1 579,5	.	.	.	1 865,2	.

Verdienste

		2011	2012	2011		2012		2013		
		Jahreswert		2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttomonatsverdienste [10] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer [11] im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 852	…	3 424	…	3 535	3 576	3 547	3 592	…
männlich	€	4 118	…	3 640	…	3 764	3 807	3 768	3 815	…
weiblich	€	3 178	…	2 875	…	2 973	3 007	3 016	3 053	…
Leistungsgruppe 1 [12]	€	7 388	…	6 221	…	6 417	6 513	6 432	6 518	…
Leistungsgruppe 2 [12]	€	4 489	…	3 988	…	4 149	4 196	4 141	4 179	…
Leistungsgruppe 3 [12]	€	3 111	…	2 839	…	2 924	2 951	2 904	2 950	…
Leistungsgruppe 4 [12]	€	2 529	…	2 321	…	2 419	2 446	2 374	2 422	…
Leistungsgruppe 5 [12]	€	2 041	…	1 920	…	2 039	1 981	1 974	2 011	…
Produzierendes Gewerbe	€	3 958	…	3 499	…	3 622	3 649	3 640	3 698	…
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 343	…	3 031	…	3 181	3 150	3 192	3 171	…
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 090	…	3 583	…	3 721	3 754	3 780	3 831	…
Energieversorgung	€	4 816	…	4 161	…	4 227	4 247	4 203	4 209	…
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 089	…	2 928	…	3 032	3 140	3 025	3 065	…
Baugewerbe	€	3 027	…	2 892	…	3 039	3 040	2 741	2 941	…
Dienstleistungsbereich	€	3 771	…	3 367	…	3 470	3 522	3 482	3 518	…
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 727	…	3 301	…	3 417	3 468	3 454	3 495	…
Verkehr und Lagerei	€	3 076	…	2 843	…	2 817	2 797	2 761	2 780	…
Gastgewerbe	€	2 105	…	2 031	…	2 083	2 125	2 130	2 141	…
Information und Kommunikation	€	5 332	…	4 594	…	4 729	4 839	4 764	4 675	…
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 307	…	4 335	…	4 547	4 640	4 512	4 446	…
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 116	…	3 617	…	3 506	3 590	4 223	4 028	…
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 434	…	4 527	…	4 366	4 403	4 384	4 400	…
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 355	…	2 188	…	2 274	2 313	2 162	2 248	…
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 291	…	3 088	…	3 204	3 224	3 254	3 340	…
Erziehung und Unterricht	€	4 104	…	3 852	…	3 919	3 961	3 982	4 150	…
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 540	…	3 296	…	3 429	3 451	3 341	3 383	…
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 498	…	3 187	…	3 228	3 293	3 346	3 369	…

Preise

		2008	2009	2010	2011	2012	2012	2013		
		Durchschnitt [13]					August	Juni	Juli	August
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*98,4*	*98,9*	*100,0*	*102,1*	*104,3*	*104,7*	*105,8*	*106,2*	*106,2*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*99,5*	*98,8*	*100,0*	*102,8*	*106,0*	*105,6*	*110,3*	*110,3*	*109,3*
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	*95,7*	*98,6*	*100,0*	*102,0*	*105,5*	*106,2*	*107,0*	*109,2*	*108,7*
Bekleidung und Schuhe	%	*98,9*	*100,0*	*100,0*	*101,7*	*104,6*	*102,0*	*106,0*	*100,2*	*103,1*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*97,7*	*98,7*	*100,0*	*103,1*	*105,5*	*105,7*	*107,3*	*107,7*	*107,7*
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	*98,2*	*100,0*	*100,0*	*100,4*	*101,2*	*101,0*	*102,6*	*102,5*	*102,1*
Gesundheitspflege	%	*99,3*	*99,4*	*100,0*	*100,5*	*103,1*	*103,1*	*98,9*	*98,9*	*98,9*
Verkehr	%	*98,9*	*96,7*	*100,0*	*104,9*	*108,2*	*109,3*	*108,0*	*108,9*	*108,8*
Nachrichtenübermittlung	%	*104,6*	*102,3*	*100,0*	*96,5*	*94,8*	*94,9*	*93,7*	*93,6*	*93,3*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*99,8*	*101,0*	*100,0*	*99,5*	*100,6*	*103,2*	*102,9*	*106,2*	*106,1*
Bildungswesen	%	*97,7*	*98,5*	*100,0*	*100,9*	*102,8*	*102,8*	*104,6*	*104,6*	*104,6*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*96,2*	*98,7*	*100,0*	*100,4*	*102,5*	*103,2*	*105,1*	*105,4*	*106,2*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*96,7*	*98,5*	*100,0*	*101,5*	*102,8*	*102,9*	*103,9*	*103,9*	*104,5*
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	*97,4*	*99,0*	*100,0*	*100,9*	*102,5*	*103,7*	*103,6*	*105,1*	*105,3*
Nettokaltmiete	%	*96,8*	*98,4*	*100,0*	*101,4*	*102,7*	*102,9*	*103,9*	*104,2*	*104,3*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2012	2013		
		Durchschnitt [1]					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke [2] (2005 ≙ 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	*112,3*	*113,0*	*113,9*	*117,2*	*120,3*	*121,0*	*122,0*	*122,8*	. . .
davon Rohbauarbeiten	%	*114,5*	*114,5*	*115,2*	*119,0*	*122,4*	*123,0*	*123,6*	*124,7*	. . .
Ausbauarbeiten	%	*110,4*	*111,7*	*112,8*	*115,7*	*118,5*	*119,3*	*120,6*	*121,1*	. . .
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	*104,5*	*106,2*	*107,2*	*108,6*	*109,8*	*110,0*	*111,0*	*111,0*	. . .
Bürogebäude	%	*113,4*	*114,3*	*114,7*	*117,8*	*120,9*	*121,4*	*122,4*	*123,4*	. . .
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	*113,7*	*114,5*	*115,0*	*118,7*	*121,6*	*122,2*	*123,1*	*124,0*	. . .
Straßenbau	%	*118,9*	*121,7*	*123,0*	*126,1*	*130,3*	*131,2*	*132,3*	*133,1*	. . .
							2012			2013
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	*233,16*	*250,77*	*227,80*	*207,51*	*223,46*	*198,47*	*240,44*	*241,72*	. . .
Rohbauland	€	*55,09*	*74,86*	*53,54*	*43,27*	*58,59*	*42,28*	*94,02*	*44,68*	. . .
Sonstiges Bauland	€	*65,69*	*66,42*	*59,06*	*46,37*	*39,78*	*42,60*	*59,67*	*56,86*	. . .

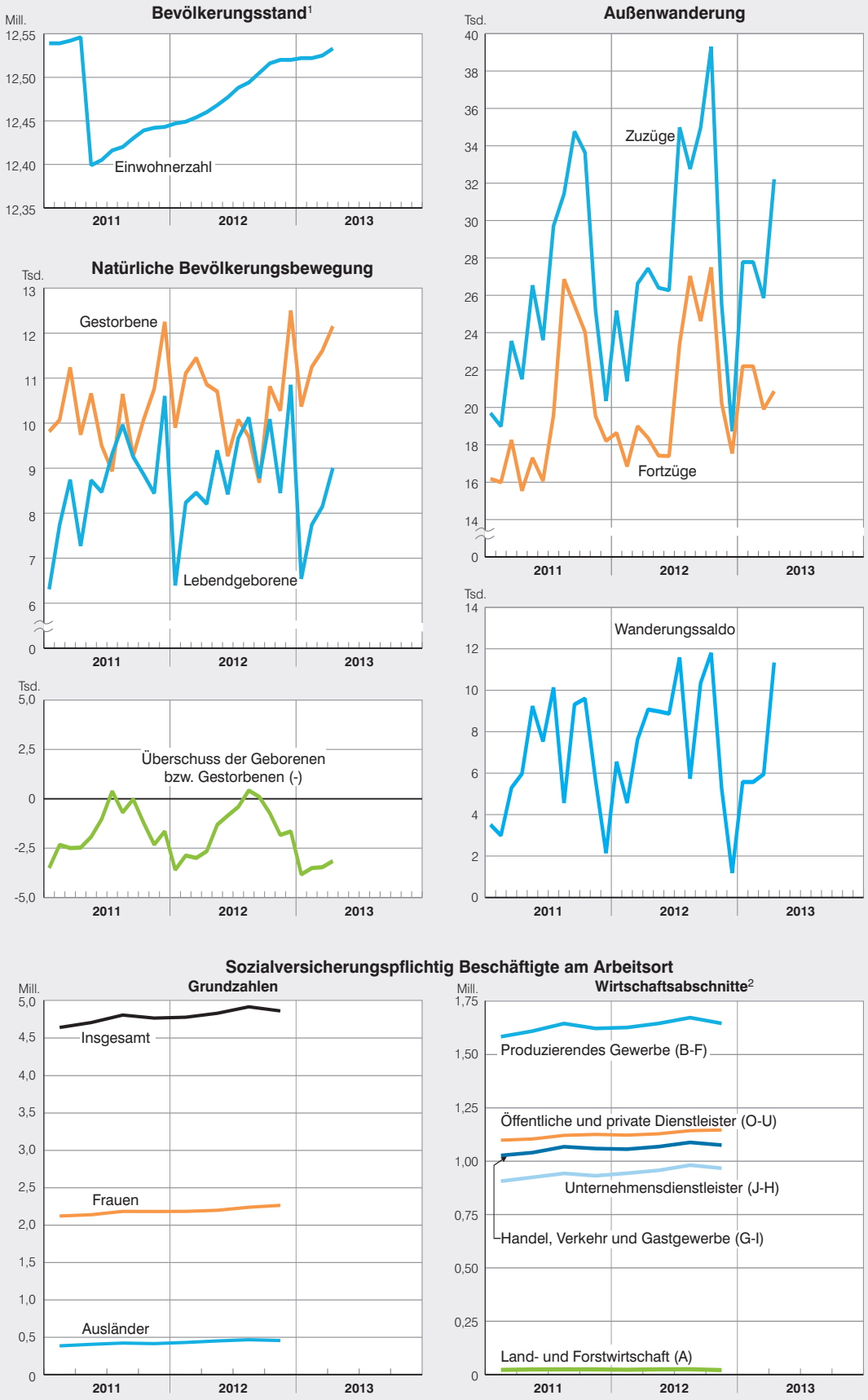
Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2012	2013		
		Durchschnitt [1]					August	Juni	Juli	August
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*98,6*	*98,9*	*100,0*	*102,1*	*104,1*	*104,5*	*105,6*	*106,1*	*106,1*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*100,1*	*98,8*	*100,0*	*102,8*	*106,3*	*105,7*	*111,4*	*111,2*	*110,3*
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	*95,9*	*98,4*	*100,0*	*101,8*	*104,8*	*105,0*	*106,2*	*107,9*	*107,8*
Bekleidung und Schuhe	%	*98,0*	*99,3*	*100,0*	*101,2*	*103,3*	*100,4*	*104,6*	*99,7*	*101,2*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*98,6*	*99,0*	*100,0*	*103,1*	*105,4*	*105,7*	*107,3*	*107,6*	*107,6*
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	*98,3*	*99,9*	*100,0*	*100,4*	*101,1*	*101,0*	*102,3*	*102,0*	*101,9*
Gesundheitspflege	%	*98,2*	*99,2*	*100,0*	*100,7*	*103,2*	*103,3*	*99,4*	*99,5*	*99,5*
Verkehr	%	*98,6*	*96,7*	*100,0*	*104,5*	*107,7*	*108,8*	*107,4*	*108,2*	*108,2*
Nachrichtenübermittlung	%	*104,6*	*102,3*	*100,0*	*96,5*	*94,8*	*94,9*	*93,7*	*93,6*	*93,3*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*98,6*	*100,3*	*100,0*	*99,7*	*100,6*	*103,1*	*102,7*	*106,2*	*106,1*
Bildungswesen	%	*103,9*	*99,7*	*100,0*	*99,6*	*94,0*	*93,2*	*96,1*	*96,1*	*96,2*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*96,8*	*98,9*	*100,0*	*101,5*	*103,6*	*103,8*	*106,2*	*106,3*	*106,3*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*97,2*	*98,7*	*100,0*	*101,6*	*102,6*	*102,5*	*103,9*	*104,1*	*104,6*
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise [3] (2005 ≙ 100)	%	*109,9*	*100,5*	*108,3*	*117,0*	*119,4*	*120,3*	*115,4*	*115,7*	. . .
Ausfuhrpreise [4] (2005 ≙ 100)	%	*104,8*	*102,5*	*106,0*	*109,9*	*111,8*	*112,2*	*110,8*	*110,8*	. . .
Index der Erzeugerpreise gew. Produkte [4] (Inlandsabsatz); (2005 ≙ 100)	%	*112,7*	*108,0*	*109,7*	*115,9*	*118,3*	*118,4*	*118,5*	*118,4*	. . .
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*110,8*	*105,0*	*109,1*	*114,9*	*115,6*	*115,4*	*114,7*	*114,2*	. . .
Investitionsgüterproduzenten	%	*101,6*	*102,4*	*102,5*	*103,7*	*104,8*	*104,9*	*105,6*	*105,6*	. . .
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	*106,9*	*105,6*	*106,2*	*109,9*	*112,8*	*112,7*	*115,1*	*115,4*	. . .
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*105,0*	*106,4*	*106,7*	*108,5*	*110,3*	*110,5*	*111,3*	*111,3*	. . .
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*107,2*	*105,5*	*106,1*	*110,1*	*113,1*	*113,0*	*115,6*	*115,9*	. . .
Energie	%	*128,4*	*117,7*	*119,3*	*132,0*	*136,9*	*137,4*	*136,2*	*136,4*	. . .
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte [4] (2005 ≙ 100)	%	*124,3*	*100,7*	*114,9*	*129,7*	*135,8*	*134,3*	*139,7*	*138,7*	. . .
Pflanzliche Erzeugung	%	*135,3*	*104,4*	*125,3*	*143,0*	*153,8*	*152,9*	*155,2*	*145,4*	. . .
Tierische Erzeugung	%	*117,6*	*98,4*	*108,5*	*121,5*	*124,6*	*122,8*	*130,2*	*134,6*	. . .
Großhandelsverkaufspreise [4] (2005 ≙ 100)	%	*112,9*	*105,0*	*111,2*	*119,5*	*122,8*	*123,2*	*122,2*	*121,8*	*121,1*
darunter Großhandel mit Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	*113,0*	*110,9*	*114,0*	*119,5*	*122,2*	*122,0*	*126,4*	*126,9*	*126,0*
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	*123,3*	*102,4*	*116,7*	*134,5*	*143,1*	*143,5*	*134,0*	*136,6*	*136,4*
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2010 ≙ 100)	%	*99,4*	*99,4*	*100,0*	*101,6*	*103,3*	*103,1*	*104,5*	*104,2*	*104,1*
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	*99,7*	*99,6*	*100,0*	*102,0*	*104,6*	*104,2*	*107,7*	*107,5*	*107,1*
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	*98,1*	*98,9*	*100,0*	*102,3*	*105,7*	*105,5*	*109,2*	*109,4*	*108,9*
Kraftfahrzeughandel	%	*99,5*	*99,8*	*100,0*	*101,2*	*101,9*	*102,1*	*101,5*	*101,7*	*101,8*

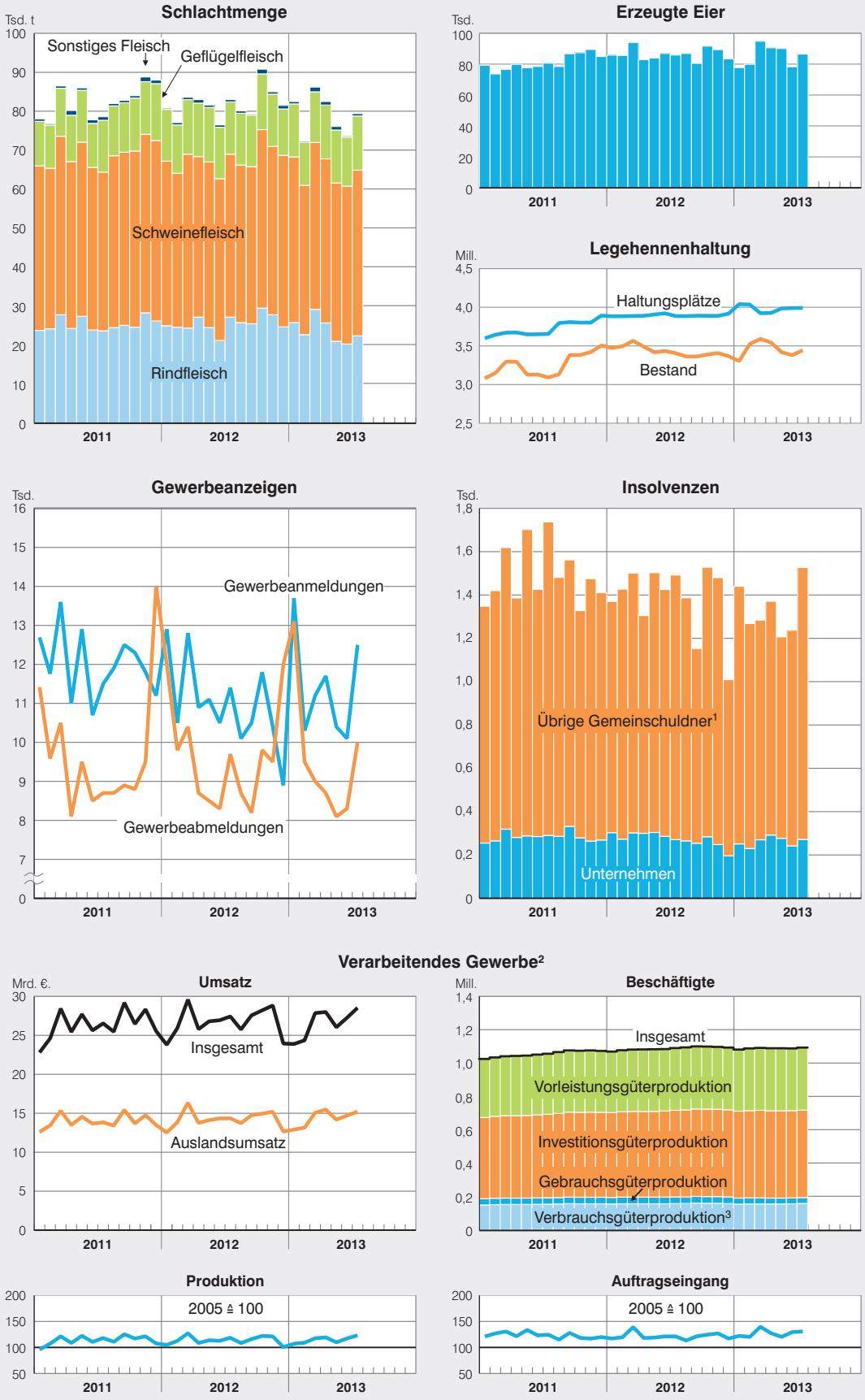
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).
2 Einschl. Mehrwertsteuer.
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

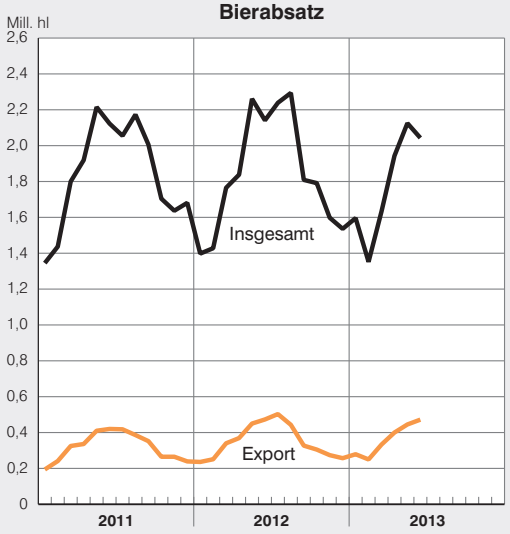


1 ab Mai 2011 Basis Zensus 2011.
2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

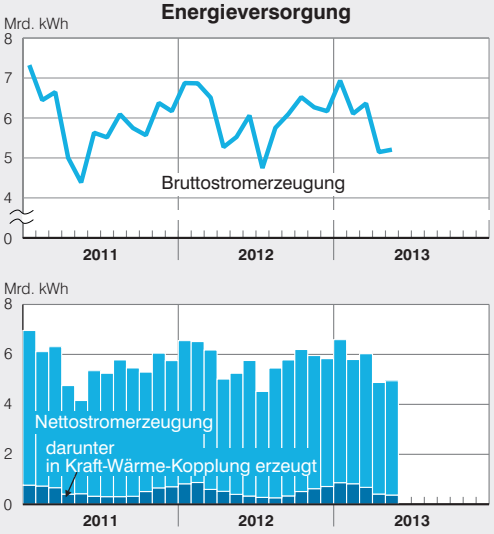


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.

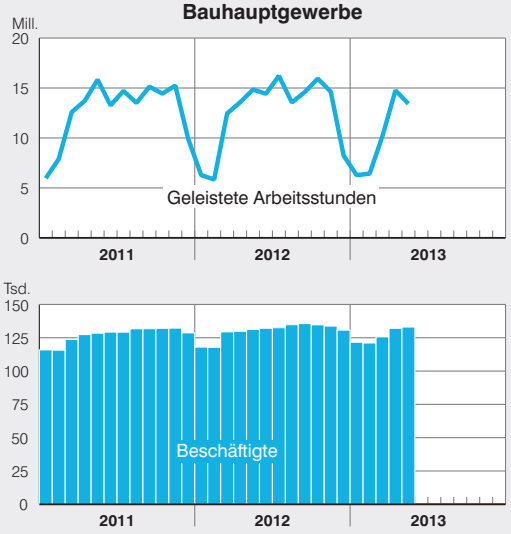
Bierabsatz



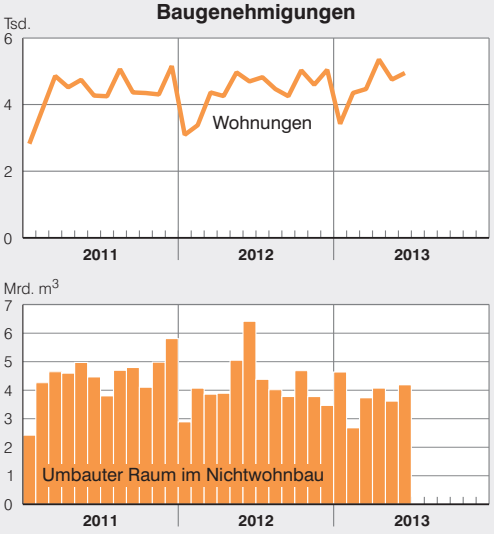
Energieversorgung



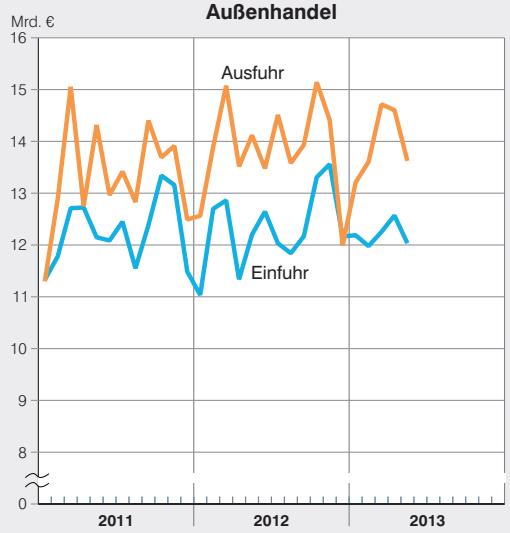
Bauhauptgewerbe



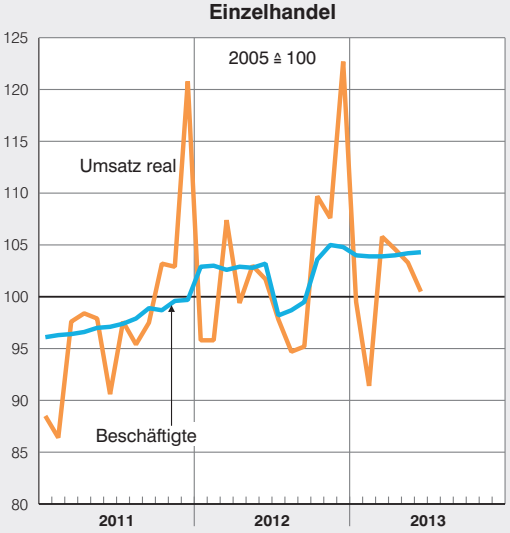
Baugenehmigungen



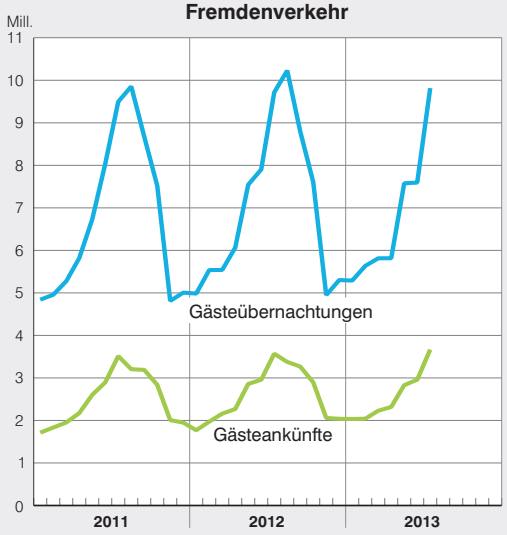
Außenhandel



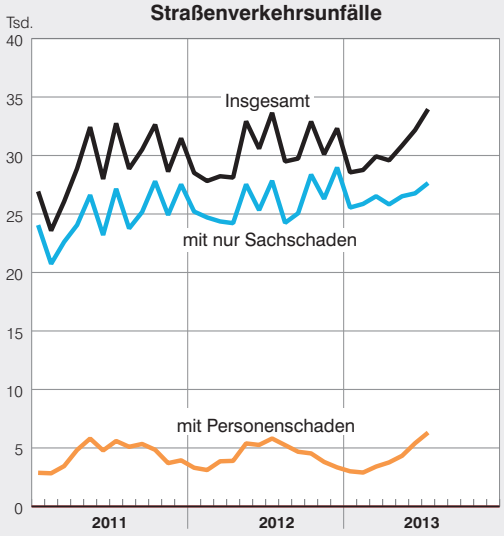
Einzelhandel



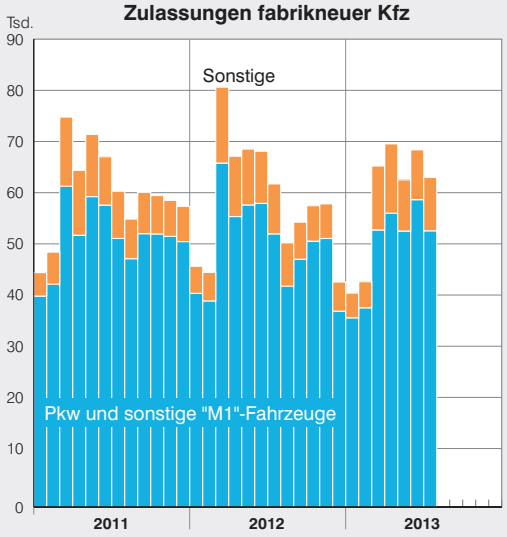
Fremdenverkehr



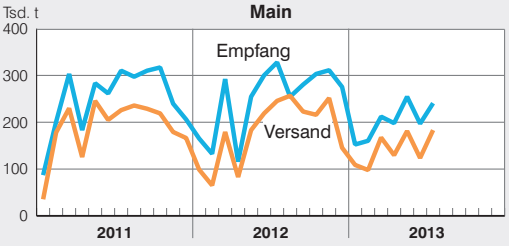
Straßenverkehrsunfälle

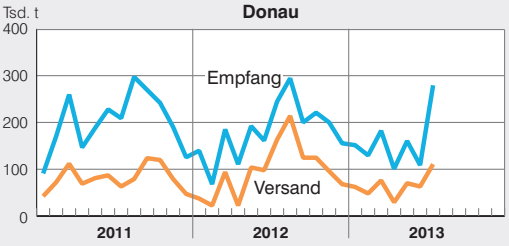


Zulassungen fabrikneuer Kfz

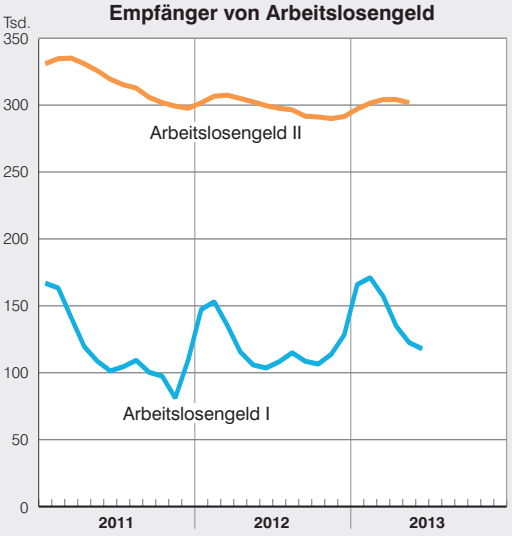


Binnenschifffahrt

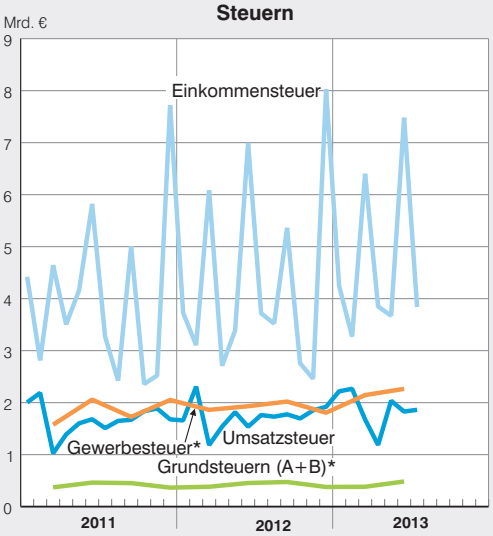




Empfänger von Arbeitslosengeld

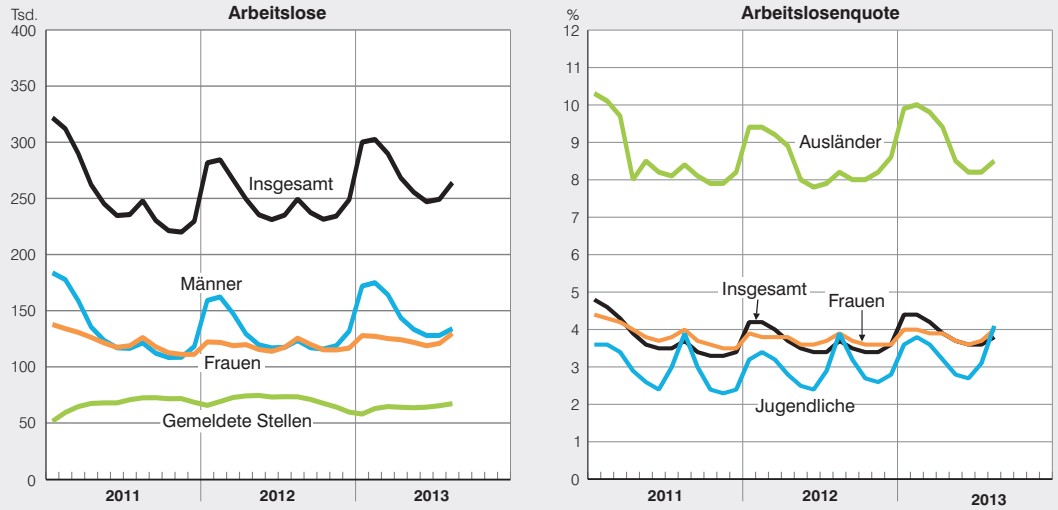


Steuern

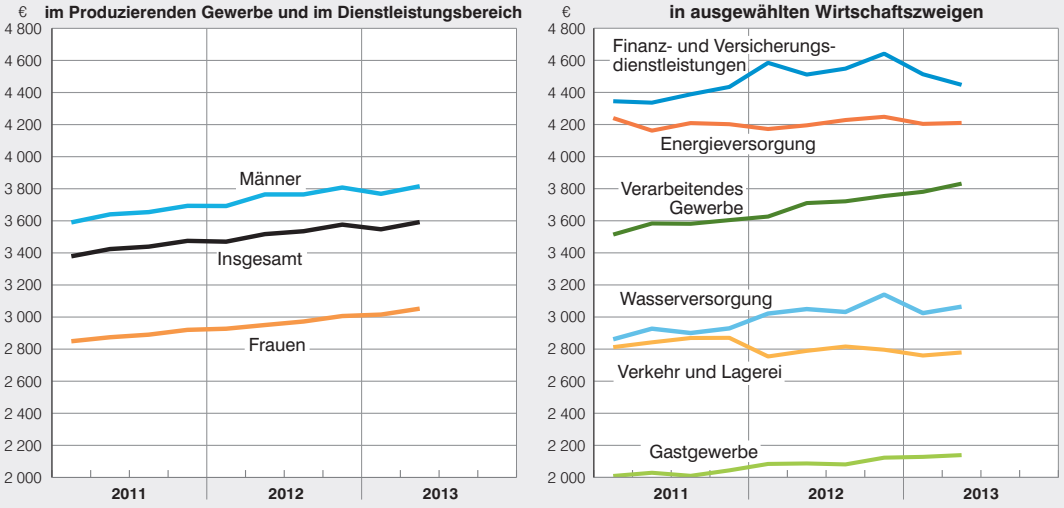


* Quartalswerte.

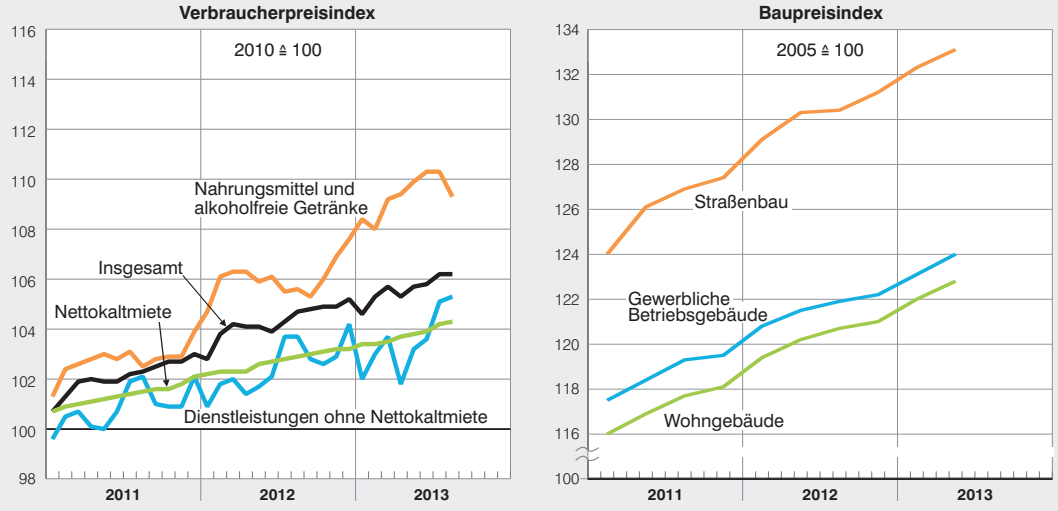
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



August 2013

Statistische Berichte

Bevölkerungsstand

- Einwohnerzahlen der Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern am 31. März 2013 Basis: Zensus 2011 (Gemeinden) — 15,70 €
- Einbürgerungen in Bayern 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Erwerbstätigkeit

- Struktur der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern; Regionalergebnisse des Mikrozensus, Teil V der Ergebnisse der 1%-Mikrozensuserhebung 2012 (Regierungsbezirke)
- Erwerbstätige am Arbeitsort in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2000 bis 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Schulwesen insgesamt

- Bayerische Schulen/ Eckzahlen sämtlicher Schularten Schuljahr 2012/13 (Kreisfreie Städte und Landkreise) — 20,50 €

Allgemeinbildende Schulen

- Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Schulen für Kranke in Bayern Stand: 1. Oktober 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise) — 14,20 €
- Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Abendrealschulen in Bayern 2012/13 – Stand: 1. Oktober 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise) — 9,40 €
- Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs u. a. in Bayern – Schuljahr 2012/13 (Kreisfreie Städte und Landkreise) — 15,50 €

Berufliche Schulen, Berufsbildung

- Berufliche Schulen in Bayern Schuljahr 2012/13 (Regierungsbezirke) — 20,50 €
- Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern Schuljahr 2012/13 (Regierungsbezirke) — 14,70 €

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Habilitationen in Bayern 2012 (Hochschulen)

Rechtspflege

- Strafvollzugsstatistik in Bayern 2013

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juni 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juni 2013
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2013

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Juni 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise) — 8,80 €

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juni 2013
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Mai 2013
- Tourismus in Bayern im Juni 2013 (Gemeiden) — 17,60 €
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2013

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats) im Juni 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2013 (Häfen)

Steuern

- Erben und Schenken in Bayern 2012

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern (monatlich) sowie Jahreswerte von 2010 bis 2012 im Juli 2013
- Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Juli 2013 — 6,10 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juli 2013 — 4,40 €

Gesamtrechnungen

- Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Bayern 2000, 2005 bis 2011; Kreisfreie Städte und Landkreise, Regierungsbezirke, Regionen, Arbeitsmarktregionen (Kreisfreie Städte und Landkreise) — 20,50 €
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen. Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse für Bayern 2012

Verzeichnisse

- Verzeichnis der Grundschulen sowie Mittel-/ Hauptschulen in Bayern - Stand: 1. Oktober 2012 (Standorte) — 36,10 €

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/index.php bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp
Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage **möglich**.

Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der **Einzelpreis** (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis zu der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2013** ist als Datei verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/index.php und kann auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.
Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen:
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Vertrieb
St.-Martin-Straße 47
81541 München
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Fax 089 2119-3457

Statistisches Jahrbuch für Bayern 2012

Inhalt

Zeitreihen	• Zeitreihen zu wichtigen statistischen Bereichen für die Jahre 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 und 2011
Bevölkerung und Kultur	• Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
Wirtschaft und Finanzen	• Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
Soziale Verhältnisse	• Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
Gesamte Volkswirtschaft	• Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
Regionaldaten	• Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
Bund und Länder	• Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
Bayern in Europa	• Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
Sachverzeichnis	• Merkmalsbezogen tief gegliedert

- 603 Seiten
- Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
- Graphische Darstellungen
- Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
- Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,– €
CD-ROM (PDF)	12,– €
Buch + CD-ROM	46,– €

Bestellungen

Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:
vertrieb@statistik.bayern.de